

Preussische Allgemeine



Nr. 29 · 22. Juli 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

War Kant Rassist?

Das zumindest unterstellen seit einiger Zeit „woke“ Aktivisten. Eine Spurensuche in den Schriften und Äußerungen des Weltbürgers aus Königsberg Seite 3



Ben Wisch Erinnerung an einen legendären Krisenmanager Seite 10



Phänomen Über das Anwachsen und Platzen von Blasen Seite 12

AUFGEFALLEN

Buschmanns Neustart

Einen „Neustart in der Strafrechtspolitik“ verkündete Justizminister Marco Buschmann am Montag. Anlass war die Vorstellung von Vorschlägen für neue Regelungen zum Maßregelrecht, zur Ersatzfreiheitsstrafe und zur Berücksichtigung geschlechtsspezifischer und gegen die sexuelle Orientierung gerichteter Tatmotive.

Zum letzten Punkt erklärte der Minister: „Geschlechtsspezifische Gewalt muss als solche benannt und mit der notwendigen Strenge bestraft werden. ... Jeden Tag erfahren Frauen Gewalt durch Männer – weil sie sich männlichem Herrschaftswahn widersetzen. Kein Mann darf sich anmaßen, über das Leben einer anderen Frau zu bestimmen. Die Anpassung gilt auch für Taten, die sich etwa gegen die trans- oder intergeschlechtliche Identität von Menschen richten. ... Wer Menschen wegen ihrer geschlechtlichen Identität oder sexuellen Orientierung angreift, handelt ... unserer Werteordnung in besonders eklatanter Weise zuwider.“

Gut so! Was der Minister freilich nicht erklärte und auch die Kommentatoren verschwiegen, war, in welchen Bevölkerungsgruppen die entsprechenden Delikte überdurchschnittlich verübt werden. So stiegen die Zahlen bei Vergewaltigungen, Partnerschaftsgewalt und Morden seit der unkontrollierten Öffnung der Grenzen im Spätsommer 2015 sprunghaft an.

Bleibt die Frage, ob ein Problem wirklich behoben werden kann, wenn seine Ursachen nicht benannt werden? Die Rechtsgeschichte zumindest zeigt, dass schärfere Gesetze allein in der Regel nicht ausreichen. *neh*

POLITIK

Das Scheitern der grünen Leitkultur

Der Energienotstand offenbart, wie sehr Deutschland sich in den vergangenen Jahren in eine wirtschafts- und gesellschaftspolitische Sackgasse manövriert hat

VON RENÉ NEHRING

Die Grünen sind ohne Zweifel ein Phänomen. Obwohl sie seit ihrer Gründung im Januar 1980 bei Bundestagswahlen kein einziges Mal auch nur 15 Prozent erreichten und viele Male aus den Landtagen flogen, bestimmen sie den deutschen Zeitgeist wie keine zweite politische Kraft. Egal, ob Kernenergie, Gentechnik, Familienpolitik, Verteidigung, Wohnungspolitik oder der alles dominierende Kampf gegen den Klimawandel – die Leitkultur der Republik ist seit Langem grün gefärbt.

Möglich wurde dieser Erfolg durch eine – von geneigten Medien unterstützte – falsche Fortschrittserzählung. Tatsächlich standen die Grünen fast immer gegen den Fortschritt, sei es bei der Weiterentwicklung der Kernkraft oder in der Gentechnik und erst recht bei der Mobilität. Fast immer setzten grüne Politiker auf Planwirtschaft und Verbote anstatt auf marktwirtschaftliche Lösungen. Das Einzige, was bei den Grünen stets modern war, war ihre Öffentlichkeitsarbeit, die jedoch vor allem auf Ängste – etwa vor der nahenden „Klimaapokalypse“ – setzte.

Möglich wurde der Erfolg der Grünen auch durch die intellektuelle Einfallslosigkeit und Feigheit der etablierten Parteien. Anstatt auf die bewährten Rezepte einer erfolgreichen Wirtschaftsnation zu pochen, duckten sich CDU/CSU, SPD und

FDP lieber weg – oder buhlten gar um die Gunst der „Öko-Partei“. Am weitesten ging dabei die Union, die für den Traum von einer „neuen Bürgerlichkeit“ bereit war, fast alle eigenen Grundsätze aufzugeben. So konnten die Grünen selbst dann noch den Zeitgeist bestimmen, wenn sie auf den harten Oppositionsbänken saßen.

Was dabei auf der Strecke blieb, war der gesunde Menschenverstand. Denn die meisten Programmpunkte der Grünen widersprachen nicht nur den Lebenswelten der Deutschen, sondern verstießen schlicht gegen Naturgesetze. Das beste Beispiel hierfür ist das Setzen von Wind- und Solarenergie, obwohl jedes Kind weiß, dass diese nicht ganzjährig rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Selbst die Tatsache, dass Deutschland in seiner Industriepolitik der letzten Jahre zunehmend einen Sonderweg ging – den man den Altvordenen des Kaiserreichs immer vorgeworfen hatte –, focht die Protagonisten von heute nicht an. Am grün-deutschen Wesen sollte die Welt genesen.

Folgen eines deutschen Sonderwegs

Das Problem dabei war, dass Deutschland durch diesen Sonderweg nicht nur auf einzigartige Weise seiner Wirtschaftskraft beraubt wurde, sondern auch in die Abhängigkeit von Russland geriet. Trotzdem setzten sich die grünen Minister Habeck und Baerbock nach dem Ausbruch des Ukrainekriegs an die Spitze der Boy-

kottbefürworter. Gründe Ideologie war wieder einmal wichtiger als Fakten.

Damit ist es nun vorbei: Deutschland steht vor einer historischen Energieknappheit. Der Wirtschaftsminister ruft den „Gasnotstand“ aus, die Preise für alle Energiearten schießen durch die Decke – und überall im Lande fordern Politiker zu Sparsamkeit und Enthaltensamkeit auf.

Ein altes Sprichwort sagt, dass man sich „grün sein“ leisten können muss. Tatsächlich waren die grünen Träume – die in dieser Obsession in keinem anderen Land der Welt geteilt wurden – nur deshalb möglich, weil der von früheren Generationen erarbeitete Wohlstand es ermöglichte. Nun, da sichtbar wird, dass grüne Träume im realen Leben den Wohlstand von Millionen bedrohen, stellen die Deutschen fest, dass sie sich „grün sein“ nicht mehr leisten können. Die Folgen der Energieknappheit spüren sie eben dort, wo es ihnen besonders wehtut – am eigenen Leibe und im eigenen Portemonnaie.

Bleibt die Frage, wann die anderen Parteien aufwachen und zu einem eigenständigen Denken zurückfinden – und vor allem zurück zu jenem Fortschrittsdenken, das Deutschland vor langer Zeit zu einer großen Industrienation gemacht hat. Sollten sie diese Rückbesinnung verweigern, droht nicht nur das Ende der grünen Leitkultur – dann gehen im ganzen Land die Lichter aus. Im wörtlichen und im übertragenen Sinne.

IN DIESER AUSGABE

Ressort

Der deutsche Russland-Boycott trifft auch die Wissenschaftsbeziehungen Seite 4

Kultur

Die Herrnhuter feiern den 300. Jahrestag ihrer Siedlung in der Oberlausitz Seite 9

Das Ostpreußenblatt

Memel verbannt seine Gedenkstätten aus der Sowjetzeit aus dem Zentrum Seite 13

Lebensstil

In Perleberg beginnt die Lotte Lehmann Woche. Die Prignitz im Opernfieber Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Hintergründe Vor wenigen Tagen erschütterte das Attentat auf den japanischen Politiker Shinzō Abe die Welt. Obwohl der Mörder bislang als Einzeltäter gilt, lohnt der Blick auf die näheren Umstände des Verbrechens

Ein Mord, der eine ganze Region destabilisieren kann

Mit dem Mord an Shinzō Abe verliert Japan nicht nur eine innenpolitische Leitfigur, sondern einen der entschiedensten Gegner Chinas

VON WOLFGANG KAUFMANN

Am 8. Juli gegen 11.30 Uhr Ortszeit wurde der frühere japanische Premierminister Shinzō Abe während einer Wahlkampfveranstaltung unweit des Bahnhofs Yamato-Saidaiji in Nara auf offener Straße angeschossen und verstarb dann um 17.03 Uhr desselben Tages aufgrund der dabei erlittenen Verletzungen. Sicherheitskräfte konnten den Täter, einen erwerbslosen ehemaligen Angehörigen der japanischen Selbstverteidigungsstreitkräfte namens Tetsuya Yamagami, noch am Tatort überwältigen. Der 41-jährige sitzt seitdem in Haft.

Bis zuletzt ein Schwergewicht

Abe wollte mit dem Wahlkampfauftritt seine Liberaldemokratische Partei (LDP) unterstützen, denn er galt in Japan nach wie vor als politisches Schwergewicht ersten Ranges. Immerhin hatte der Sohn des früheren Außenministers Shintarō Abe zuvor vier Mal das Amt des Premierministers bekleidet, bevor er am 16. September 2020 wegen gesundheitlicher Probleme zurücktrat. Außerdem verfocht Shinzō Abe Positionen, welche die japanischen Wähler auch und gerade in der aktuellen innen- und außenpolitischen Situation dazu bewegen sollten, ihre Stimme der LDP zu geben.

So plädierte er für eine harte Haltung gegenüber der Volksrepublik China, woraus sich nicht zuletzt die Forderung ergab, dass Japan Taiwan militärisch zur Seite stehen müsse, wenn Peking eine Annexion des Inselstaates versuche. In diesem Zusammenhang verwies Abe permanent auf die Notwendigkeit der Revision der pazifistischen japanischen Verfassung von 1946, welche nur die Unterhaltung von Selbstverteidigungsstreitkräften erlaubt. Dabei war es ihm in seiner dritten Amtszeit bereits gelungen, die Erweite-

rung der Befugnisse der Streitkräfte im Hinblick auf ein offensiveres Vorgehen gegen vielerlei Widerstände durchzusetzen. Des Weiteren trat Abe für mehr innere Sicherheit ein, woraus 2017 ein Gesetz zur Ahndung der Vorbereitung und Planung schwerer Straftaten resultierte, das den Behörden deutlich größere Überwachungsmöglichkeiten einräumte. Darüber hinaus lehnte der Ex-Premier die Aufnahme von Migrantinnen sowie den Verzicht auf Kernenergie ab und befürwortete schärfere Maßnahmen gegen Nordkorea. Andererseits zeigte er sich aber zugleich sehr zurückhaltend, was Sanktionen gegen Russland betraf.

Mit all diesen Punkten sowie mit seinen vorherigen Wahlerfolgen war Abe der unbestrittene Star innerhalb der LDP – zugleich aber auch ganz unterschiedlichen Kreisen innerhalb und außerhalb Japans ein Dorn im Auge. Das wirft die Frage auf, ob der Schütze Yamagami Hintermänner oder Auftraggeber gehabt haben könnte. Zumal das unprofessionelle Auftreten der Sicherheitskräfte in Nara den Verdacht einer Verschwörung nährt: Wieso ließen die Leibwächter des Ex-Premiers zu, dass der Attentäter minutenlang mit seiner großen selbstgebastelten Waffe hinter Abe stand? Und warum bekam Yamagami dann sogar noch die Gelegenheit

zu einem zweiten Schuss, bevor er endlich zu Boden gerungen wurde?

Doch bislang äußerten die zuständigen Behörden keinerlei Zweifel an der Einzeltäterthese und erklärten die Motivation des Attentäters folgendermaßen: Yamagami habe weder einen „Groll“ gegen Abe als Person noch gegen dessen politische Positionen gehegt, sondern sich an der Verbindung des Ex-Premiers zu einer religiösen Organisation gestört, welche er für den finanziellen Ruin seiner Mutter verantwortlich machte.

Dabei fand die japanische Presse bald heraus, dass es sich hierbei um die umstrittene Vereinigungskirche handelt, die

1954 von dem Südkoreaner Sun Myung Moon gegründet worden war, weshalb sie häufig auch „Moon-Sekte“ genannt wird.

Moon, der vielen japanischen Parlamentariern Wahlkampfspenden zukommen ließ, pflegte gute Kontakte zu Abes Großvater Nobusuke Kishi, der von 1957 bis 1960 als Premierminister fungiert hatte. Das wiederum führte wohl dazu, dass auch Abe selbst mit der Vereinigungskirche sympathisierte. Letzteres zeigte sich unter anderem im September 2021, als er eine virtuelle Ansprache auf der „Rally of Hope“ der ebenfalls von Moon ins Leben gerufenen „Universal Peace Federation“ hielt. Und genau das soll Yamagami dazu bewogen haben, Abe zu töten.

Folgen für Japans Innenpolitik – und die Lage in Fernost

Unabhängig davon, ob diese Version nun stimmt oder nicht, zeitigte der Mord an dem Politiker sofort Konsequenzen. Bei der Wahl zum Oberhaus des japanischen Parlaments, die zwei Tage nach dem Attentat stattfand, erhielt die regierende LDP deutlich mehr Stimmen als erwartet und sicherte sich dadurch die absolute Mehrheit in der Kammer.

Das hing unter anderem damit zusammen, dass der amtierende Premierminister Fumio Kishida der geschockten japanischen Nation versprach, alles zu tun, um in der aktuellen Situation für Stabilität und Sicherheit in Inneren wie Äußeren zu sorgen.

Damit sind nun zwei Entwicklungen möglich: Entweder es bleiben diejenigen Kräfte in der LDP obenauf, welche Abes rigiden Kurs gegenüber China und in der Frage der weiteren Militarisierung der Selbstverteidigungsstreitkräfte fortführen wollen. Oder es obsiegt mangels des nunmehrigen Fehlens einer Leitfigur im „rechten“ Lager der Partei der nachgiebigeren Flügel der LDP – mit unabsehbaren Folgen für die Entwicklung in Fernost.



Entsetzen über eine schreckliche Tat: Eilmeldung im japanischen Fernsehen nach dem Mord an Shinzō Abe

ATTENTATE

Kein singuläres Ereignis in der Geschichte Japans

Vor Shinzō Abe starben bereits mehrere Premierminister des fernöstlichen Inselstaats durch politisch motivierte Morde

Das vermutlich von einem Einzeltäter verübte Attentat auf den ehemaligen japanischen Premierminister Shinzō Abe ist kein singuläres Ereignis in der Geschichte des fernöstlichen Inselstaates. Vielmehr traf es in den 113 Jahren zuvor bereits sechs frühere oder amtierende Regierungschefs von Japan. Dabei wurden die Morde in weiteren drei Fällen von allein agierenden Personen verübt, und dreimal fanden diese im Rahmen von Militärputschen statt.

Zu Beginn starb Graf Hirobumi Itō, der im Jahre 1885 zum ersten Premierminister Japans überhaupt ernannt worden war und dieses Amt bis 1901 schließlich noch weitere drei Mal bekleidete. Er fungierte von November 1905 bis Juni 1909 als Generalresident des japanischen Protektorates Korea und erlag am 26. Oktober 1909 auf dem Bahnhof von Harbin in der Mandschurei drei tödlichen Schüssen aus der Waffe des koreanischen Nationalisten und Unabhängigkeitskämpfers An Chung-gun, der dafür am 26. März 1910 in Port Arthur gehängt wurde.

Am 4. November 1921 wiederum erstach der Weichensteller Konichi Nakao-

ka den amtierenden 19. japanischen Premierminister Takashi Hara auf dem Bahnhof von Tokio beim Besteigen eines Schlafwagens. Der Täter gab hernach an, dass er den Kurs von Haras Partei Rikken Seiyūkai ablehne.

Osachi Hamaguchi, der 27. Premier Nippons, wurde ebenfalls auf dem Bahnhof von Tokio attackiert. In diesem Falle feuerte Sagoya Tomeo von der ultranationalistischen Geheimgesellschaft Aikokusha am 14. November 1930 mehrere Schüsse auf den 60-Jährigen ab, der als Gegner des Militärs galt. Hamaguchi überlebte zunächst, starb dann jedoch am 26. August 1931 an den Spätfolgen seiner Verwundung.

Tsuyoshi Inukai war der 29. japanische Regierungschef und stand auf einer Todesliste der Terrorgruppe Ketsumaidan, die Anfang 1932 bereits den ehemaligen Finanzminister Junnosuke Inoue sowie den Direktor des Mitsui-Konzerns Takuma Dan ermordet hatte und zudem auch viele Anhänger unter den Seekadetten der Kaiserlichen Marine und Offiziersschülern des Heeres fand. Als diese am 15. Mai 1932 vergeblich versuchten, das politische Sys-

tem Japans mit Gewalt zu verändern, drangen sie in die Residenz von Inukai ein und erschossen den Politiker.

Und schließlich starb beim ebenfalls gescheiterten Militärputsch vom 26. Februar 1936 auch noch der japanische Finanzminister und ehemalige 20. Premier Korekiyo Takahashi. Er wurde von den beiden Offizieren Motoaki Nakahashi und Kanji Nakajima durch Schüsse und Schwertstiche im Schlaf massakriert. Zeitgleich erschoss eine andere Gruppe aufständischer Militärs unter Oberstleutnant Naoshi Sakai den einstigen 30. Premierminister und nunmehrigen Lordsiegelbewahrer Makoto Saitō.

Weniger Attentate nach dem Krieg

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches Großjapan infolge seiner militärischen Totalniederlage im Pazifischen Krieg waren Attentate auf Politiker dann hingegen etwas sehr Seltenes, was für einen deutlichen Mentalitätswandel im Lande spricht. Letztendlich gab es bis zum Mord an Abe lediglich drei einigermaßen vergleichbare Vorfälle: Der Vorsit-

In den vergangenen 113 Jahren wurden bereits sechs frühere oder amtierende Regierungschefs von Japan ermordet. Dabei wurden die Morde in drei Fällen von Einzeltätern verübt, und dreimal fanden diese im Rahmen von Militärputschen statt

zende der Sozialistischen Partei Japans, Inejirō Asanuma, wurde am 12. Oktober 1960 während einer im Fernsehen übertragenen Wahlkampfrede in der Tokioter Hibiya Hall von dem 17-jährigen Ultranationalisten Otoya Yamaguchi mit einem traditionellen Samurai-Kurzschwert erstochen. Und am 25. Oktober 2002 beziehungsweise 18. April 2007 traf es den Unterhausabgeordneten der Demokratischen Partei Japans, Kōki Ishii, sowie den Bürgermeister von Nagasaki, Itchō Itō. Die beiden fielen Angriffen von Yakuza-Gangstern zum Opfer. Im ersten Falle soll ein gewisser Ito Hakusui zugestochen haben und im zweiten Fall feuerte Tetsuya Shirō zwei Schüsse aus seiner Schrotflinte ab.

Dabei handelten die Täter jeweils aus reichlich banalen Motiven. Der eine mordete wegen des Ausbleibens von Schutzgeldzahlungen und der andere, weil er sich darüber geärgert hatte, dass sein Wagen in eine ungesicherte Baugrube gefahren war und die Haftpflichtversicherung der Stadt nicht für den Schaden aufkommen wollte. W.K.

Der Fall Immanuel Kant

War einer der bedeutendsten Philosophen des Abendlandes ein Rassist? Das zumindest behaupten seit einiger Zeit „woke“ Aktivisten. Belege dafür liefern sie nicht. Über einen abwegigen Vorwurf gegen den Weltbürger aus Königsberg

VON MANFRED GEIER

Woke! Das ist die Parole, mit der weiße Menschen gegenwärtig aufgefordert werden, rassistisch zu leben und antirassistisch zu handeln. Sie sollen wach werden, um ihre diskriminierenden Vorurteile loszuwerden und den Begriff „Rasse“ als einen ideologischen Schein-Begriff zu durchschauen, der nur dazu dienen sollte, die Vorherrschaft der Weißen gegenüber Menschen mit anderen Hautfarben zu legitimieren. Denn der moderne „Rasse“-Begriff sei eine Erfindung der europäischen Aufklärung, an der nicht zuletzt deutschsprachige Forscher und Philosophen, vor allem Johann Friedrich Blumenbach und Immanuel Kant, einen herausragenden Anteil hätten.

Vorwürfe ohne Beleg

Kant – ein weißer Rassist? Die Aufklärung über Rassen – eine eurozentristische, kolonialpolitisch motivierte Verirrung? Es sind vor allem einige verdächtige Stellen, die als Indizien aufgespürt wurden, um diese rassistisch-kritischen Fragen bejahen zu können. Im Falle von Kant fand man sie allerdings in keinem einzigen seiner vielen veröffentlichten Werke, die er selbst autorisiert hatte, sondern nur in studentischen Mitschriften von zwei Vorlesungen, die Kant über „Physische Geographie“ und über „Anthropologie“ gehalten hatte. Dabei soll er behauptet haben, dass in den heißen Ländern der Mensch zwar in allen Stücken früher reife, „aber nicht die Vollkommenheit der temperierten Zonen erreicht. Die Menschheit ist in ihrer größten Vollkommenheit in der Race der Weißen.“ Andere Rassen seien dagegen im Prozess der Zivilisation hinterherhinkend.

Es ist schwer festzustellen, wie authentisch diese kolportierten Formulierungen sind. Bemerkenswert ist jedenfalls, dass sie sich nicht in den von Kant selbst stammenden Texten zur Rassenproblematik finden. Doch warum hat Kant sich überhaupt öffentlich mit den „natürlichen Verschiedenheiten im Menschengeschlecht“ beschäftigt und sie im Rahmen einer Philosophie der Rassen zu klassifizieren und naturgeschichtlich zu erklären versucht? Und welche Erkenntnisse konnte er dabei gewinnen, die sich nicht den Irrwegen einer diskriminierenden Urteilskraft verdanken?

Als in seiner Heimatstadt Königsberg, im Verlag von Friedrich Nicolovius, 1798 endlich die große Summe seiner anthropologischen Menschenkenntnis veröffentlicht wurde, in der Kant alles zusammengefasst hatte, was der nun bereits 74-jährige Philosoph über den Menschen „als mit Vernunft begabtes Erdwesen“ wusste, fragte er sich selbst, ob er für diese Arbeit nicht zu provinziell gelebt hatte. Denn er war ja sein Leben lang in Königsberg geblieben, das er nur während seiner frühen Hauslehrerzeit für wenige Jahre verlassen hatte. Er hatte bewusst auf das wichtigste Mittel verzichtet, das ihm zur Erweiterung seiner anthropologischen Erfahrungen und Erkenntnisse hätte dienen können: das Reisen um die Welt. Stattdessen hatte er sich mit dem Lesen von Reisebeschreibungen begnügt, die einen Großteil seiner Hausbibliothek bildeten.

Die gelehrte Welt von Königsberg

Immanuel Kant, der mit seinen großen Kritiken der reinen, theoretischen und praktischen Vernunft die Philosophie revolutioniert hatte, war zu Hause geblieben und hatte sich sein anthropologisches Wissen über die Weltbürger am liebsten durch den Umgang mit seinen Königsberger Mitbürgern angeeignet. Seine heimatverbundene Sesshaftigkeit rechtfertigte er mit dem Hinweis, dass diese



Zentrum der europäischen Aufklärung: Der Königsberger Philosoph Immanuel Kant und die ihn umgebende gelehrte Welt (Gemälde „Kant und seine Tischgenossen“ von Emil Dörstling, Auszug) Foto: akg images

große ostpreußische Stadt am Pregelfluss „schon für einen schicklichen Platz zur Erweiterung sowohl der Menschenkenntnis als auch der Weltkenntnis genommen werden kann; wo diese, auch ohne zu reisen, erworben werden kann.“

War das mehr als eine bloße Schutzbehauptung, vor allem wenn es um „die Kenntnis der verschiedenen Menschenrassen als zum Spiel der Natur gehörender Produkte“ ging? Denn es lassen sich in Kants gesamtem Werk, seine Briefe und Tischgespräche inbegriffen, keine Hinweise finden, dass er in Königsberg Umgang mit Menschen hatte, die man heute als „BIPoC“ chiffriert: „Black, Indigenous and People of Color“. Seine Bekannten und Freunde waren ausschließlich Weiße aus dem nördlichen Europa, die Kant rassentheoretisch von den Kupferroten in Amerika, den Schwarzen in Afrika und den Olivengelben in Indien unterschied, wobei er sich auf das vierfache Farbmuster bezog, das bereits bei frühen griechischen Philosophen populär gewesen war und auch von Kants zeitgenössischen Rassentheoretikern gern benutzt wurde. Ist also der Vorwurf doch berechtigt, dass Kants Blick in die Welt eurozentristisch gewesen war und dass er das Weiß als die Farbe der Vernunft favorisierte?

Was Kant in seinen Vorlesungen behandeln wollte und wie er dabei methodisch vorgehen beabsichtigte, gab er gern in längeren Vorankündigungen bekannt. Das war umso nötiger, je weniger er sich auf verfügbares Lehrmaterial stützen konnte, wie im Fall der „Physischen Geographie“, die Kant zum ersten Mal im Sommersemester 1756 an der Königsberger Universität anbot, nachdem er gerade erst als Magister eingestellt worden war. Vierzig Jahre lang, bis 1796, hielt er diese Vorlesung, mit der er nicht nur die Studenten der Albertina, sondern auch ein interessiertes Publikum über das „Spiel der Natur“ aufklären wollte. Er versuchte einen Überblick über die drei Reiche der Natur – Pflanzen, Tiere und Mineralien – in den verschiedenen Ländern mit ihren vielfältigen Lebensbedingungen und -formen zu vermitteln. Einige Jahre später löste er aus dieser physisch-geographischen Vorlesung die „Anthropologie in pragmatischer Hinsicht“ heraus. Seitdem wollte er nicht nur Kenntnisse vermitteln über das „was die Natur aus dem Menschen macht“, sondern auch über das, was der Mensch „als

freihandelndes Wesen aus sich selbst macht, oder machen kann und soll.“

In diesen beiden Vorlesungsreihen, die Kant vier Jahrzehnte lang regelmäßig anbot, ging es ihm also nicht um jenes abstrakte Erkenntnisobjekt, das im Mittelpunkt seiner großen kritischen Werke zur reinen Vernunft stand, die auf empirische Erfahrungen und natürliche Welttatsachen wenig Wert legten. Stattdessen wollte er „Weltkenntnis“ vermitteln, wobei er sich auch auf das beziehen musste, was von zeitgenössischen Medizinern, Biologen, Naturhistorikern, Völkerkundlern und Weltreisenden über Unterschiede zwischen verschiedenen menschlichen Populationen festgestellt wurde.

„Weltkenntnis“ anstelle von Vorurteilen

Die konkrete ethnische Diversität der Menschheit, die seit Mitte des 18. Jahrhunderts einen Schwerpunkt der Naturforschung bildete, musste ins Zentrum seiner physisch-geographischen und anthropologischen Aufmerksamkeit rücken. In seinem Vorlesungsprogramm von 1765/66 versprach Kant seinen Studenten und Hörern, ihnen „eine große Karte des menschlichen Geschlechts“ vor Augen zu führen. Zehn Jahre später, in seiner „Ankündigung der Vorlesungen der physischen Geographie zum Sommerhalbjahre 1775“, sprach er zum ersten Mal von „den verschiedenen Racen der Menschen“.

Damit wurde er zum Teilnehmer jenes biologischen Diskurses, der zur gleichen Zeit durch Johann Friedrich Blumenbachs geweisende, nachhaltig wirksame, lateinisch geschriebene medizinische Doktorarbeit „De generis humani varietate nativa“ einganggesetzt wurde. Diese handelte von den natürlichen Verschiedenheiten im Menschengeschlecht, die Blumenbach naturgeschichtlich durch eine allgemein gültige Gesetzmäßigkeit zu erklären versuchte. In der langen Geschichte biologischer Fortpflanzungsreihen gebe es nicht nur sich wiederholende „Nachartungen“ des Immergleichen, sondern auch selektive Abweichungen, die etwas Neues nach naturgesetzlichen Regeln entstehen lassen. Blumenbach nannte sie „klassifizierbare Abartungen“ („progenies classifica“) oder Varietäten einer gemeinsamen Art.

Kant übernahm Blumenbachs biologischen Begriff und Erklärungsversuch. Auch für ihn war die Existenz verschiedener Rassen

ein Fall natürlicher Abartung aus einem gemeinsamen Ursprung. Er vermutete, dass dieser „Stamm“ gattungsgeschichtlich dafür verantwortlich sei, dass sich alle Abartungen miteinander vermischen und gemeinsame Nachkommen zeugen können. Anfänglich sei er in einer bestimmten Weltgegend beheimatet gewesen. Seine Mitglieder hätten jedoch auch über bestimmte „Keime und natürliche Anlagen“ verfügt, die es ihnen ermöglichten, auch in anderen Teilen der Welt zu wohnen, unter anderen ökologischen Bedingungen und klimatischen Verhältnissen. Der Mensch sei von Natur aus disponiert, in trockenen und feuchten Gegenden leben zu können, in fruchtbaren und kargen Landschaften, heißen und kalten Umgebungen. Und so habe es im langen Lauf der Zeit zu Migrationsbewegungen rund um die Erde kommen können, die zu den rassistischen Aufteilungen des einen menschlichen Ursprungsstammes geführt haben, die sich ihren jeweiligen Umgebungen so anpassen konnten, als seien sie dafür gemacht worden.

Das „Spiel der Natur“

Kant war ein überzeugter Monogenetiker, der auch in seinen späteren Streitschriften gegen Johann Gottfried Herder („Bestimmung des Begriffs einer Menschenrasse“, 1785) und Georg Forster („Über den Gebrauch teleologischer Prinzipien in der Philosophie“, 1788) größten Wert darauf legte, dass seine begriffliche Bestimmung verschiedener Menschenrassen als Varietäten oder „Abartungen“ an die Idee eines einheitlichen Menschengeschlechts gebunden blieb und nicht polygenetisch aufgefüchert werden dürfe. Auch „die Klasse der Weißen ist nicht als besondere Art in der Menschengattung von der der Schwarzen unterschieden; und es gibt gar keine verschiedene Arten von Menschen.“ Es gebe nur unterscheidbare phänotypische Eigenarten, weil Menschen in unterschiedliche klimatische und ökologische Umwelten gewandert seien, wodurch sich ihre gemeinsamen Keime und natürlichen Anlagen spezifizieren oder ausdifferenzieren mussten.

Das naturgeschichtliche „Spiel der Natur“, das Kant für die Entstehung verschiedener Menschenrassen für verantwortlich hielt, war nicht auf eine hierarchische Über- und Unterordnung ausgerichtet. Im Gegenteil: In der „Abartung“ verschiedener Rassen aus einem gemeinsamen Ursprung, wobei „Luft und Sonne“ diejenigen Ursachen zu sein scheinen, welche auf die Zeugungskraft innigst einfließen, und eine dauerhafte Entwicklung der Keime und Anlagen hervorbringen, das ist eine Rasse gründen können“, zeige sich eine „Fürsorge der Natur“, die Kant für bewundernswürdig hielt. Denn es sei doch ein Wunder der Natur, dass sie nämlich ihre Geschöpfe zweckmäßig (teleologisch) für allerlei künftige Lebensbedingungen so ausgerüstet habe, dass sie sich erhalten, fortpflanzen und die ganze Erde zu ihrer Heimat machen können.

In diesem Sinne sei es der Natur zu danken, dass sie es den Menschen als ihren Geschöpfen ermöglicht habe, Weltbürger zu sein, wo immer sie auch leben mochten. Und mit einer tröstenden Aussicht in die Zukunft hoffte Kant, dass die Menschen als freihandelnde Wesen doch endlich auch kosmopolitisch wirklich wollten, was sie von Natur aus tun sollten und könnten.

Das „Spiel der Natur“, das Kant für die Entstehung verschiedener Menschenrassen für verantwortlich hielt, war nicht auf eine hierarchische Über- und Unterordnung ausgerichtet

Buch-Tipp



Manfred Geier
Philosophie der Rassen. Der Fall Immanuel Kant
Matthes & Seitz Berlin 2022, Klappenbroschur, 117 Seiten
ISBN: 978-3-7518-0538-4
12 Euro

● Prof. Dr. Manfred Geier war seit 1982 Professor für deutsche Sprache und Literatur an der Universität Hannover. Er ist Verfasser zahlreicher Werke zur Geschichte der Philosophie und der Aufklärung, darunter „Kants Welt. Eine Biographie“ (2003), „Die Brüder Humboldt. Eine Biographie“ (2009) und „Aufklärung. Das europäische Projekt“ (2012, alle bei Rowohlt). Zuletzt erschien von „Philosophie der Rassen. Der Fall Immanuel Kant“ (Matthes & Seitz Berlin 2022).
www.matthes-seitz-berlin.de

● MELDUNGEN

Modell für Schulabbau

Magdeburg – Zwölf Schulen in Sachsen-Anhalt starten nach den Sommerferien mit einem neuen Bildungsmodell ins neue Schuljahr 2022/23. Bei dem „4-plus-1“ genannten Modell sollen die Schüler pro Woche an vier Tagen in den Schulen Präsenzunterricht erhalten. Ein weiterer Tag ist für Distanzlernen oder Besuche in Unternehmen und Praxiserlern vorgesehen. An dem Versuch nehmen zwölf Sekundar- und Gemeinschaftsschulen teil. Das Bildungsministerium in Magdeburg sieht das Modell ausdrücklich nicht als Instrument gegen Lehrermangel. Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) erklärte allerdings, er sehe das Modell als „eine Bankrotterklärung des Landes Sachsen-Anhalt im Bildungsbereich“. Der Deutsche Lehrerverband äußerte den Verdacht, dass schrittweise und auf „leisen Sohlen“ ein Sparmodell eingeführt und auch die Unterrichtsausfallstatistik massiv geschönt werden soll. N.H.

Bund zählt fast 800 Einbrüche

Berlin – In Reaktion auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der Linkspartei vom 30. Mai gab das Bundesverteidigungsministerium jetzt bekannt, dass es zwischen 2015 und 2021 zu insgesamt 791 Einbrüchen oder Einbruchversuchen in Objekten der Bundeswehr gekommen sei. Gleichzeitig verweigerte es jegliche Auskunft über dabei verwendete Waffen, Munition und Militärtechnik. Dies wurde mit der Notwendigkeit der Geheimhaltung zur Gewährleistung der „militärischen Sicherheit“ begründet. Allerdings hatte die Wehrbeauftragte Eva Högl in ihrem Jahresbericht für 2021 bereits das „Abhandenkommen“ von „zwei Handfeuerwaffen (Signalpistolen), knapp 4000 Einzelstücken Munition unterschiedlichen Kalibers sowie elf Einzelartikeln Spreng-/Explosivstoffe“ bestätigt. Anlass für die Anfrage waren offenkundig Razzien in fünf Bundesländern gegen mehrere Personen, denen zahlreiche Einbrüche in Kasernen zur Last gelegt werden. W.K.

Teuerungstreiber Staat

Berlin – Das Bundeskabinett hat am 13. Juli beschlossen, auch CO₂-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen einer Bepreisung zu unterwerfen. Geplant ist eine Abgabe von 30 Euro je Tonne Kohlendioxid in diesem Jahr. Ab 2023 soll der Preis auf 35 Euro steigen. Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) rechnet damit, dass mit der Ausweitung des CO₂-Preises auf Abfälle auf die Bürger Zusatzkosten von etwa einer Milliarde Euro pro Jahr zukommen werden. Die Kabinettsentscheidung kommentierte der VKU-Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing: „Mit Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, dass in der aktuellen Krisensituation eine CO₂-Bepreisung auf Müllverbrennung beschlossen wird, obwohl damit keine klimapolitische Lenkungswirkung wie beispielsweise in der Energiewirtschaft erzielt werden kann.“ Bislang hält die Ampel-Koalition auch am Plan fest, die CO₂-Abgabe auf Benzin und Gas zum 1. Januar 2023 zu erhöhen. N.H.



Wegen der Sanktionen auf Eis gelegt: Die deutsch-russische Forschungsstation auf der Insel Samoiloow

BOYKOTT-POLITIK

Der nächste Schnitt ins eigene Fleisch?

Neben russischen Wirtschaftsgütern lehnt Deutschland auch den Kontakt zu russischen Wissenschaftlern ab – und schadet vor allem sich selbst

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine formulierte das deutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eilig diverse neue „Leitlinien“ für die Zusammenarbeit mit Russland und Weißrussland. „Unter Wahrung rechtlicher Rahmenbedingungen werden Forschungsprojekte und Programme mit staatlicher Beteiligung aus Russland und Belarus gestoppt, ebenso Forschungsk Kooperationen, bei denen Technologie- und Knowhowtransfer stattfindet oder stattfinden könnte ... Das BMBF geht keine neuen Initiativen und

Projekte mit russischen und belarussischen Regierungsvertretern oder staatlich geförderten Institutionen an ... Staatliche russische und belarussische Institutionen erhalten vom BMBF keinerlei personelle oder finanzielle Unterstützung.“

Alle über einen Kamm geschoren

Daran ändert auch der Umstand nichts, dass inzwischen immerhin mehr als 8000 russische Wissenschaftler und Wissenschaftsjournalisten einen offenen Brief unterzeichnet haben, in dem sie den Krieg in der Ukraine verurteilen. Das BMBF will unbedingt alles daransetzen, „national und international die russische Regierung so weit wie möglich zu isolieren.“

Dabei zeitigen die deutschen Sanktionen beziehungsweise Boykotte auf wissenschaftlichem Gebiet jetzt eine ganz ähnliche Wirkung wie die im Bereich der Wirtschaft: Sie schaden keineswegs nur der russischen Seite, sondern auch der deutschen, wobei die Letztere am Ende oft sogar deutlich stärker betroffen ist. Hierzu drei Beispiele:

Obwohl die Erforschung der Ursachen des Klimawandels hierzulande höchste Priorität besitzt, müssen deutsche Klimaforscher nun mit der Tatsache leben, dass ihr Datenstrom aus Russland versiegt. Das betrifft unter anderem das Alfred-Wegener-Institut – Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung

(AWI) in Bremerhaven. Dort wertete man bislang die Informationen aus der seit 2006 bestehenden deutsch-russischen Forschungsstation Insel Samoiloow im Mündungsdelta des sibirischen Stromes Lena aus. Mit deren Hilfe konnten wichtige Erkenntnisse über das Abtauen des Permafrostbodens und die daraus resultierende Freisetzung von Treibhausgasen gewonnen werden.

Projekte liegen auf Eis

Ein weiteres Projekt, das nun wegen Funkstille auf Eis liegt, trägt den Namen ICARUS (International Cooperation for Animal Research Using Space) und wurde vom deutschen Steuerzahler bislang mit rund 30 Millionen Euro finanziert. Ziel des Ganzen war die Erforschung des Verhaltens verschiedener Tierarten. Geier, Zebras, Fledermäuse und viele andere Vertreter der irdischen Fauna bekamen winzige Sender aufgeklebt, deren Signale an die Antennen des russischen Moduls der Raumstation ISS gingen. Dadurch ließen sich zahlreiche wertvolle Informationen über die Wanderungsbewegungen der Tiere und deren Überlebensstrategien gewinnen – und zwar auch in extrem unwirtschaftlichen Regionen wie dem Himalaya. Die Auswertung der Daten erfolgte im Max-Planck-Institut für Verhaltensbiologie in Radolfzell, wo man bis zum Februar höchst zufrieden mit der deutsch-russischen Kooperation war.

Genauso auf dem Trockenen sitzen die Wissenschaftler des Max-Planck-Institutes für extraterrestrische Physik in Garching, die auf die Messwerte des satellitengestützten Röntgenteleskops eROSITA angewiesen sind. Das sucht seit 2019 nach Schwarzen Löchern und Dunkler Materie im Kosmos. Weil es auf das russische Weltraumobservatorium Spektr-RG montiert ist, wurde es am 26. Februar nach der ersten Hälfte der geplanten Himmeldurchmusterung in den „Winterschlafmodus“ versetzt.

Im Gegensatz dazu kennen weder die US-amerikanische Weltraumbehörde NASA noch die europäische Raumfahrtagentur ESA derartige Skrupel wie das bundesdeutsche BMBF. Sie kooperieren zum Beispiel weiter mit der staatlichen russischen Weltraumorganisation Roskosmos, um den Betrieb der ISS aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus dürfen NASA-Wissenschaftler auch nach wie vor auf die Daten zurückgreifen, welche von dem Astronomischen Röntgen Teleskop X-ray Concentrator (ART-XC) gesammelt werden, der genau wie eROSITA auf dem russischen Satelliten Spektr-RG sitzt.

MINDERHEIT

Ampel verweigert Beistand für Landsleute in Polen

Antrag zur Sicherung des Deutschunterrichts östlich von Oder und Neiße im Bundestag abgelehnt

Polens Regierung hat zum Jahresanfang die Mittel für den muttersprachlichen Unterricht für Kinder der deutschen Minderheit, drastisch zusammengestrichen. Ab Herbst werden dadurch etwa 50.000 Kinder nur noch eine Stunde Unterricht in deutscher Sprache erhalten können.

Betroffen sind nur die Deutschen

Zur Lösung der absehbaren Probleme für die deutsche Minderheit hat die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag ein Bündel konkreter Maßnahmen vorgeschlagen, die unter anderem auch den muttersprachlichen Unterricht für hier lebende polnische Kinder verbessern sollte. Den entsprechenden Antrag mit dem Titel „Deutsche Minderheit in Polen stärken – Diskriminierung beim muttersprachlichen Unterricht beseitigen“, haben die Abgeordneten der rot-gelb-grünen Koalition jedoch am 7. Juli im Bundestag scheitern lassen.

Hintergrund des Unions-Vorstoßes sind Beschlüsse von Parlament und Regierung der Republik Polen, die auf eine ganz massive Reduzierung des Deutschunterrichts hinauslaufen. Im Zuge der Haushaltsberatungen hat der polnische Sejm bereits im Januar die Gelder für den deutschen Minderheitensprachunterricht um umgerechnet fast 10 Millionen Euro zusammengestrichen.

Von der Kürzung betroffen sind ausschließlich Kinder der deutschen Minderheit. Zur Umsetzung der Mittelkürzung erließ Polens Bildungsminister Przemysław Czarnek (PiS) im Februar 2022 eine Verordnung zur Kürzung der Unterrichtsstunden für die Kinder der deutschen Minderheit. Als Folge werden die betroffenen Schüler ab September nur noch eine, statt drei Stunden muttersprachlichen Unterricht pro Woche erhalten. Im Zuge einer Bildungsreform war den Schülern bereits in den Jahren 2018/2019 die Möglichkeit genommen

worden, Deutsch als muttersprachlichen Unterricht mit Deutsch als Fremdsprache zu kombinieren. Durch diese Kombination konnten die Kinder bis dahin wenigstens auf insgesamt fünf Wochenstunden Unterricht in deutscher Sprache kommen.

Kulturelle Identität gefährdet

Aus Sicht der Union wird die drohende Reduzierung auf eine Unterrichtsstunde pro Woche nicht ausreichen, „um Deutsch auf muttersprachlichem Niveau und identitätsstiftend zu vermitteln“.

Christoph de Vries, der Sprecher der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sieht auch „Gefahr im Verzug, dass das Bildungssystem der deutschen Minderheit irreparabel geschädigt wird“. Tatsächlich hatten Unionsabgeordnete bereits nach einem Besuch in der Region Opatów, der im Frühjahr stattgefunden hatte, gewarnt, dass

mit Beginn des neuen Schuljahres im September fast fünfhundert Deutschlehrer in Polen mit ihrer Entlassung konfrontiert sein werden. Angesichts der fehlenden beruflichen Perspektive wandern schon jetzt Lehrkräfte in die Wirtschaft ab, sodass sie dem Bildungsbereich vermutlich dauerhaft nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Angesichts dieser Entwicklung warnt der CDU-Innenpolitiker de Vries: „Da Sprache das wichtigste Mittel zur Identitätsbildung ist, droht der deutschen Minderheit in Polen mittel- bis langfristig der Verlust der kulturellen Identität.“ Der Ampelkoalition warf der Hamburger CDU-Politiker vor, „der im Koalitionsvertrag erhobene Anspruch, die Rechte von Minderheiten insbesondere innerhalb der EU zu stärken und sich für den Erhalt der Minderheitensprachen einzusetzen, gilt offensichtlich nicht für Angehörige der deutschen Minderheiten in Europa“.

Norman Hanert

RETTUNGSEINSÄTZE

Überlastung als Dauerzustand

Gewerkschaften schlagen Alarm – Immer öfter muss die Feuerwehr den Notstand ausrufen

VON NORMAN HANERT

Mit der Aktion „Berlin brennt“, haben Feuerwehrmänner bereits im Jahr 2018 gewarnt, dass das Rettungswesen in der Hauptstadt wegen hoher Einsatzzahlen am Ende seiner Kapazitäten angelangt ist. Gebessert hat sich die Lage in den vergangenen vier Jahren nicht, wie sich vor Kurzem auf einer außerordentlichen Personalversammlung der Berliner Feuerwehr gezeigt hat.

Zu dem Krisentreffen am 11. Juli war neben Personalvertretern, Gewerkschaftern und Feuerwehrleuten auch Torsten Akmann, Staatssekretär der Senatsverwaltung für Inneres, gekommen. Bereits im Vorfeld des Krisentreffens hatte Lars Wieg, der Vorsitzende der Berliner Feuerwehrgewerkschaft, erklärt, er erwarte von der Senatsinnenverwaltung klare Zusagen und praktikable Lösungen „Sonst wird es sehr laut auf der Versammlung“. Wieg zufolge sind die Berliner Feuerwehrleute „unglaublich sauer“.

Ein Hauptthema des Treffens war die hohe Zahl von Einsätzen der Notfallsanitäter in der Millionenmetropole. Nach Informationen der Berliner Feuerwehr gab es im Jahr 2020 Jahr im Schnitt jeden Tag 1280 Einsätze. Seit dem Mai vergangenen Jahres ist die Zahl der täglichen Einsätze sprunghaft auf durchschnittlich 1430 angestiegen.

In Spitzenzeiten rücken Feuerwehr und Rettungsdienst inzwischen sogar rund 1700-Mal pro Tag aus, wie der Leiter der Berliner Feuerwehr, Karsten Homrighausen, mitteilte. Er sagte, es sei nicht klar, ob die „hohe Zahl der Einsätze dauerhaft auf diesem Niveau bleibt oder in absehbarer Zeit wieder zurückgehen“. Eine offene Frage sind ebenso die Gründe für die deutliche Zunahme von Rettungseinsätzen. Als eine mögliche Ursache führte der ärztliche Leiter der Feuerwehr auf ein wachsendes und alterndes Berlin an. Landesbranddirektor Homrighausen verwies zudem auf die Corona-Pandemie.

Schon seit einigen Jahren macht Berlins Feuerwehr das Phänomen der sogenannten Bagatelleinsätze zu schaffen. Gemeint ist damit die Anforderung der Rettungssanitäter in leichteren Fällen, bei denen eigentlich der kassenärztliche Notdienst der richtige Ansprechpartner ist,



Berlin-Mitte: Feuerwehreinsatz am Nikolaiquartier

Foto: imago/Future image

oder aber auch ein Arztbesuch am Folgetag genügen würde. Laut Daten der Berliner Feuerwehr enden 20 bis 25 Prozent der Rettungseinsätze nicht damit, dass die Patienten ins Krankenhaus gefahren werden. Bei beachtlichen vier Prozent der Einsätze finden die angeforderten Rettungssanitäter am genannten Einsatzort sogar niemanden vor.

Der Landesverband der Deutschen Feuerwehr (DFeUG) wies zudem auf ein generelles Problem hin, bei dem der Gesetzgeber seinen Anteil hat. Laut dem Berliner Rettungsdienstgesetz haftet der Ärztliche Leiter der Feuerwehr für die Disposition von Rettungsmitteln. Dieses Amtsdeutsch heißt aus Sicht der Notfallsanitäter, dass sie im Zweifelsfall lieber eine Person mitnehmen und ins Krankenhaus einliefern, als dass sie bei einer medizinischen Fehleinschätzung eine Haftungsklage gegen die Feuerwehr riskieren. Verschärft wird diese Lage nun auch noch durch einen hohen Krankenstand infolge von Corona-Fällen unter den Feuerwehrleuten.

Als Folge aller dieser Faktoren muss Berlins Feuerwehr immer öfter den Ausnahmezustand ausrufen. Ein solcher liegt vor, wenn die Rettungswagen zu 80 Prozent ausgelastet sind und die Rettungssa-

nitäter es nicht mehr schaffen, innerhalb von zehn Minuten bei den Patienten zu sein. Im Jahr 2020 wurde dieser Ausnahmezustand 64-Mal erreicht. Im darauffolgenden Jahr 2021 musste schon 178-Mal ein Ausnahmezustand erklärt werden. Im Schnitt befand sich das Rettungswesen der Hauptstadt damit fast an jedem zweiten Tag in einer Extremlage. Im laufenden

Wochenende an, an dem die Berliner Feuerwehr an ihre Belastungsgrenze gestoßen war. Der Personalmangel bei den Rettungskräften, sommerliche Hitze, viele Touristen und Partys sowie ein Großeinsatz bei Abiturabschlussfeiern am Columbiadamm hatten am Ende dazu geführt, dass die Feuerwehr zeitweise kaum noch Einsatzkräfte für neuen Notfällen losschicken konnte.

Im Rückblick auf dieses Wochenende schätzte der Feuerwehrgewerkschafter Wieg ein: „So eine katastrophale Situation hatten wir in Berlin noch nie“.

1700

Einsätze täglich verzeichnet die Berliner Feuerwehr laut deren Leiter, Karsten Homrighausen

ÄRZTEMANGEL

KV richtet in Berliner Problembezirken Praxen ein

Niedergelassene Ärzte meiden ehemalige Oststadtteile – Angst vor der Selbstständigkeit

Im ehemaligen Ostberlin sind die Bezirke Lichtenberg, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick mit Hausärzten unterversorgt. Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) hat im Lichtenberger Ortsteil Hohenschönhausen nun die erste Arztpraxis in eigener Trägerschaft eröffnet.

Ärzte, die das wirtschaftliche Risiko einer selbstständigen Tätigkeit tragen wollen, fanden sich nicht mehr. In der KV-Praxis ist kein niedergelassener Arzt tätig, sondern er arbeitet als Angestellter der Kassenärztlichen Vereinigung. Er erhält ein festes Gehalt. Stadtquartiere, in denen viele ältere Kassenpatienten und wenigen Privatpatienten wohnen, sind für niedergelassene Ärzte unattraktiv. Bis zum Jahresende soll im Bezirk-Berlin Lichtenberg im Ortsteil Karlshorst eine weitere Arztpraxis mit einem oder mehreren angestellten Ärzten hinzukommen.

Bezirksbürgermeister Michael Grunst von den Linken sagte: „Wir freuen uns sehr, dass die KV-Praxis am Prerower Platz nun öffnet. Die medizinische Versorgung wird sich damit deutlich verbessern“. Der Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung, Burkhard Ruppert, ergänzte: „Ziel dieser Praxen ist es, die hausärztliche Versorgung zu ergänzen und an den Standorten, wo sich erkennbar keine niederlassungswilligen Hausärztinnen und Hausärzte finden, Praxen aufzubauen. Die Hoffnung ist groß, dass wir mit unserem Engagement die hausärztliche Versorgung in den Bezirken wieder auf ein Normalmaß anheben“.

Versorgungsgrad bei 110 Prozent

Ärzte lassen sich lieber dort nieder, wo es viele Privatpatienten gibt. Der Versorgungsgrad für Gesamtberlin liegt bei etwa

110 Prozent. Eine Studie der kassenärztlichen Vereinigung kommt zu folgendem Ergebnis: „In den wohlhabenden Bezirken im Südwesten Berlins ist die ärztliche Versorgung generell außerordentlich gut. Manchmal weniger gut, oft jedoch deutlich schlechter sieht es insbesondere in Neukölln, Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und eben Lichtenberg aus.“ In Charlottenburg-Wilmersdorf liegt laut Studie der Wert sogar bei 131 Prozent, in Lichtenberg jedoch nur bei 81 Prozent. Treptow-Köpenick mit 84 Prozent und Marzahn-Hellersdorf mit 89 Prozent liegen im Ranking nicht viel besser.

Die Krankenkassen und die Kassenärztliche Vereinigung bezuschussen bereits jetzt Hausärzte, die sich in den drei Problembezirken niederlassen. In Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick verschärft sich das Problem durch den

Zuzug neuer Einwohner durch rege Neubautätigkeit. In den drei Problembezirken kommt es mitunter vor, dass ältere Ärzte, die ihre Tätigkeit aufgeben wollen, keinen Nachfolger finden, dem sie die Praxis und die Patienten übergeben können.

Belastung für die Landesfinanzen

Die Situation belastet derweil die Landesfinanzen. Denn dort, wo Fachärzte fehlen, gehen viele Patienten in die Notaufnahme der Krankenhäuser. Mit den Patienten, die ambulant versorgt werden könnten, fahren die Krankenhäuser hingegen Verluste ein, die wiederum durch Zahlungen des Senats ausgeglichen werden müssen.

Im früher „schwierigen“ Bezirk Neukölln gibt es inzwischen jedoch ausreichend niedergelassene Ärzte.

Frank Bücker

KOLUMNE

Berliner Raserei

VON VERA LENGSEFELD

Es gereicht unserer Hauptstadt nicht zur Ehre, dass sie nicht nur deutschland-, sondern weltweit als Hotspot der illegalen Autorennen bekannt ist. Allein seit Beginn dieses Jahres gab es laut Staatsanwaltschaft rund 450 Fälle. Dabei können seit knapp fünf Jahren Raser schärfer bestraft werden. Damals kam auf dem Ku'damm ein 69-jähriger Unbeteiligter zu Tode.

Danach wurde Raserei von einer Ordnungswidrigkeit zur Straftat hochgestuft. Damit hatte Berlin juristisches Neuland betreten. Seitdem sind in Berlin mehr als 3600 Verfahren eingeleitet worden. Bei den meisten Verfahren (388) sind die Verdächtigen bekannt. Bis Ende 2021 wurden von Berliner Strafgerichten in mehr als 670 Fällen Raser verurteilt.

Die beiden Fahrer vom Ku'damm wurden wegen des illegalen Autorennens rechtskräftig wegen Mordes verurteilt. Das Auto des Opfers ist im Deutschen Technikmuseum in einer Sonderausstellung vor einem Foto des Unfallortes zu sehen. Ob diese Schau „Wahnsinn – Illegale Autorennen. Wie stoppen wir den Tempo-Rausch“ von den überwiegend jungen Männern unnennbarer Herkunft besucht wird, ist zu bezweifeln.

Dabei sind die sechs Videofilme, die das Museum zeigt, durchaus erhellend. Zum Teil stammen sie von den Raserautos, von beschlagnahmten Kameras auf den Armaturenbrettern der Fahrer, oder von den Kameras der Polizeiautos auf Verfolgungsjagd. Als führen sie durch eine Betonröhre, statt auf einer belebten Straße drängeln sich die Raser durch den Verkehr, beschleunigen immer wieder bis auf weit mehr als 100 Stundenkilometer, Fußgänger springen zur Seite, einige Videos enden mit einem Unfall.

Da die strafrechtliche Härte noch nicht den gewünschten Erfolg gebracht hat, gibt es ein Angebot der Sozialen Dienste an die Raser: „Ihnen helfen wir, um weitere Straftaten zu verhindern.“

MELDUNG

Immer mehr Verweigerer

Berlin – Nach Unterzeichnung einer Vereinbarung für bezahlbares Wohnen am 20. Juni hatte Berlins Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey (SPD) auf weitere Unterstützer gehofft. Allerdings hatten der Berliner Mieterverein und der Zentrale Immobilien Ausschuss (ZIA) von vornherein erklärt, sich der Vereinbarung nicht anschließen zu wollen. In der Zwischenzeit haben auch der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) und der Eigentümerverband Haus & Grund eine Unterschrift unter die Vereinbarung abgelehnt. Das schwedische Unternehmen Heimstad, einer der größten privatwirtschaftlichen Akteure auf dem Berliner Wohnungsmarkt, befindet sich nach eigenen Angaben im Hinblick auf die Vereinbarung noch im „Klärungsprozess“. Die Regierende Bürgermeisterin zeigt sich trotz Absagen zufrieden. Laut Giffey haben 18 Partner die rund eine Million von fast 1,6 Millionen Mietwohnungen in Berlin repräsentieren, die Bündnisvereinbarung unterschrieben. N.H.

● MELDUNGEN

Klimasünder EU-Parlament

Brüssel – Die EU-Parlamentarier haben im 2021 über 82 Millionen Kilometer mit dem Flugzeug und mehr als eine Million Kilometer mit dem Auto zurückgelegt, um nach Brüssel oder Straßburg sowie zu externen Veranstaltungen zu gelangen. Das teilte der Recherchedienst des Europa-Parlaments (EPRS) in Beantwortung einer Anfrage des AfD-Abgeordneten Gunnar Beck mit. Dabei wies der EPRS darauf hin, dass diese Zahlen im Vergleich zu den Jahren davor wegen der Corona-Pandemie am „unteren Ende“ der Skala lägen. Die Parlamentarier verursachten auf ihren Reisen CO₂-Emissionen von fast 20.000 Tonnen. Deutsche Bürger hätten dafür knapp 600.000 Euro Klimasteuer bezahlen müssen. Laut Beck laufe das Verhalten der Abgeordneten der „absurden Klimapolitik“ der EU zuwider. Nicht erfasst wurden vom EPRS die ebenfalls recht häufigen Reisen der Mitarbeiter der EU-Parlamentarier und der Angehörigen der EU-Kommission. *W.K.*

Selenskyj räumt auf

Kiew – Die militärischen Niederlagen der Ukraine im Krieg gegen Russland werden jetzt auch dem ukrainischen Inlandsgeheimdienst Sluschba Bespeky Ukrainy (SBU) angelastet. Präsident Selenskyj entließ deshalb den seit 2019 amtierenden SBU-Chef Iwan Bakanow. Der Jugendfreund des ukrainischen Staatsoberhauptes galt als wenig erfahren und stand unter anderem wegen der Korruption in seiner Behörde sowie des Falls von Cherson unter Beschuss. So soll der russische Einmarsch in der Hafenstadt an der Dnepr-Mündung nur deshalb möglich gewesen sein, weil man es unterließ, eine strategisch wichtige Brücke zu sprengen. Außerdem gibt es im SBU immer noch zahlreiche Maulwürfe des Gegners. Einer von diesen hat den vorrückenden Truppen Putins die Lage von ukrainischen Minenfeldern verraten. Parallel zu Bakanow fiel die Generalstaatsanwältin Iryna Wenediktowa wegen des Hochverrats vieler ihrer Unterstellten in Ungnade. *W.K.*

Bauernproteste in Polen

Warschau – Nach den Bauernprotesten in den Niederlanden und Spanien demonstrieren auch in der Republik Polen Landwirte. Angeführt von Michał Kolodziejczak, dem Chef der Bewegung „Agrounion“, fordern die Bauern den Schutz einheimischer Erzeuger. Ein Grund für die Proteste ist die Unzufriedenheit mit dem Import ukrainischer Agrarprodukte. Nach Abschaffung der Zölle auf landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der Ukraine durch die EU landet ukrainisches Getreide zunehmend auf dem polnischen Markt. Zugleich sind die Bauern von Kostensteigerungen betroffen. Nach den Vorstellungen der „Agrounion“ sollten Waren aus der Ukraine, die nach Polen gelangen, auf Drittmärkte wie zum Beispiel in Afrika weiter exportiert werden. Der Nationale Rat der Landwirtschaftskammern rechnet damit, dass auch Ausfuhren von Geflügel aus der Ukraine den Geflügelmarkt in der EU destabilisieren können. *N.H.*

UKRAINE

Nur nicht den Glauben verlieren

Deutschstämmige Lutheraner geraten im Ukrainekrieg zwischen die Fronten

VON BODO BOST

Russlands Überfall auf die Ukraine hat mehrere Kirchengemeinden der DELKU der „Deutschen evangelisch-lutherischen Kirche der Ukraine“ hart getroffen. Zwei davon haben Putins Truppen erobert, zugleich wurden Kirchenmitglieder verhaftet. Der zuständige Bischof Pawlo Schwarz fürchtet um die Kircheneinheit mit der ELKRAS, den anderen lutherischen Bistümern der ehemaligen Sowjetunion, mit denen die DELKU einst eine Union bildete.

Die DELKU hat rund Tausend Mitglieder in 15 Gemeinden, die über die gesamte Ukraine verteilt sind. Der Angriff Russlands am 24. Februar kam nicht ganz überraschend für diese Kirche, die schon 2014 durch die Besetzung der Krim und der beiden Donbass-Republiken den Abfall einiger Gemeinden zu beklagen hatte.

Die DELKU befand sich jedoch seit Sommer 2021 in einer Phase des Neu-

starts, nachdem eine jahrelange Spaltung des Bistums überwunden werden konnte und die Minderheitengruppe, der es um den Zugriff auf die Kirchen-Immobilien ging, die Besetzung und damit die Blockade der bischöflichen Verwaltung in Odessa aufgegeben hatte. Dadurch konnten auch dank des energischen Auftretens von Bischof Schwarz die Beziehungen zur bayerischen Landeskirche, der langjährigen Partnerkirche der DELKU, wieder aufgenommen werden.

Gleich zu Beginn des Krieges wurden leider zwei Gemeinden, Berdjansk und Schlangendorf im Bezirk Cherson, von russischen Truppen erobert. Viele Mitglieder aus den Gemeinden in den Großstädten Kiew, Charkiw, Saporischschja, Kremenschuk und Krywyj Rih verließen die Städte und flüchteten ins westliche Ausland oder in die dörflichen Gemeinden bei Odessa, Peterstal und Neuburg. Die letzteren beiden Gemeinden, zumeist zusammengesetzt durch Umsiedler aus Zentralasien, verdoppelten die Anzahl

ihrer Gemeindemitglieder durch Flüchtlinge aus dem Osten und konnten deshalb sogar langjährig brachliegende Erweiterungsprojekte in Angriff nehmen.

Am schlimmsten erging es der Gemeinde in Berdjansk, einer der wenigen Gemeinden in der Ukraine, der es vor einem Vierteljahrhundert gelungen war, ihr altes aus der Zarenzeit stammendes Kirchengebäude zurückzuerlangen. Seit 1998 hat die dortige Gemeinde in der bayerischen Kirchengemeinde Rednitzhembach eine Partnergemeinde, die noch kurz vor der russischen Besetzung eine Geldspende überweisen konnte.

Ein Bischof auf der Flucht

Im April wurde die Gemeinde erschüttert, als der Vorsitzende des Kirchenrates von Berdjansk, Arthur Koschewnikow, von den Russen bei einem Spaziergang auf dem Primorskaya-Platz festgenommen wurde. Er war der führende Kopf bei der Wiederherstellung der Gemeinde im Jahr 1997. Seit dem Tag der Inhaftierung gab es

keinen Kontakt mehr zu dem herzkranken Koschewnikow. Berdjansk spielte auch für die politische Wiedergeburt der Russlanddeutschen in der ehemaligen Sowjetunion eine wichtige Rolle, weil der führende Kopf dieser Bewegung, Heinrich Groth, bis nach der Jahrtausendwende in Berdjansk gelebt hat.

Auch die Gemeinde in Schlangendorf [Zmiewka] (Cherson Oblast), die am Dnjepr-Ufer liegt, befindet sich auf besetztem Territorium. Dort ist die Situation sehr angespannt, weil die von der Kirchengemeinde betreuten Gebiete zwischen die Fronten geraten sind.

Der Kontakt zu den Partnerkirchen im Rahmen der ELKRAS, der deutschstämmigen lutherischen Diözesen in der ehemaligen Sowjetunion wurde abgebrochen, weil sich einige der Pfarrer der ELKRAS in Russland die russische Staatspropaganda zu diesem Krieg zu eigen machten. Die ELKRAS war fast vier Monate führungslos und der Bischof der ELKRAS, Dietrich Brauer, in den ersten Tagen des Krieges nach Deutschland geflüchtet. Sein Nachfolger als Bischof, Wladimir Proworow, der ehemalige Propst der Propstei Wolgaka und Pfarrer der Mariengemeinde in Uljanowsk, wurde erst im Juni gewählt. Bischof Schwarz befürchtet allerdings, dass die ELKRAS durch den Krieg, durch die Propaganda und den Verlust gegenseitigen Vertrauens zerstört werden könnte.

Bischof Schwarz hatte im Mai die Zentrale des Lutherischen Weltbundes (LWB) in Genf besucht und kurze Zeit später eine Delegation des LWB in der Ukraine empfangen. Im August wurde die DELKU in den LWB als 149. Mitglied aufgenommen. Die Unterstützung aus dem Westen sei sehr gut. Die deutsche Kulturstatsministerin Claudia Roth hatte die Kirchenleitung in Odessa im Juni besucht und ihr weitere Unterstützung zugesagt. Aber von den Partnerkirchen der ELKRAS bleibe diese Unterstützung aus. Im Gegenteil: Manchmal erfahre man sogar Beleidigungen von deren Mitgliedskirchen, so Bischof Schwarz in einem Interview mit einer deutschen Kirchenzeitung.



Beten für Frieden in der Ukraine: Deutscher Gottesdienst mit Pfarrer Alexander Gross in der Pauluskirche von Odessa Foto: privat

GROSSBRITANNIEN

Wer folgt auf Boris Johnson?

Beim Wettkampf um die Downing Street 10 liegt Ex-Schatzkanzler Sunak vorne, gefolgt von zwei Frauen

Nach dem Sturz des Boris Johnson vor zwei Wochen ging es ganz schnell. Innerhalb von wenigen Tagen startete die konservative Partei das Rennen um die „Party Leadership“. Der nächste Tory-Chef wird britischer Premierminister.

Anfangs gingen elf Kandidaten ins Rennen. In die Stichwahl werden aber zwei Kandidaten gehen, bei der die Mitglieder der Partei den „Leader“ küren. Es gibt derzeit ein Hauen und Stechen unter den Blauen, das konservative Magazin „The Spectator“ schrieb von „Blue Murder“. Deutsche Beobachter würden dennoch von einem eher zivilisierten Wahlkampf sprechen.

Als sicher galt, dass Ex-Schatzkanzler Rishi Sunak in die Stichwahl gelangt. Sunak, der im Werbefilm die Erfolgsgeschichte seiner indischen Einwandererfamilie betont, liegt bei den fraktionsinternen Wahlen seit Beginn vorne. Aber er hat auch erbitterte Feinde im Lager der verbliebenen Johnson-Getreuen, die ihn als Verräter angreifen, weil sein Rücktritt vor zwei Wochen die Wagenburg des Tory-Kabinetts kollabieren ließ. Der Brexit-Mi-

nister Jacob Rees-Mogg hasst ihn und stichelt, Sunak habe die Steuern auf ein „sozialistisches Niveau“ erhöht. Die Steuerpolitik ist das am heftigsten umkämpfte Thema. Zu kämpfen hat 42-jährige Ex-Schatzkanzler auch damit, dass der Ex-Investmentbanker und seine Frau, eine indische Milliardärstochter, als „zu reich“ erscheinen. Labour kann ihm leicht vorwerfen, er wisse nichts von den finanziellen Sorgen und Nöten einfacher Wähler.

Eine „wache“ Staatsministerin

Auf dem zweiten Platz lag nach drei Wahlrunden überraschend Penny Mordaunt, Staatsministerin für Handel, die in der breiteren Öffentlichkeit in den vergangenen drei Johnson-Jahren kaum in Erscheinung getreten ist. Sie galt zwischenzeitlich sogar als Favoritin.

Doch „PM4PM“ („Penny Mordaunt for Prime Minister“, so lautet ihr Wahlkampfeslogan) hat auch Schwächen – namentlich, dass sie vielen Konservativen als „zu woke“ gilt. Als ehemalige Staatssekretärin für Gleichheit machte sich die attraktive Blondine die Agenda der

LGBTI-Bewegung ein bisschen zu leidenschaftlich zu eigen, sagen ihre Gegner. Nicht nur hat die 48-jährige linksliberale Konservative das Dogma „Transfrauen sind Frauen und Transmänner sind Männer“ vertreten, sie schrieb auch in einem Gesetzentwurf „gebärende Person“ (statt Mutter). Jetzt dementiert sie dies.

Ebenfalls Chancen, in die Stichwahl zu gelangen, rechnete sich Liz Truss aus, die Außenministerin, hinter der sich die Brexit-Hardliner und Parteirechten sammeln. Doch Truss wirkte in den Fernsehdebatten eher hölzern und spröde. Die 46-Jährige trug eine Rüschenbluse, die stark an Margaret Thatcher erinnern sollte, und forderte sofortige Steuersenkungen. Falls die Brexit-Lobby „European Research Group“ der Tories ihre Stimmen auf sie vereint, könnte sie Sunak doch noch sehr gefährlich werden.

Die rechte Überraschkandidatin ist indes Kemi Badenoch. Es klingt für deutsche Ohren vielleicht gewöhnungsbedürftig, doch die schwarze Abgeordnete, die ihre Jugend in Nigeria verbracht hat, sorgt bei den britischen Rechtskon-

servativen für Begeisterung. Warum? Weil die erst 42-jährige Badenoch wie keine andere gegen die „woke“ Linke Front macht und deren ewiges „Rassismus“-Geschrei klug kontert. In einer legendären Parlamentsdebatte verdammt sie als Staatssekretärin für Gleichheit die linke „Critical Race Theory“. Diese impliziert eine Art umgekehrten Rassismus gegen Weiße, weil Weiße quasi erblich als ewige Täter und Schwarze strukturell als Opfer dargestellt werden. Ebenso hat Badenoch die LGBTI-Lobby ausgebremst.

Auch wenn die schwarze Konservative die Schlussrunde nicht gewinnen sollte, sagen viele Kommentatoren, dass sie zu den führenden Tory-Politikern der nächsten Generation zählen wird.

Spätestens am 5. September soll der nächste Premier feststehen. Wer immer in die Downing Street einzieht, steht vor einer monumentalen Aufgabe. Er oder sie muss den Rückstand von derzeit zehn Prozentpunkten auf Labour in den Umfragen aufholen. Die Tories haben nur zwei Jahre Gnadenfrist bis zur nächsten Parlamentswahl. *Claudia Hansen*

VON HERMANN MÜLLER

Trotz der hochsommerlichen Temperaturen stehen bei vielen Deutschen nicht Gärten, Pools oder Ventilatoren ganz oben auf der Wunschliste, sondern Brennmaterial und eine neue Heizung. Getrieben von der Angst, im kommenden Winter in einer Energiekrise in kalten Wohnungen zu sitzen, boomt derzeit die Nachfrage nach Alternativen zu Öl- oder Gasheizungen.

Aktuell ist vor allem das Interesse der Deutschen für elektrische Heizungen und Heizlüfter, mit denen Wohnräume mit Strom beheizt werden können, besonders groß. Wie „Business Insider“ auf der Grundlage von Daten des Vergleichsportals Idealo berichtet, sind die Suchanfragen nach Elektroheizungen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 3961 Prozent gestiegen.

Mit Blick auf die Strompreise warnte Andrea Grimm von der Verbraucherzentrale Hamburg, dass die Elektroheizungen die Haushalte am Ende mit hohen Kosten belasten können: „Wir warnen davor, unkontrolliert mit elektrischen Heizungen oder Heizlüftern zu heizen, da es deutlich teurer ist. Derzeit ist Strom doppelt so teuer wie Gas.“

Die elektrischen Heizlüfter stellen allerdings nicht nur für die Haushaltskassen eine Gefahr dar. Sollten im kommenden Winter diese stromhungrigen Geräte in großer Zahl zusätzlich am Netz hängen, kann dies durchaus das Stromnetz auf eine Belastungsprobe stellen.

Auch bei Kaminöfen melden Händler inzwischen Lieferzeiten von vier bis sechs Wochen. Kunden, die ein spezielles Ofenmodell im Blick haben, bekommen derzeit mitunter sogar Liefertermine von über einem Jahr genannt. Als Folge dieser Nachfrage haben auch die Schornsteinfeger deutlich mehr zu tun als in den Vorjahren. Nach Angaben der Berliner Schornsteinfeger-Innung ist die Nachfrage nach Beratung und Abnahmen von Kaminöfen regelrecht „explodiert“.

Holzdiebstähle in den Wäldern

Mit Blick auf feste Brennstoffe wie Brennholz, Holzbriketts, Pellets und Kohle spricht der Handel sogar schon von einem „Ausnahmestandard“ auf dem Markt. Gegenüber dem Sender rbb sprach Matthias Wilke, Geschäftsführer eines Handelsunternehmens für Naturbrennstoffe mit Sitz im Landkreis Ostprignitz-Ruppin, von einer „exorbitant hohen Nachfrage“.

Auch ein Kaminholzhandhändler aus Berlin-Mahlsdorf verzeichnet derzeit eine Nachfrage, „so hoch wie fast noch nie, nicht in den kältesten Wintern“. Bei vielen Holzhandlern sind inzwischen Bu-



Rauchende Zukunft: Wenn aus der Not heraus Holzöfen in Mode kommen, wird man sich wieder auf Smog einstellen müssen

GASKRISE

Zustände wie unter Bismarck

Werden wir wieder wie im 19. Jahrhundert heizen? Aus Angst vor Gasknappheit legen sich viele Deutsche Holzöfen zu, damit es im Winter warm bleibt

chenholz und andere Laubhölzer sogar ganz ausverkauft.

Die starke Nachfrage ruft inzwischen auch schon Betrüger auf den Plan. Laut dem Bundesverband Brennholz werden immer wieder Fälle gemeldet, bei denen Kaufinteressenten Holz im Internet bestellen und vorab bezahlen, die Ware aber nie geliefert bekommen. Aus Bayern und Hessen werden zudem vermehrt auch Holzdiebstähle aus Wäldern gemeldet.

Das aufgeflamnte Interesse der Deutschen für den Brennstoff Holz ist zu einem Thema für die Forschungsabteilung der Deutschen Bank geworden. Deren Volkswirt Eric Heymann hat Szenarien für den Verlauf der kommenden Monate skizziert. Nach seiner Ansicht wird die Energiewirtschaft bei einer Reduzierung oder einem kompletten Stopp der russischen Gaslieferungen über Nord Stream 1 versuchen, fehlendes Erdgas vor allem durch Kohle zu substituieren.

Mit Blick auf die Industrie geht die Deutsche Bank Research davon aus, dass diese auf Ölderivate zurückgreifen wird. Für Schlagzeilen bis in englischsprachige Wirtschaftsmedien sorgte die Prognose der Deutsche Bank Forschungsabteilung für die privaten Haushalte. Für diese sagt der Volkswirt Eric Heymann voraus, dass, wo immer dies möglich sein wird, Holz für Heizzwecke verwendet werden wird. Die US-Wirtschaftsseite „Zerohegde“ fühlte sich angesichts dieser Prognose bereits an Zustände wie im Deutschland des 19. Jahrhunderts unter dem Kanzler Bismarck erinnert – zumindest in der Frage der Heizung.

Schlecht für die Klimabilanz

Das wiedererwachte Interesse der Deutschen für Holzöfen stößt allerdings auch auf Kritik. Bereits Anfang des Jahres hatte das Umweltbundesamt die Forderung präsentiert, generell auf Holzheizungen

zu verzichten: „Das Heizen mit Holz ist in puncto Nachhaltigkeit nur begrenzt sinnvoll, und was die Emissionen von Luftschadstoffen angeht, gar keine gute Idee“, so Christian Liesegang, Experte für Feuerungsanlagen vom Umweltbundesamt.

Die Behörde kündigte außerdem an, sich für die Streichung oder Kürzung von staatlichen Fördergeldern für Holzheizungen einsetzen zu wollen. Auch die Deutschen Umwelthilfe kritisierte, dass „durch Holzverbrennung mehr Feinstaub ausgestoßen als aus den Auspuffen von Pkw, Lkw und Bussen kommt“.

Mit ihren Vorstößen gegen Ofenheizungen rufen die Deutsche Umwelthilfe und das Umweltbundesamt möglicherweise einen Effekt hervor, den sie nicht im Sinn haben. Die Sorge vor einem kommenden Verbot kann für Verbraucher nämlich zum Anlass werden, sich eine Ofenheizung zuzulegen, solange dies noch möglich ist.

SOZIALE NETZWERKE

Urteil gegen Facebook

Angebliche Hassrede – Ein deutsches Gericht bescheinigt dem US-Konzern unrechtmäßige Zensurverstöße

Am 9. Mai 1814 schrieb der katholische Publizist Joseph Görres im „Rheinischen Merkur“, wobei er diese Aussage Napoleon in den Mund legte: „Es gibt kein gutmütigeres, aber auch kein leichtgläubigeres Volk als das deutsche. Zwiespalt brauchte ich unter ihnen nie zu säen. Ich brauchte nur meine Netze auszuspannen, dann liefen sie wie ein scheues Wild hinein. Untereinander haben sie sich gewürgt, und sie meinten ihre Pflicht zu tun. Törichter ist kein anderes Volk auf Erden. Keine Lüge kann grob genug erstonnen werden: die Deutschen glauben sie. Um eine Parole, die man ihnen gab, verfolgten sie ihre Landsleute mit größerer Erbitterung als ihre wirklichen Feinde.“

Das selbige Zitat wurde von einer Nutzerin des sozialen Netzwerks Facebook ins Internet gestellt. Daraufhin löschten

die hausinternen Zensoren des Facebook-Mutterkonzerns Meta Platforms Inc. den Beitrag wegen „Verletzung der Gemeinschaftsstandards“ und sperrten die Nutzerin zudem aufgrund ihrer „Hassrede“.

Ein „vorsätzlicher Rechtsbrecher“

Diese wehrte sich allerdings gegen die verhängten Strafen und zog vor das Hanseatische Oberlandesgericht Hamburg, wo sie von dem Medienanwalt Joachim Steinhöfel vertreten wurde. Das OLG urteilte am 7. Juli in Aufhebung einer fehlerhaften Entscheidung der früheren Instanz, dass das Agieren des Konzerns rechtswidrig sei, denn schließlich habe der Bundesgerichtshof bereits im Vorjahr die Unwirksamkeit der Allgemeinen Geschäftsbedingungen von Facebook in Bezug auf die Löschung von Nutzerbeiträ-

gen und Kontensperrungen bei Verstößen gegen „Kommunikationsstandards“ festgestellt.

Doch dabei ließ es das Hamburger Gericht nicht bewenden und bemängelte in glasklarer Offenheit, dass die Firma Meta Platforms „nach dem unbestrittenen Vortrag der Klägerin nicht nur an ihren gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung unwirksamen AGB zur Löschung von Beiträgen und Sperrung von Nutzerkonten festhält, indem sie diese offenbar bis heute unverändert lässt, sondern sogar ihre Sanktionspraxis auf Basis dieser rechtswidrigen AGB fortsetzt. Sie nimmt also Löschungen und Kontensperrungen gegenüber Nutzern vor, obwohl sie positiv weiß, dass dafür gemäß höchstrichterlicher Rechtsprechung keine rechtliche Grundlage besteht.“

Steinhöfel, der seit Jahren gegen die Zensurpraxis von Facebook/Meta vorgeht, kommentierte das Urteil mit den Worten: „Facebook ist laut OLG Hamburg ein vorsätzlicher, serienmäßiger Rechtsbrecher. Der IT-Riese ebnet unter Missachtung rechtsstaatlicher Grundsätze die Meinungsfreiheit auf seinen Plattformen ein.“ Daher fordert der Anwalt nun, dass der Gesetzgeber „einen pauschalierten Schadensersatz pro ungerechtfertigter Löschung und für jeden Tag rechtswidriger Sperrung“ festlegt.

Ob es hierzu kommt, ist fraglich. Immerhin hegt der deutsche Staat selbst Interesse an der Fortsetzung der Zensurpraxis bei den sozialen Netzwerken. Ansonsten hätte er die Unternehmen nicht per Gesetz zur Löschung angeblicher „Hasskommentare“ verpflichtet. W. Kaufmann

● MELDUNGEN

Boykottfolgen für Linde

Pullach – In der Anlagenbau-Sparte von Linde droht durch die westlichen Sanktionen gegen Russland ein massiver Stellenabbau. Aufträge aus Russland haben für Linde bislang zwei Drittel des Auftragsbestandes der Sparte Anlagenbau ausgemacht. Dem amerikanisch-deutschen Konzern sind durch die Sanktionen insbesondere milliarden schwere Großaufträge über Gasverflüssigungs- und Verarbeitungsanlagen mit dem russischen Energiekonzern Gazprom weggebrochen. Diese Aufträge hätten den Linde-Standort vor den Toren Münchens auf Jahre ausgelastet. Wie aus einem Schreiben des Betriebsrats an die Belegschaft hervorgeht, sprach der für das Geschäft zuständige Linde-Vorstand Jürgen Nowicki in einer Betriebsversammlung von „notwendigen strukturellen Maßnahmen am Standort Pullach“ und einem einschneidenden Personalabbau. Bislang beschäftigt Linde in der Sparte Anlagenbau in Pullach rund 2000 Mitarbeiter. N.H.

Kein Öl über Danziger Hafen

Potsdam – Pläne, die PCK Raffinerie Schwedt nach einem Boykott gegen russisches Erdöl ersatzweise zum Teil auch über den Seehafen Danzig zu versorgen, haben sich vorerst zerschlagen. Nach Angaben von Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) hat sich bereits die Raffinerie Leuna einen Teil der Kapazitäten des Danziger Ölterminals gesichert: „Der Rest geht an polnische Abnehmer. Das PCK bekommt kein Öl aus Polen“, so der Minister. Nach einer Besichtigung des Rostocker Seehafens sagte Michael Kellner (Grüne), Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, der Hafen könne bis zu drei Viertel des Rohölbedarfs der Raffinerie abdecken. Laut Kellner ist es sein Ziel, „dass wir das innerhalb einer Zeit von zwei Jahren umsetzen können“. Öllieferungen aus Kasachstan zur Versorgung der Raffinerie in der Uckermark lehnt die Bundesregierung ab, da diese über russisches Territorium laufen. N.H.

Mehr russisches Gas für Spanien

Madrid – Erklärtes Ziel der EU ist es, sich von russischen Gaslieferungen unabhängiger zu machen. Im Kontrast dazu sind die russischen Gasexporte nach Spanien im Juni deutlich angestiegen. Im Vergleich zum Juni vergangenen Jahres stiegen die Gasexporte Russlands nach Spanien um etwa ein Drittel. Russlands Anteil an den gesamten spanischen Gaseinfuhren stieg damit auf 24,4 Prozent an. Zumindest im Juni war Russland damit der zweitgrößte Gaslieferant Spaniens. Im ersten Halbjahr hatten die russischen Lieferungen nur gut zehn Prozent zum spanischen Gasmix beigetragen. Der Netzbetreiber Enagás erklärte den Anstieg der russischen Lieferungen von Flüssiggas mit Wartungsarbeiten an französischen Anlagen. Diese hätten eine Umleitung der Gaseinfuhren nötig gemacht, so Arturo Gonzalo, der Geschäftsführer von Enagás. Spaniens Hauptlieferant sind seit Beginn dieses Jahres die USA, die gut ein Drittel des Bedarfs decken. N.H.

KOMMENTAR

Links-grüne Doppelmoral

NORMAN HANERT

Angesichts steigender Energie- und Lebensmittelpreise und einer drohenden Gasknappheit machen sich immer mehr Deutsche Sorgen, wie sie über den bevorstehenden Winter kommen sollen. Gleichzeitig verspielen gerade Teile der politischen Elite in hohem Tempo ihre Glaubwürdigkeit. Insbesondere dem Berliner Senat ist jetzt das besondere Kunststück gelungen, unverfrorene Selbstbedienungsmentalität mit einer Extraportion Doppelmoral zu krönen.

Wie schon dem Vorgängersanat ist es auch der amtierenden rot-grün-roten Landesregierung ein ganz besonderes Anliegen, das Autofahren in der Hauptstadt möglichst unattraktiv zu machen. Ganz offen hatte Bettina Jarasch als Spitzenkandidatin der Grünen im vergangenen Jahr erklärt: „Mein Ziel ist es, dass es so wenig Autos wie möglich in Berlin gibt.“ Mittlerweile Verkehrssenatorin, sitzt Jarasch auf einem Posten, auf dem sie ihre Idee von der autobefreiten Großstadt in die Tat umsetzt. Die grüngeführte Senatsverkehrsverwaltung verengt unter dem Etikett „Mobilitätswende“ überall in der Stadt Straßen, wandelt Fahrspuren in Radwege um und schafft Parkplätze ab. Die Friedrichstraße in Berlin-Mitte wurde im Zuge eines „Verkehrsversuchs“ sogar so weit „verkehrsberuhigt“ und umgestaltet, dass reihenweise Läden dichtmachen.

Berlins frühere Flaniermeile, einst Inbegriff für quirliges Weltstadtleben, versprüht mittlerweile die Atmosphäre eines zugigen Provinzbahnhofs. Mit Erfolg torpedieren Grüne, Linkspartei und mittlerweile auch die SPD zudem den Beschluss des Deutschen Bundestags zum Weiterbau der Berliner Stadtautobahn in Berlin-Treptow.

Mit dem Dienstwagen in die Ferien

Genau derselbe rot-grün-rote Senat, der den Kampf gegen das Auto zu seinem Markenzeichen gemacht hat, sah nun kurz vor der parlamentarischen Sommerpause offenbar Nachbesserungsbedarf in Sachen Dienstwagennutzung.

Herausgekommen ist dabei eine ganz spezielle „Mobilitätswende“. Die Neuregelung erlaubt den Senatsmitgliedern nämlich, ihre Dienstlimousinen nun auch für private Urlaubsfahrten zu nutzen. Damit nicht genug: Die Möglichkeit einer Privatnutzung der hoch-

wertigen Limousinen wurde auch noch auf ganz Europa ausgeweitet. Passenderweise bietet die sommerliche Parlamentspause auch gleich die Chance, dieses neue Dienstwagenprivileg zu nutzen. Beim Weg in die Ferien werden sich die Mitglieder des Berliner Senats allerdings selbst hinter das Lenkrad setzen müssen. Die Chauffeure des landeseigenen Fahrdienstes werden den Regierungsmitgliedern bei den Privatfahrten im Urlaub nicht zur Verfügung stehen.

Quasi als Kollateralschaden der Berichterstattung über die neue Dienstwagenregelung wurde die Aufmerksamkeit der Bürger auch auf die Kosten und den Umfang der landeseigenen Dienstwagenflotte gelenkt. Anspruch auf Fahrzeuge haben demnach unter anderem die Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey, die zehn Senatsmitglieder und deren 25 Staatssekretäre.

Einem Teil dieses Personenkreises würde es vermutlich guttun, einige Monate generell auf Dienstlimousine und Chauffeur zu verzichten und sich stattdessen mit Bus und Bahn zur Arbeit ins Rote Rathaus und von Termin zu Termin zu fahren. Auf diese Form von Mobilität läuft nämlich langfristig die Verkehrspolitik hinaus, die der Senat verfolgt. Beim Verzicht auf ihren Dienstwagen würden die Senatoren möglicherweise sehr schnell einen Realitätsschock erleiden. So hat das Neun-Euro-Ticket auch in Berlin dazu geführt, dass Züge noch überfüllter und noch unpünktlicher sind als sonst schon üblich. Vorausgesetzt natürlich, die Züge fahren überhaupt und fallen nicht wegen „krankheitsbedingtem Ausfall von Personal“, einer „defekten Tür“, „eines Rettungseinsatzes“ oder „unvorhergesehenen Wartungsarbeiten“ von vornherein aus.

Möglicherweise würde den Senatoren auch auffallen, dass „diejenigen, die schon länger hier leben“ sich zumeist an die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr halten. Auffällig oft handelt es sich bei denjenigen, die so tun, als ginge die Maskenpflicht sie nichts an, um Menschen, die noch nicht so lange hier leben. Berliner Standard ist ebenso eine große Szene osteuropäischer Obdachloser rund um den Bahnhof Alexanderplatz oder eine Drogenszene, die sich auf den Bahnhöfen der U8 etabliert hat. Und in der S-Bahn würden die Politiker wiederum erleben, wie sie im Fünf-Minuten-Takt von Bettlern angegangen werden.



Warten auf den Lehrer: Die Misere an deutschen Schulen wird immer dramatischer

Foto: imago images/photothek

ZWISCHENRUF

Ein verdrängter Notstand

VON JOSEF KRAUS

In Deutschland gibt es rund 780.000 Lehrer auf rund 670.000 vollen Lehrerstellen. Angesichts dieser Zahlen kann man sich nicht vorstellen, dass Lehrer fehlen. Doch, und zwar zu Zigttausenden! Wie viele es exakt sind, kann man nicht genau beziffern, denn die 16 Schulminister der deutschen Länder wollen diese Zahl selber nicht so genau wissen.

Vor allem aber versuchen die 16 deutschen Schulminister den Lehrermangel mit einem Flickenteppich an Maßnahmen zu beheben – besser: zu vertuschen. Lehramtsstudenten werden eingespannt, Quereinsteiger angeworben, Klassen zusammengelagt, die Pflichtstundenmaße der Lehrer erhöht, freiwillige Arbeitszeitkonten für Lehrer eingerichtet, Unterrichtsstunden der Klassen gekürzt. Wenn es um halbgeare Maßnahmen ging, waren und sind die Damen und Herren Schulminister ziemlich kreativ. Und schon stimmt die Statistik wieder.

Womöglich kommt über kurz oder lang wieder ein Modell zum Tragen, das der damalige NRW-Kultusminister Paul Mikat (CDU) im Jahr 1963 angesichts eines dramatischen Lehrermangels ins Leben rief: Er stellte Mamas und Papas als Lehrer ein. Daraus sind – in Anlehnung an des Ministers Namen – „Mikätzchen“ und „Mikater“ geworden. Mikat wollte damit den rapiden Geburtenanstieg und den nachfolgenden riesigen Zuwachs an Schülern bewältigen, und er wollte verhindern, dass die Klassen auf mehr als 50 Köpfe anwachsen. Sehr erfolgreich war das Programm freilich nicht: 1963 begannen 1910 Frauen und 434 Männer mit der Schnell- ausbildung zur Lehrkraft, um ab 1964 zu unterrichten.

Der Magdeburger Modellversuch

Jetzt erreichen uns eigenartige Meldungen aus Sachsen-Anhalt. Dort will man den Lehrermangel bewältigen, indem man Unterricht kürzt und diese Kürzung auch noch kreativ umbenennet. Und zwar so: Sachsen-Anhalt führt modellhaft für zunächst zwölf Schulen eine 4+1-Schulwoche ein. Das heißt: An vier Tagen findet (halbwegs?) regulärer Unterricht statt. Ein fünfter Tag ist „selbst organisiertem Lernen“ oder Betriebsbesuchen gewidmet. Man mag sich einmal vorstellen, was das für ABC-Schützen bedeutet, denen erst einmal die Basis des Lesens, Schreibens und Rechnens beizubringen wäre.

Nein, das kann nicht die Lösung sein, zumal man davon ausgehen muss, dass Deutschlands Schüler seit März 2020 in

nunmehr zweieinhalb Corona-Schuljahren je nach Altersgruppe zwischen 600 und 1000 Stunden Präsenzunterricht nicht erteilt bekamen. Das sogenannte Homeschooling mittels Digitalisierung hat das nicht wettgemacht. Je jünger die Schüler, desto weniger brachte diese Art von „neuem“ Unterricht etwas. Das Bildungsniveau der Schüler litt darunter, was zunächst nicht auffiel, weil die Noten gleich gut oder gar um noch manches besser wurden als sonst. So haben beispielsweise die Abiturdurchschnittsnoten 2022

Die Schülerzahlen sind auf ein bis zwei Jahrzehnte hinaus prognostizierbar. Der Berufsschüler des Jahres 2038 und der Abiturient des Jahres 2040 sind schon geboren. Darüber hinaus kennt man die Altersstruktur der Lehrerschaft exakt und weiß, wie viele Lehrer 2030 oder 2040 aus Altersgründen ausscheiden werden.

Die Politik hat es selbst in der Hand

Drei weitere Faktoren, die den Lehrerberuf ausmachen, sind Ergebnis politischer Setzungen. Ein Rechenbeispiel: Im Wochenplan einer Klasse eine Stunde zu kürzen, eine Klasse im Schnitt um einen Schüler größer zu machen und von Lehrern eine Pflichtstunde pro Woche mehr zu verlangen, das reduziert den Lehrerberuf um zehn Prozent. Anders ausgedrückt: Die Politik hat es in der Hand, den Lehrerberuf auf längere Sicht hinauszuberechnen oder – im negativen Sinn – zu manipulieren. Eines hat die „hohe“ Politik jedenfalls versäumt, nämlich dafür zu sorgen, dass es genügend Bewerber für ein Lehramt gibt. Man hat sich durchgewurstelt. Das rächt sich jetzt – vor allem zu Lasten der Kinder und Jugendlichen.

Aufgrund demographischer Entwicklungen (aber vorbehaltlich einer willkürlichen Zuwanderungspolitik) werden im Schuljahr 2025/26 etwa 800.000 Lehrer gebraucht, in den Schuljahren 2030 bis 2036 werden es 836.000 sein. Das ist ein Mehrbedarf von recht exakt zehn Prozent. Zehn Prozent, was ist das schon! Nein, man darf nicht vergessen, dass von den jetzt aktiven Lehrern fast ein Viertel über 55 Jahre alt ist. Das heißt: Diese Lehrer (bezogen auf Vollzeitstellen: 190.000) werden binnen der nächsten zehn Jahre aus Altersgründen aus dem Lehrerberuf ausscheiden. Rechnet man also zusammen: In den kommenden zehn bis zwanzig Jahren haben wir einen Mehrbedarf an bis zu 76.000 Lehrern und einen Ersatzbedarf an rund 190.000 Lehrern.

Alles in allem: Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich selten mit Ruhm bekleckert. Jetzt wird es Zeit, dass sich die KMK in Sachen Lehrerversorgung auf die Hinterbeine stellt und ihr Schritttempo beschleunigt. Damit sie endlich ihren Ruf ablegen kann, im Tempo einer „griechischen Landschildkröte“ zu arbeiten (so der damalige Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann, FDP).

● **Josef Kraus** war von 1987 bis 2017 Präsident des Deutschen Lehrverbandes. Zu seinen Büchern gehört unter anderem „Wie man eine Bildungsnation an die Wand fährt“ (Herbig 2017).

Die Bildungsdefizite sind nicht die einzigen Defizite, die die Schülerschaft nach zweieinhalb Corona-Schuljahren mitschleppt

neue Höhen erklimmen. Schulen mit einem Abiturnotendurchschnitt von 1,9 sowie einem Anteil von 50 und mehr Prozent Absolventen mit einer „1“ vor der Kommanote waren 2022 keine Ausnahmen. Die nachfolgenden Bildungseinrichtungen werden es spüren.

Dabei sind die Bildungsdefizite noch nicht einmal die einzigen Defizite, die die Schülerschaft nach zweieinhalb Corona-Schuljahren mitschleppt: Nein, Schule ist eben auch Ort des sozialen Lernens, des Austauschs mit Gleichaltrigen, des Gewöhnens an demokratische Umgangsformen. Auch hier sind Defizite entstanden, die man an der steigenden Therapiebedürftigkeit vieler Heranwachsender und einer zunehmenden Sucht im Gebrauch elektronischer Medien ablesen kann.

Bleiben wir beim Bildungspart: Statt wie in Sachsen-Anhalt Unterricht zu kürzen, wäre nach den Corona-Bedingen Lücken eigentlich ein Nachholprogramm zumindest für schwächere Schüler geboten, etwa mittels Sonnabendunterricht oder mittels Unterrichts an bestimmten Ferientagen, von denen ein deutscher Schüler ja 75 Werktage als Ferientage hat.

Freilich: Mit welchen Lehrern? Sie sind nicht da, denn die Schulminister haben in der Personalplanung versagt. Dabei weist das Schulwesen sehr verlässliche Planzahlen aus; zudem ist der Lehrbedarf von politischen Setzungen abhängig.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Zinzendorfs fromme Brüder und Schwestern

Weihnachtssterne und Losungen – Vor 300 Jahren wurde in der Oberlausitz die Glaubensgemeinschaft Herrnhut gegründet

VON VEIT-MARIO THIEDE

Das in der sächsischen Oberlausitz gelegene Herrnhut ist die Keimzelle einer evangelischen Glaubensgemeinschaft, die weltweit 1,2 Millionen Mitglieder hat. Die berühmtesten Hervorbringungen der Brüdergemeine sind die frommen Losungen und die seit 125 Jahren mit 17 viereckigen und acht dreieckigen Zacken produzierten Herrnhuter Sterne. Dieses Jahr feiert der weltbekannte Ort sein 300. Gründungsjubiläum.

Was aber sollte sich der Besucher Herrnhuts unbedingt ansehen? Einen Blick zurück in alte Zeiten offeriert das mit biedermeierlichen Möbeln, Handarbeiten, historischen Ortsansichten und Familienbildnissen gemütlich ausgestattete Heimatmuseum. Ortsmittelpunkt ist der Kirchensaal. Er ist die ab 1951 errichtete Rekonstruktion des alten, 1756 eröffneten Gebäudes. Das war mit etwa einem Drittel der historischen Bebauung Herrnhuts in der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1945 abgebrannt. Obwohl der Zweite Weltkrieg in Europa beendet war, hatten sowjetische Soldaten Feuer gelegt.

Im zur 300-Jahr-Feier frisch sanierten Kirchensaal fällt auf, dass fast alles weiß ist: Die Orgel, die Wände, die Gardinen, die Bänke und auch das Kreuz hinter dem mit einem grünen Tuch bedeckten Tisch, an den sich der die Gemeindeversammlung leitende männliche oder weibliche Liturgus setzt.

Nicht weit vom Kirchensaal entfernt führt die schnurgerade Lindenallee zum 1730 in Dienst genommenen Gottesacker. Die Einheitlichkeit der flach in den Rasen gebetteten Grabsteine betont die Gleichheit aller Menschen vor Gott. In diese Einheitlichkeit fügten sich zunächst auch die Gräber des Grafen Nikolaus Ludwig von Zinzendorf (1700–1760), seiner Ehe-



Lacktablett mit Ansicht des ersten in Herrnhut errichteten Hauses, Hersteller: Heinrich Immanuel Gregor, 1819

Foto: Thiede

frauen Erdmuth und Anna sowie weiterer Angehöriger. Erst später hat man sie in Hochgräber umgewandelt.

Glaubensflüchtlinge aus Mähren

Graf von Zinzendorf und weitere Herrnhuter Persönlichkeiten werden uns in der anlässlich des 300. Gründungsjubiläums veranstalteten Sonderschau „Aufbruch. Netz. Erinnerung“ vorgestellt. Sie findet im Völkerkundemuseum statt und ergänzt dort die Dauerausstellung, die Zeugnisse der weltweiten, seit 1732 betriebenen „Heidenmission“ der Herrnhuter und der von ihnen bekehrten Völker präsentiert. Die Sonderschau bringt uns an-

hand von Kunstwerken und Alltagsgegenständen, Büchern und Dokumenten die Geschichte und Gegenwart Herrnhuts nahe.

Der Ortsname ist übrigens im Sinne von „unter der Obhut des Herrn“ zu verstehen. Folgerichtig begleitete bereits den ersten Akt der Ortsgründung ein Bibelvers. Den sprach der von künftigen Bewohnern Herrnhuts umringte Christian David am 17. Juni 1722, während er mit dem in der Sonderschau präsentierten Breitbeil den ersten Baum zum Bau des Ortes fällt.

Christian David (1692–1751) war Anführer evangelischer Glaubensflüchtlinge

aus dem katholischen Mähren. Graf von Zinzendorf gestattete ihnen, sich unterhalb des Hutbergs auf seinem Gut Berthelsdorf niederzulassen. Diese Abkömmlinge der im 15. Jahrhundert gegründeten böhmisch-mährischen Brüder-Unität und Glaubensflüchtlinge aus anderen Gebieten schlossen sich am 13. August 1727 zur „Herrnhuter Brüdergemeine“ zusammen. Damals wurde Gemeinde noch ohne „d“ geschrieben. Daran halten die Herrnhuter fest. Prägende Persönlichkeit der Brüdergemeine war Zinzendorf, den der Berliner Oberhofprediger Daniel Ernst Jablonsky zum Bischof der neuen Glaubensgemeinschaft weihte.

Die Sonderschau präsentiert das handschriftliche Exemplar der 1727 von Zinzendorf erlassenen Herrnhuter Statuten. In dieser Grundordnung des Gemeinschaftslebens heißt es: „Ein jeder Einwohner zu Herrnhut soll arbeiten und sein eigen Brot essen. Wenn er aber alt, krank und unvermögend ist, soll ihn die Gemeinde ernähren.“

Die täglichen Losungen

Das von Zinzendorf herausgegebene und mit vielen Eigenkompositionen bestückte Gesangbuch (1735) weist uns darauf hin, dass in den von ihm entwickelten Liturgieformen das gemeinsame Vortragen von Liedern enorm hohen Stellenwert hat. Und ebenso die auf den Tag genaue Erinnerungskultur. So ist überliefert, dass Zinzendorf die Schwestern und Brüder am 3. Mai 1728 mit einem spontanen Reim aus dem Gottesdienst entließ: „Liebe hat dich hergetrieben, Liebe riss dich von dem Thron; und wir sollten dich nicht lieben, Gottes und Marien Sohn?“ Das war die erste der fortan täglich ausgegebenen „Losungen“. Seit 1731 sind sie Jahr für Jahr in Buchform erhältlich.

Zinzendorf suchte die Sprüche aus. Erst nach seinem Tod ging man dazu über, die „Losungen“ tatsächlich auszulösen. Heutzutage bestehen sie aus drei Elementen. Ausgelost wird ein Vers aus dem Alten Testament. Zu ihm suchen die Bearbeiter der Losungen einen passenden „Lehrtext“ aus dem Neuen Testament sowie ein Gebet oder ein Lied aus. Das Studium der in mehr als 50 Sprachen übersetzten Losungen verbindet jeden Tag Millionen von Menschen in aller Welt.

● Bis 27. November im Völkerkundemuseum Herrnhut, Goethestraße 1, geöffnet: täglich außer montags von 9 bis 17 Uhr. Eintritt 3 Euro. Internet: www.300jahreherrnhut.de

AUSSTELLUNG

Ein „genialer Feuerkopf“

Ein Liebhaber von Natur, Poesie und Werken E. T. A. Hoffmanns – Lübeck präsentiert den jungen Brahms

Die denkmalgeschützte Villa Brahms vor dem Lübecker Burgtor ist seit 20 Jahren der herrschaftliche Sitz des Brahms-Instituts, das als selbstständige Einrichtung der Musikhochschule Lübeck angegliedert ist. Wechselnde Einblicke in die einzigartige Quellensammlung des Instituts zu Johannes Brahms und seiner Zeit bekommt die Öffentlichkeit bei den jährlichen Sommerausstellungen. „Der junge Brahms – Zwischen Natur und Poesie“ ist dieses Jahr das Thema, das bis zum 17. Dezember gezeigt wird.

Das populäre Bild des in Hamburg geborenen Komponisten und Pianisten Johannes Brahms (1833–1897) ist geprägt von der bärtigen, abgeklärten „Jupiter“-Figur der Altersportraits. Die Fotografie des 20-jährigen „Hans aus Hamburg“ hingegen zeigt einerseits einen eher schüchternen, romantisch-verklärten Jüngling, der sich aber andererseits mit Napoleon-Gestus seiner Genialität schon durchaus bewusst zu sein scheint.

„Der junge Brahms ist ein genialer Feuerkopf, der romantische Literatur verschlingt“, so Institutsleiter Wolfgang Sandberger. Die Werke des Königsberger Schriftstellers E. T. A. Hoffmann zogen

Brahms bereits in jungen Jahren derart in ihren Bann, dass er sich mit Hoffmanns autobiographischer Figur „Kapellmeister Kreisler“ aus dessen „Fantasiestücken“ und dem Roman „Lebens-Ansichten des Katers Murr“ identifizierte und Autographe und Briefe sogar als „Johannes Kreisler“ unterschrieb.

Brahms verschlang die Eichendorff-Novelle „Aus dem Leben eines Taugenichts“, entwickelte mit Macphersons

„Ossian“ eine literarische Schottland-Begeisterung und interessierte sich für Volkslieder aus verschiedenen Ländern. 1952 unternahm er eine Rheinreise, wobei er eine innige Beziehung zur Natur entwickelte, die ihn ebenfalls zu Kompositionen inspirierte. 1953 ging er mit dem ungarischen Violinvirtuosen Eduard Reményi (1828–1898) auf Tournee.

Die Ausstellung macht in rund 80 Exponaten auf diese Inspirationsquellen des

jungen Komponisten aufmerksam. Dazu gehören Bücher aus der Bibliothek von Brahms sowie Noten und Fotografien. Von seiner romantischen Rheinreise sind sogar der mit Anmerkungen gespickte Reiseführer ausgestellt und ein Brief.

Gleich auf mehreren herausziehbaren Schubladen verteilt sich der erstaunliche Bestand an Familienfotos vom Stammsitz der Familie in Heide, heute Museum, über Brahms' in den 1950er Jahren abgerissenen Geburtshaus im heutigen Hamburger Komponistenquartier an der Peterstraße, bis hin zu den Verwandten, Eltern, Geschwistern und der Stiefmutter. Ergänzt wird die Ausstellung durch vier Hörstationen, welche die Präsentation mit professionellen Textlesungen und passenden Musikbeispielen akustisch ergänzen. Dazu laden bequeme Sessel ein, die auf vier Stunden begrenzte Besuchszeit voll auszukosten.

Helga Schnehagen



Utensil eines Kollegen: Robert Schumanns goldener Federhalter in der Villa Brahms

● Villa Brahms, Jerusalemsberg 4, geöffnet: Mittwoch und Sonnabend von 14 bis 18 Uhr, Eintritt frei. Ausstellungskatalog „Der junge Brahms: Zwischen Natur und Poesie“ in der edition text + kritik, 112 Seiten, 19,90 Euro, www.brahms-institut.de

● NACHRUF

Klaus Lemke gestorben

Im Alter von 81 Jahren ist am 7. Juli der Filmemacher Klaus Lemke in München gestorben. Bekannt wurde der Heimatvertriebene, der am 13. Oktober 1940 in Landsberg an der Warthe geboren wurde, durch eine Gruppe junger Menschen, die beim Kurzfilmfestival Oberhausen nicht respektiert waren und sich als thematischer Gegenentwurf „Neue Münchner Gruppe“ nannten. Die jungen Leute guckten Filme im Kino „Türkendolch“ in München und machten dann ab Mitte der 1960er selbst Filme. Der in Düsseldorf aufgewachsene Lemke hatte kein Abitur und ging ohne das Wissen seiner Eltern nach Berlin, wo er für ein Jahr als Pflasterer arbeitete. Später besuchte Lemke die Universität München und hörte bei einem Gastvortrag den Freiburger Philosophen Martin Heidegger, der „gar nicht verstanden werden wollte“. Das beeindruckte Lemke so stark, dass er später bekannte, auch seine Filme sollten nicht unbedingt „verstanden“ werden. Bis zuletzt arbeitete Lemke an seinem neuen Film „Champagner für die Augen – Gift für den Rest“.

PAZ

Schattenmann für heikle Missionen

Er wäre gern Außenminister geworden, stattdessen blieb er als Krisenmanager im Hintergrund. Hans-Jürgen Wischnewski war ein SPD-Urgestein und Vertrauter Helmut Schmidts. Dieser Tage wäre der in Allenstein Geborene 100 Jahre alt geworden

VON HOLGER FUSS

Sein Spitzname kam von ganz oben. Es war SPD-Chef Willy Brandt, der Hans-Jürgen Wischnewski zu „Ben Wisch“ machte. „Ich habe mich über diesen Spitznamen nie geärgert“, bekennt Wischnewski später in seinen Memoiren. „Im Gegenteil. Ich war ein wenig stolz darauf und habe bald gelernt, dass es für einen Politiker nicht schlecht ist, einen Spitznamen zu haben, vor allem, wenn er sich zum ‚Markenzeichen‘ entwickelt.“

Zu verdanken hatte er den Spitznamen seinen zahlreichen Kontakten in die arabische Welt. Sein Ruf eilte ihm voraus. Als der SPD-Politiker 1973 mit der israelischen Fluglinie El Al reiste, wollte ein israelischer Sicherheitsbeamter vor dem Abflug sein Gepäck inspizieren. Wischnewski verwies auf seinen Diplomatenpass, sodass der Security-Mann zögerte: „Oder sind Sie dieser Ben Wisch?“ Auf die Gepäckkontrolle wurde verzichtet.

Einsatz an vielen Fronten

Wischnewski wurde aber auch „Ben Tarif“ genannt, weil er beim Streik in der Druckindustrie vermittelte. Als Bundeschatzmeister der SPD galt er als „Ben Scheck“. Bei seinen Vermittlungsmissionen in Lateinamerika war er als „Comandante Hans“ bekannt. Der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter nannte den weltweit tätigen Krisenmanager sogar „Troubleshooter Number One“. Wischnewski war Bundesminister, Staatsminister im Auswärtigen Amt und im Kanzleramt, Bundesbevollmächtigter in Berlin und zeitweilig stellvertretender SPD-Vorsitzender. Am 24. Juli wäre der „Staatsmann“, wie Helmut Schmidt seinen „guten Freund“ 2005 in seinem Nachruf nannte, 100 Jahre alt geworden.

Vollends berühmt machte Hans-Jürgen Wischnewski sein Einsatz in Mogadischu im Oktober 1977. Es war der Herbst des Terrorismus, in intellektuellen Kreisen später als „bleierne Zeit“ verhamlost. Sprengstoffattentate, Mordanschläge, Geiselnahmen, Entführungen hielten seit Jahren das Land in Atem. Am 5. September 1977 entführte ein Terror-Kommando der Rote Armee Fraktion (RAF) in Köln auf offener Straße den Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer. Sein Chauffeur und seine drei Personenschützer wurden dabei eiskalt erschossen. Die Entführer entkamen mit dem unverletzt gebliebenen Schleyer. Sie forderten die Freilassung von elf inhaftierten Kampfgesessenen. Die Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt weigerte sich, den Forderungen nachzukommen und sich dem Terror zu beugen. Schmidt ließ sogar einen Aktenvermerk anlegen: „Falls Frau Schmidt oder Herr Schmidt gekidnappt werden sollte, soll der Staat nicht austauschen.“

Stattdessen setzte eine fieberhafte Rasterfahndung ein, um Schleyer zu befreien. Wischnewski gehört damals als Staatsminister im Kanzleramt zum engsten Krisenstab von Schmidt. Als nach gut fünf Wochen Nervenkrieg am 13. Oktober die Lufthansa-Maschine „Landshut“ von palästinensischen Terroristen auf ihrem Flug von Mallorca nach Frankfurt entführt wurde und das „Kommando Martyr Halimeh“ ebenfalls die Freilassung jener RAF-Häftlinge aus deutschen Gefängnissen verlangten, begann für Wischnewski „die wohl schwierigste Mission in meinem Leben“.

An einem Freitagnachmittag ließ sich der Staatsminister vom Bundesfinanzminister zehn Millionen Mark in bar aus-



Höhepunkt eines bewegten politischen Lebens: Hans-Jürgen Wischnewski (links) mit GSG 9-Chief Ulrich Wegener im Oktober 1977 nach der erfolgreichen Befreiung der Geiseln aus der Lufthansa-Maschine „Landshut“

Foto: pa

händigen: „Vielleicht eröffnete sich doch noch eine Möglichkeit, die Geiseln freizukaufen.“ Während die „Landshut“ durch den arabischen Luftraum irrte, um dann in Dubai aufzutanken und neue Verpflegung einzuladen, bestieg Wischnewski in Frankfurt mit einem Expertenteam eine Lufthansa-Maschine, um hinterher zu fliegen und die insgesamt 91 Geiseln zu retten. Schon bald war klar, „dass notfalls auch auf eine gewaltsame Befreiung der Geiseln hingearbeitet werden sollte“, so Wischnewski in seinen Lebenserinnerungen. Dazu folgte eine Einheit der Antiterrortruppe GSG 9 in einer weiteren Maschine. Von Dubai ging es weiter nach Aden. Dort wurde der „Landshut“-Kapitän Jürgen Schumann vor den Augen der Passagiere erschossen. Anschließend flog die gekidnappte Maschine nach Mogadischu.

Die Nacht von Mogadischu

Sieben Stunden später landete auch Wischnewski in der Hauptstadt Somalias, wo er den Präsidenten Siad Barre zu überreden versuchte, einem Einsatz der deutschen GSG 9 auf seinem Territorium zuzustimmen. In der „Landshut“ stellten sich die Terroristen auf ein ergebnisloses Verstreichen des Ultimatums ein und übergossen die erschöpften Passagiere mit Spirituosen und Parfüms als Brandbeschleuniger beim Zünden ihrer Sprengsätze. Wischnewski bot sich selbst als Austauschgeisel an. Als sein Arabisch-Dolmetscher aus dem Auswärtigen Amt, Ghazi Twal, dies übersetzte, blieb dem fast das Herz stehen, denn er wusste, dass er gegebenenfalls mit Wischnewski hätte an Bord gehen müssen. Die Terroristen lehnte jedoch ab.

Kurz vor Ablauf des Ultimatums gab Siad Barre endlich seine Billigung für den GSG 9-Einsatz. Wischnewski musste Zeit

schinden und flunkerte den Entführern vor, die deutschen RAF-Gefangenen seien auf dem Weg nach Mogadischu. Unterdessen bereitete GSG 9-Kommandeur Ulrich Wegener mit seinen Leuten den Sturm auf die „Landshut“ vor. Wischnewski war entschlossen, als Staatsminister zurückzutreten, wenn der Einsatz misslänge. Auch Helmut Schmidt hatte in Bonn ein eigenes Rücktrittsschreiben vorbereitet.

Um 2.07 Uhr Ortszeit am 18. Oktober begann die Operation „Feuerzauber“ der GSG 9. Wischnewski zog sich „außerhalb des Flughafengebäudes“ zurück, „wo mich niemand sehen konnte. Hier habe ich gebetet. Ich habe die Hilfe Gottes erbeten.“ Fünf Minuten später meldete die Sturmtruppe über Funk Vollzug: Von den vier Terroristen waren drei tot, eine Frau war schwer verwundet. Ein GSG 9-Beamter und einige Passagiere waren leicht verletzt. 108 Stunden Todesangst lagen hinter ihnen und den anderen Fluggästen. Als Wischnewski über eine wackelige Telefonleitung den Kanzler informierte, haben beide vor Erleichterung geweiht.

Kindheit in Ostpreußen und Berlin

Hans-Jürgen Wischnewski kam 1922 im ostpreußischen Allenstein zur Welt. „Meine Mutter war eine echte Masurin, mein Vater stammte aus dem Ruhrgebiet, wo mein Großvater als Bergmann gearbeitet hatte“, erinnert er sich. Nach dem Ersten Weltkrieg war sein Vater in Ostpreußen geblieben und hatte dort seine Frau kennengelernt. 1927 zog die Familie nach Berlin, „wo mein Vater als Zollbeamter tätig war“. Eine Schwester kam hinzu, die Familie war zu „größter Sparsamkeit“ gezwungen. Trotzdem wurden beide Kinder aufs Gymnasium geschickt. Sie sollten es besser haben als die Eltern.

Als die Nationalsozialisten 1933 die Macht übernahmen, war der Junge zehn-

er wurde „Pimpf“, brachte es zum Jungzugführer. „1941 machte ich mein Abitur.“ Der Krieg war in vollem Gange, Wischnewski wurde zum Arbeitsdienst eingezogen und beim Straßenbau eingesetzt. „Im Winter 1941/42 erlitt ich leichte Erfrierungen an beiden Füßen.“ Bei Kriegsende war er 23, Oberleutnant der Reserve, zwei Mal leicht verwundet und mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse ausgezeichnet.

Das Leben hatte noch nicht richtig begonnen und doch hatte Wischnewski bereits den Schwindel gespürt, wenn einer in den Abgrund schaut.

Neuanfang als Gewerkschafter in einem zerstörten Land

In der Trümmerlandschaft Deutschland konnte es nur besser werden, und Hans-Jürgen Wischnewski wollte dabei sein. „Ich begann, mich aktiv am politischen Leben zu beteiligen.“ 1946 trat er in Straubing in die SPD ein. Seine Eltern lebten in Ost-Berlin, aber der Sohn wollte nicht den „neuen Abschnitt meines Lebens unter der Fuchtel Stalins beginnen“. Er jobbte in einer Landmaschinenfabrik und wollte in München Germanistik und Literaturgeschichte studieren. Stattdessen fielen ihm als Mitglied der IG Metall immer mehr Gewerkschaftsaufgaben zu. Schließlich entschied er sich für eine Ausbildung zum Gewerkschaftssekretär in Köln – und blieb in der Rheinmetropole. „Für mich ist Köln die Stadt aller Städte.“

Hier lernte er seine erste Frau kennen, zu drei Ehen hatte er es gebracht. Hier fand er seine politische Basis. Sein Wahlspruch: „Der Kölsche Klüngel ist eine gute Sache. Es ist nur schlecht, wenn man nicht dabei ist.“ 1957 bis 1968 war er Chef des SPD-Unterbezirks Köln, die Parteizentrale der Domstadt heißt heute Hans-Jürgen-Wischnewski-Haus/Ben-Wisch-Haus. 1959 bis 1961 war er erster Bundes-

vorsitzender der Jungsozialisten. Seit 1957 saß er für 33 Jahre im Deutschen Bundestag. Herbert Wehner, später „Zuchtmeister“ der Partei, begrüßte den Parlamentsneuling im Plenarsaal mit den Worten: „Hier musst du Arschloch heißen, wenn du nach vorne willst.“

Netzwerker und Strippenzieher

Wischnewski hat auch so alles erreicht. Gewiss half ihm sein Mangel an Eitelkeit, ein genialer Vermittler in Krisensituationen zu werden: „Es kommt in der Politik sehr darauf an, Konflikte rechtzeitig ohne öffentlichen Lärm zu lösen.“ Schon früh erkannte er den Stellenwert der Dritte-Welt-Länder, setzte sich für den Unabhängigkeitskampf der Algerier gegen die Franzosen ein und verwaltete zeitweilig in Köln die Kriegskasse der algerischen Befreiungsfront FLN. Dies verschaffte ihm Zugang und Vertrauen in der arabischen Welt, später auch in Lateinamerika.

„Das A und O sind Kontakte und Klima“, verriet er kurz vor seinem Tod in einem Interview. „Ich habe immer eines gemacht, ich bin zur anderen Seite gegangen und habe gesagt: Ich werde Ihnen mal sagen, wie Ihre Interessenlage ist. Und dann habe ich die saubere und korrekt vortragen. Das hat meist einen gewissen Eindruck gemacht.“ Wischnewski wäre gern Außenminister geworden, doch unter Brandt und Schmidt ging das Außenamt an die FDP. Also wurde der transkontinentale Netzwerker und Strippenzieher zu einer Art Schattenaußenminister, der fremde Staatschefs auch schon mal in seinem Privathaus empfing.

Lehren eines Sozialdemokraten

Wäre ein solcher Mann in der woke-opportunen SPD von heute denkbar? Eine Saskia Esken hätte Wischnewski wohl ausgelacht und ein paar Schnäpse in seiner Kölner Stammkneipe „Keule“ gekippt. Einem Lars Klingbeil hätte er wohl jenen „Brief an meinen Nachfolger“ in die Hand gedrückt, mit dem er seinen Memoirenband ausklingen lässt. „Du hast diese Schrecken der Vergangenheit nicht kennengelernt“, schreibt er an einen imaginären Adressaten. Aber es sei die „entscheidende Aufgabe, deinen Beitrag zu leisten, dass sich die Schrecken der Vergangenheit nie wiederholen.“

Es ist die Mahnung, sich auf Wesentliches zu konzentrieren, sich nicht im Komfortablen gemütlich zu machen, eine gewisse Spannkraft zu wahren, den Blick fürs Existenzielle zu behalten. Was tun, wenn Krieg ist? Was tun, wenn das Gas ausgeht? Was tun, wenn Not herrscht? Wer diese Fragen parat hält, kann auch über den Ausnahmezustand gebieten. Das ist vielleicht das Entscheidende, das einen Hans-Jürgen Wischnewski von zeitgenössischen Sozialdemokraten unterscheidet.

Und womöglich noch die Fähigkeit zur Selbstreflexion: „Sozialdemokraten neigen dazu“, so schreibt er in jenem Brief, „sich als bessere Menschen zu empfinden, weil sie unbestritten das Glück und Wohlergehen der großen Mehrheit anstreben und wollen. Aber das sagt noch nichts aus über die eigenen menschlichen Qualitäten.“ Können wir uns einen Olaf Scholz und einen Frank-Walter Steinmeier mit diesen Einsichten vorstellen?

● **Holger Fuß** ist Publizist und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und das Zeitgeschehen. 2019 erschien von ihm „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).

www.m-vg.de

KAISERRREICH

Als die Gesellschaft Jesu verboten war

Mit dem Inkrafttreten des Jesuitengesetzes erreichte der Kulturkampf vor 150 Jahren einen Höhepunkt

VON BODO BOST

Im Zeitalter von Aufklärung und Säkularisierung erfolgte insbesondere von liberaler Seite zunehmend der Ruf nach der Trennung von Staat und Kirche, von Thron und Altar. Als Folge der Französischen Revolution wurde dieses Ideal in der Französischen Republik verwirklicht. Nach 1789 konnte die Kirche ihren Niedergang erstaunlich schnell wieder stoppen, als gerade Frankreich zum Zentrum eines Neuaufbruchs der Kirche wurde.

Mitte des 19. Jahrhunderts strotzte auch in Deutschland die katholische Kirche vor neuer Kraft. Überall entstanden erstmals neue Vereine und katholische Fakultäten, aber auch alte Wallfahrten und Klöster wurden wiederbelebt. Die neue Kraft der katholischen Kirche verwirrte vor allem die seit 1815 neuen preußischen Herren im überwiegend katholischen Rheinland, wo sich mit der rheinischen Romantik sogar eine gesamtgesellschaftliche Strömung mit dem kirchlichen Aufbruch verband. Äußerliches Zeichen dieses Aufbruchs war der Dom zu Köln, der nach Jahrhunderten des Stillstands Mitte des 19. Jahrhunderts zu Ende gebaut wurde.

Auch politisch begannen sich seit 1848 mit dem ersten Katholikentag in Mainz die Katholiken zu organisieren, vor allem in der sozialen Frage. Vorreiter waren der Bischof von Mainz von 1850 bis 1877, Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler, sowie der in Köln geborene und gestorbene Begründer des Kolpingwerkes, Adolf Kolping.

Verweis aus dem Reichsgebiet

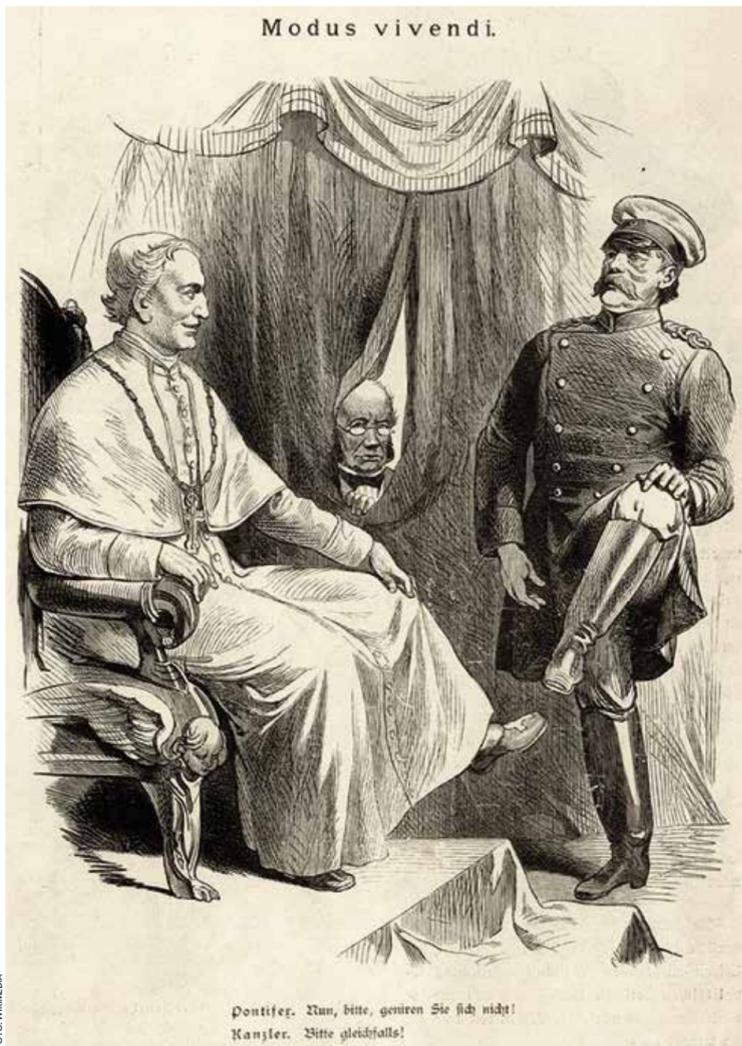
Die katholische Restauration in vielen Ländern hatte auch den Papst gestärkt. Papst Pius IX. krönte das längste Pontifikat der Papstgeschichte 1870 mit dem ersten Konzil seit 300 Jahren. Das Dogma der Unfehlbarkeit des Papstes war das Ergebnis des 1. Vatikanischen Konzils. Die reichsdeutschen und österreichischen Bischöfe hatten das Dogma zwar abgelehnt und Rom verlassen, aber sie setzten es danach in ihren Diözesen um. Professoren,

die sich nicht daran hielten, wurden exkommuniziert. Eine „altkatholische“ Kirche, die von den Liberalen unterstützt wurde, strebte eine von Rom losgelöste Nationalkirche an.

Am 19. November 1871 brachte der bayerische Kultusminister Johann Ritter von Lutz im Bundesrat ein Gesetz zum Missbrauch der Kanzel ein. Der sogenannte Kanzelparagraph sah für Geistliche bei staatsfeindlichen Äußerungen Gefängnisstrafen von bis zu zwei Jahren vor. In der Folge wurden viele Priester und zwei Bischöfe verhaftet. Das war der Beginn des Kulturkampfes. Drei Tage vorher hatte Bischof Ketteler in einer längeren Unterredung mit dem deutschen Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck versucht zu vermitteln – erfolglos. Ketteler hatte von einem „Wahne“ in Bismarcks Kopf gesprochen.

Die nationalistische Euphorie im Zuge der Reichsgründung hatte ein politisches Klima geschaffen, das Minderheiten aller Art gleichermaßen benachteiligte. In diese Stimmung hinein fiel im Winter 1870/71 die Gründung der katholischen Zentrums-Partei, mit ihrem Vorsitzenden Ludwig Windthorst, der sich selbst als Welfe bezeichnete. Bismarck sah in der „klerikalen“ Partei ein Sammelbecken aller „Reichsfeinde“ und in deren Gründung „eine „Mobilmachung gegen den Staat“. Unterstützt wurde er dabei von den liberalen Parteien, auf deren rechten, nationalliberalen Teil er sich damals stützte. Dazu kam seine Furcht vor einem außenpolitischen Bündnis zwischen den im zweiten beziehungsweise dritten Einigungskrieg geschlagenen, traditionell katholisch geprägten Nachbarn Österreich und Frankreich gegen das protestantische Deutsche Reich sowie ein Anwachsen des Nationalismus der ebenfalls katholisch geprägten polnischen Minderheit im Osten des Reiches.

Ein wahrer Gesetzesfeldzug überzog ab Sommer 1871 das Reich und Preußen, organisiert durch den nationalliberalen preußischen Kultusminister Adalbert Falck. Im März 1872 wurde durch das Schulaufsichtsgesetz den Kirchen die Schulaufsicht



Beobachtet von Windthorst fordern sich Papst und Kanzler gegenseitig zum Fußkuss als Zeichen der Unterwerfung auf: Zeitgenössische Karikatur aus dem „Kladderadatsch“

entzogen und staatlichen Schulinspektoren übertragen. Als im Mai 1872 Bismarck vor dem Reichstag erklärte: „Nach Canossa gehen wir nicht – weder körperlich noch geistig“, eskalierte der Kulturkampf.

Vor 150 Jahren, am 4. Juli 1872, wurde das Jesuitengesetz erlassen, das die Gesellschaft Jesu und „die ihr verwandten Orden und ordensähnlichen Kongregationen“ aus dem Reichsgebiet verwies. Am 24. Juli 1872 trat es in Kraft.

Im Jahre 1873 folgten die Maigesetze, welche die Priesterausbildung unter die Kontrolle des Staates stellte. Das Attentat gegen Bismarck im Juli 1874 durch einen „ultramontanen“ Katholiken in Bad Kissingen ließ den Kulturkampf zusätzlich eskalieren.

Das Jesuitengesetz selbst hatte noch etwas länger Bestand. Im Ersten Weltkrieg wurde es ein Opfer der kaiserlichen Burgfriedenspolitik. 1917 wurde es aufgehoben.

Im katholischen Kirchenvolk regte sich immer mehr Protest, nicht nur auf dem Land. Auch Teile der katholischen Arbeiterschaft legten aus Protest gegen die Kulturkampfmaßnahmen ihre Arbeit nieder. Das katholische Presse- und Vereinswesen und das Zentrum, weniger Rom, bildeten das Rückgrat des Widerstandes.

Rücknahme im Ersten Weltkrieg

Im Jahr 1878 bewirkte ein Kurswechsel in mehrfacher Hinsicht eine Deeskalation. Sowohl in Berlin als auch in Rom kam es zu wesentlichen Veränderungen.

In Berlin wechselte Bismarck seine Bündnispartner, weg von den kirchenkritischen Nationalliberalen und hin zu den eher kirchenfreundlichen, aber dafür SPD-kritischen Konservativen. Der Hauptfeind war nunmehr rot und nicht mehr schwarz.

Und in Rom kam es an der Spitze der katholischen Kirche zu einem Wechsel von Pius IX. zu Leo XIII. Der neue „Sozial-Papst“ war auf Ausgleich bedacht. Den Kulturkampf kritisierte er als einen „Kampf, welcher die Kirche schädigte und dem Staat nichts nützte“. Und Bismarck kam er entgegen, indem er die Zivilehe und die staatliche Schulaufsicht billigte.

1882 erfolgte die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Rom. Nach der Verabschiedung der sogenannten Friedensgesetze am 21. Mai 1886 und 29. April 1887 erklärte Leo XIII. den Kulturkampf am 23. Mai 1887 öffentlich für beendet. Aus dem Kampf zwischen Kirche und Staat wurde am Ende ein neues Bündnis. Teile dieses Bündnisses sind bis heute erhalten.

Das Jesuitengesetz selbst hatte noch etwas länger Bestand. Im Ersten Weltkrieg wurde es ein Opfer der kaiserlichen Burgfriedenspolitik. 1917 wurde es aufgehoben.

● **Bodo Bost** studierte Theologie in Straßburg und Islamkunde in Saarbrücken. Seit 1999 ist er Pastoralreferent im Erzbistum Luxemburg und seit 2013 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Fachbereich Public Responsibility an der kirchen-eigenen Hochschule „Luxembourg School of Religion & Society“.

ERNST LUDWIG HEIM

Ein Spitzenarzt mit Herz und sozialer Ader

Zu seinen Patienten gehörten Mittellose ebenso wie Königin Luise, deren letzter behandelnder Arzt er war

Der am 22. Juli 1747 in Solz bei Meiningen zur Welt gekommene Thüringer Ernst Ludwig Heim war der Sohn eines publizierenden Pfarrers und einer Pfarrerstochter. Das mag ebenso eine Erklärung für sein mitfühlendes Herz und seine Nächstenliebe wie für seine solide Ausbildung sein. Erst unterrichtete ihn sein Vater, ab dem 16. Lebensjahr besuchte er das Lyzeum und ab 1766 studierte er Medizin in Halle, Jena und Leipzig. Schnell setzte sich seine außergewöhnliche Begabung durch. Insbesondere die Diagnose war seine Stärke. Bereits vor dem Examen hatte er einen ansehnlichen Patientenkreis.

1772 promovierte er. Ungeachtet seiner Begabung verzichtete er auf eine Universitätslaufbahn. Stattdessen machte er mit seinem Freund Friedrich Wilhelm Daniel Muzell, dessen Vater Leibarzt Friedrichs des Großen war, eine Studienreise durch die Niederlande, Großbritannien und Frankreich.

1775 machte er Examen. Nach einer kurzen Tätigkeit an der Charité vermittelte ihn der Vater seines Freundes Muzell

im darauffolgenden Jahr eine Stelle als Stadtphysikus in Spandau. 1778 wurde er als Kreisphysikus für das Osthavelland zuständig.

Auf Rat seines Freundes Muzell zog er 1783 nach Berlin, wo er am Gendarmenmarkt eine Praxis betrieb. Heim praktizierte sehr erfolgreich. Drei- bis viertausend Patienten behandelte er jährlich. Auch die staatliche und gesellschaftliche Spitze wollte von ihm behandelt werden. Er wurde Hofrat und Leibarzt der königlichen Familie. Königin Luise konnte allerdings auch seine ärztliche Kunst nicht retten. 1810 stand er als der letzte sie behandelnde Arzt an ihrem Sterbebett.

Die hohe Anerkennung, die Heim bereits zu Lebzeiten genoss, resultierte nicht nur aus seinen Fähigkeiten als Arzt, sondern auch daraus, dass er diese auch in den Dienst weniger zahlungskräftiger Kranker stellte, ja selbst mittelloser. Noch in seinem 82. Lebensjahr ritt er zu über 2000 Armenpatienten, um sie zu behandeln. Er stellte diesen nicht nur sein Können unentgeltlich zur Verfügung, sondern



Vor 275 Jahren geboren: Ernst Ludwig Heim Foto: Wikimedia

bezahlte auch noch die von ihm ihnen angeratenen Medikamente.

Auch gesellschaftlich war der Mediziner aktiv. So gilt er als Mitbegründer des modernen Gesundheitswesens in Berlin.

Seuchenbekämpfung war sein Ziel, und das sowohl unter den Menschen als auch Tieren. Vehement kämpfte er für die Hygiene und gegen die Verschmutzung von Straßen und Spree. Ab 1806 gehörte er als Armenarzt dem Armendirektorium an.

Medizinisch besonders bewandert war Heim auf dem Gebiet der Pocken. Nachdem der englische Landarzt Edward Jenner 1796 bei einem Jungen die erste Kuhpockenimpfung vorgenommen und diese der Öffentlichkeit breiter bekannt gemacht hatte, führte Heim ab der Jahrhundertwende in Berlin die ersten Impfungen mit dem aus England kommenden Serum durch und setzte sich anschließend für diese Form der Pockenprävention ein.

Ein Hobby Heims war die Botanik. Nach einem Arztbesuch bei den Humboldts wurde er zum Botaniklehrer des damals achtjährigen Alexander von Humboldt. 1777 wurde ihm sogar der botanische Lehrstuhl an der Viadrina in Frankfurt an der Oder angeboten.

1822 konnte Heim sein goldenes Promotionsjubiläum feiern. In jenem Jahr

wurde er nicht nur mit dem akademischen Beinamen „Zimmermann I.“ zum Mitglied der Leopoldina gewählt. Vielmehr informierte der Botaniker Heinrich Friedrich Link ihn feierlich, dass eine bis dahin unbekannt mexikanische Pflanzengattung aus der Familie der Weiderichgewächse ihm zu Ehren den Namen „Heimia“ erhalten habe, um das Andenken „des Botanikers Heim“ zu verewigen. Und Ehrenbürger Berlins wurde Heim auch 1822, als bis dahin erst vierter nach dem Oberkonsistorialrat und Propst zu Berlin Konrad Gottlieb Ribbeck, dem Rechnungsführer der Stadtschuldenkasse Heinrich Falckenberg und dem „Marschall Vorwärts“ Gebhard Leberecht von Blücher.

Ein Dutzend Jahre später, am 15. September 1834, starb der so Geehrte in Berlin. Den 150. Jahrestag seines Ablebens nahm die Deutsche Bundespost Berlin zum Anlass, ihn mit einer Briefmarke zu ehren. Seine letzte Ruhestätte auf dem Friedhof II der Jerusalemer und Neuen Kirche in Berlin-Kreuzberg gehört zu den Ehrengräbern der Stadt Berlin. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Februar 1637 nahm das Verhängnis seinen Lauf. Zunächst erreichte die närrisch überhöhte Tulpenliebhaberei der Niederländer ihren absoluten Höhepunkt. Nun wurden auf Auktionen bereits mehr als 10.000 Goldgulden für eine einzige Zwiebel von seltenen Sorten wie Semper Augustus geboten. Zum Vergleich: Die teuersten Häuser an den Amsterdamer Grachten oder 100.000 Pfund Käse kosteten damals die gleiche Summe. Doch dann fielen die Preise plötzlich innerhalb weniger Tage ins Bodenlose, weil sich von heute auf morgen niemand mehr bereit fand, so irrsinnig viel Geld für Tulpen zu bezahlen. Damit war die erste große Spekulationsblase der Geschichte geplatzt.

Ein untrügliches Kennzeichen solcher Blasen sind hohe Umsätze bei gleichzeitig stark steigenden Preisen – verursacht durch immer mehr Käufer, welche auf außerordentliche Gewinne hoffen, wobei die öffentliche Meinung oder die Medien diese Illusion noch nach Kräften anheizen. Weitere derartige Spekulationsblasen platzten 1700, 1720, 1873, 1929, 1990, 2000 und 2007, wobei es mal um koloniale beziehungsweise Handelsprojekte, den Eisenbahnbau, spekulative Firmengründungen oder Aktienkäufe auf Pump und mal um Technologiewerte und Immobilien ging.

Die besten Erklärungen für das Entstehen der Blasen liefert die Verhaltensökonomik (Behavioral Finance). Einer der Pioniere auf diesem Forschungsgebiet war der US-Psychologe Paul Slovic, der 1972 erkannte, dass die Spekulanten keineswegs nur von ihrer ausgeprägten Gewinnsucht getrieben werden, sondern auch kognitive Defizite aufweisen und deshalb zu irrationalem Verhalten tendieren. Hierauf bauten dann später die Greater-Fool-Hypothese und die Theorie vom Herdenverhalten auf. Im ersteren Falle wird angenommen, dass Investoren, die wissentlich überhöhte Preise zahlen, davon ausgehen, später einen noch größeren Dummkopf als sie selbst zu finden, der noch mehr Geld bietet.

Alle können ja nicht irren, oder?

Im zweiten Falle gilt die Orientierung am Vorgehen anderer als Ursache für das Entstehen und Wachsen der Blase. Nach dieser Lesart handelt es sich beim Herdenverhalten um ein massenpsychologisches Phänomen, bei dem es zu gleichgerichtetem Verhalten während der Entscheidungsfindung kommt: Die Menschen tun das, was alle tun, weil alle es tun. Denn sie vertrauen darauf, dass sich die vielen Leute doch nicht samt und sonders irren können. Deshalb rennen sie blind der Masse hinterher und verfallen in Panik, sobald es nicht so läuft, wie es laufen sollte. Damit sind die Angehörigen der Herde oft auch die Hauptverantwortlichen



Die „Mutter aller Blasen“: Satirisches Gemälde des Malers Jan Bruegel d. J. zur „Tulpenmanie“ der Niederländer in den 1630er Jahren

Foto: imago images/UiG

FINANZMÄRKTE

Warum Blasen platzen – und dennoch immer wieder neue entstehen

Seit Jahrhunderten jagen Investoren hysterischen Preisentwicklungen hinterher, um dann furchbar zu scheitern. Dahinter stecken psychologische Impulse, die sich durch die Zeiten erstaunlich ähneln

chen für das Platzen der Blase. Das heißt, die angebliche „Fehlinvestition“ könnte durchaus die Folge einer selbsterfüllenden Prophezeiung sein, wenn das Herdenverhalten zu abrupten Verschlechterungen der Marktdaten führt.

Im Einzelnen lassen sich die kognitiven Ausfälle während der Entscheidungsfindung im Rahmen des Herdenverhaltens auf vier Ursachenbündel zurückführen. Zum Ersten wären da die sogenannten Informationskaskaden: Die Anleger werden vom Informationsfluss aus der Masse überrollt und ignorieren deshalb ihre eigenen Bedenken. Zum Zweiten spielt das Reputationsherdenverhalten eine Rolle. Man folgt Vorbildern mit besonders gutem Ruf. Zum Dritten gibt es das Nachforschungsherdenverhalten. Hier nutzen die Marktteilnehmer vorrangig die Informationsquellen, die vermutlich auch den anderen Anlegern zur Verfügung stehen. Und zum Vierten verfallen die Anleger dem Empiri-

schen Herdenverhalten, indem sie sich an den Marktbewegungen der Vergangenheit orientieren, ohne die aktuellen Bedingungen mit zu reflektieren.

Darüber hinaus wirken aber auch einfache sozialpsychologische Mechanismen: Menschen folgen der Herde, weil die Evolution gezeigt hat, dass in der Masse eine höhere Überlebenschance besteht. Daher die weit verbreitete Abneigung, zum Außenseiter zu werden, indem man Zweifel an dem äußert, was die Mehrheit tut. Zumal die Letztere ja durchaus auch Recht haben kann: Wenn bei minus 20 Grad alle warme Kleidung tragen, ist das ein absolut sinnvolles Verhalten. Wobei sich dies aber eben nicht Eins zu Eins aufs Finanzielle übertragen lässt.

Deshalb führt das Herdenverhalten bei Geldanlagen immer wieder zu individuellen und kollektiven Irrtümern mit folgeschweren Konsequenzen: Millionen verlieren Milliarden. Aktuell haben

sich ebenfalls zwei Spekulationsblasen gebildet, welche über kurz oder lang platzen könnten, wenn feststeht, dass die Investitionen in immer teurer werdende Immobilien oder vermeintliche Zukunftstechnologien doch nicht das halten, was sie versprechen. Dabei gibt es freilich Möglichkeiten, sich davor zu schützen, zu sehr auf die „Schwarmintelligenz“ der Masse zu vertrauen und dadurch Anlagen in den Sand zu setzen oder gar in die totale Pleite zu stolpern.

Distanz zur Masse wahren

Ganz wichtig ist zunächst ein angemessenes Informationsverhalten. Dazu zählt vor allem der Rückgriff auf Quellen, welche der allgemeinen Meinung kritisch gegenüberstehen, also nicht nur das nachbeten, was jeder zu wissen glaubt und man auch selbst gerne glauben möchte. Hierdurch wird es schwerer, in Euphorie oder Leichtsin zu verfallen.

Ebenso schädlich sind Gier und Neid. Wenn jemand in der Anfangsphase einer Blasenbildung exorbitante Gewinne realisiert hat, sind viele versucht, dessen Strategie nachzuahmen, um sich in gleicher Weise die Taschen zu füllen. Meistens springen sie aber erst dann auf den Zug, wenn es viel zu spät ist und das Kursniveau bereits jenseits von Gut und Böse liegt.

Des Weiteren empfiehlt sich eine angemessene Distanz zur Herde. Diese kann bei charakterstarken Menschen durchaus rein mentaler Natur sein. Noch hilfreicher wäre freilich, parallel auch auf physische Distanz zu gehen. Es fällt deutlich leichter, eine unabhängige Meinung zu entwickeln, wenn man fern von Personen lebt, welche uniformes Gedankengut vertreten. Das ist das Geheimnis mancher superreicher „Börsengurus“, welche eben gerade nicht an der Wall Street residieren, sondern ihre Entscheidungen in ländlicher Ruhe und Abgeschiedenheit treffen.

SYMBOLIK

Der Regenbogen steht nicht nur für die queere „Gemeinschaft“

Biblische Bezüge, Bauernkrieg, Umwelt- und Friedensaktivismus – Die Geschichte der bunten Flagge ist lang

Derzeit kann man sich mitunter kaum des Eindrucks erwehren, die am meisten sichtbare Flagge sei die Regenbogenflagge. Verstanden wird sie als Symbol der „Gemeinschaft“, die modisch als queer oder mit Abkürzungen wie LGBT bezeichnet wird. Inzwischen gelten persönliche und sexuelle Vorlieben als Politikum.

Besser gesagt, eine interessierte politische Seite macht sich die Dinge zunutze. Es gibt genug Angehörige der entsprechenden Minderheiten, die sich nicht als Teil dieser „Gemeinschaft“ verstehen und sich schon gar nicht vor den Karren einer linken Gesellschaftstransformation spannen lassen wollen. Das hindert die Regierenden nicht daran, der Regenbogenflag-

ge immer mehr Prominenz zu verschaffen. So hat sich das Präsidium des deutschen Bundestages nun darauf geeinigt, die bunte Fahne zwei Mal jährlich am Reichstagsgebäude zu hissen – anlässlich des „Internationalen Tages gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie“ am 17. Mai sowie anlässlich des Berliner „Christopher Street Day“, der zeitlich variabel im Sommer begangen wird.

Die gegenwärtige penetrante Präsentation der Regenbogenfahne beziehungsweise -symbolik als Zeichen der queeren „Gemeinschaft“ lässt andere Bezüge oft vergessen. So spielt der Regenbogen im Alten Testament eine maßgebliche Rolle, zum Ende der Sintflut, zur Bekräftigung

der Versöhnung Gottes mit den Menschen. Im ersten Buch Mose sind die an Noah gerichteten Worte nachzulesen: „Meinen Bogen habe ich gesetzt in die Wolken; der soll das Zeichen sein des Bundes zwischen mir und der Erde.“ Eine Vielzahl künstlerischer oder anderweitig illustrativer Darstellungen zeugt, bis in unsere Tage, von einem diesbezüglichen Gebrauch der Regenbogensymbolik.

Heutiger Entwurf stammt von 1978

An die biblische Bedeutung anknüpfend wurde von der sogenannten Bundschuhbewegung und im nachfolgenden deutschen Bauernkrieg – zum Ende des 15. und zu Beginn des 16. Jahrhunderts – von den

Aufständischen die Regenbogenfahne geführt. Als Bestandteil seiner „Friedensflagge“ nahm der amerikanische Pfarrer James William von Kirk 1913 die Regenbogenstreifen auf, der „Weltfriedenskongress“ übernahm die – noch weitere Elemente enthaltende – Fahne. Für die kurzlebige, 1918 entstandene „Demokratische Republik Armenien“ konnte sich ein Regenbogenflaggenentwurf nicht durchsetzen, während der im russischen Föderationskreis Ferner Osten gelegene Jüdische Autonome Oblast eine weiße Fahne führt, über die die Streifen des Regenbogens verlaufen.

Die Gruppierung „Greenpeace“, die sich als Umweltschutzorganisation ver-

steht, gebraucht die Regenbogensymbolik ebenfalls ausgiebig. Die internationale Friedensbewegung machte die seit 1961 in Italien in diesem Zusammenhang etablierte Regenbogenflagge zu ihrem Zeichen – über den bunten Linien ist in weißer Schrift „Pace“ zu lesen, das italienische Wort für Frieden.

Die heute verwendete Fahne der queeren „Gemeinschaft“ geht auf einen – standardisierten – Entwurf des amerikanischen Aktivisten Gilbert Baker von 1978 zurück. Im Unterschied zu anderen Regenbogenflaggen besteht sie nur aus sechs Farbstreifen, beginnend oben mit Rot, abschließend unten mit Violett.

Erik Lommatzsch

MEMEL/TILSIT

Denkmalsturz als kriegerisches Mittel

Litauen verbannt Sowjetgedenkstätten aus dem Zentrum, Russland vernichtet Dichterehrenmal

VON BODO BOST

Nachdem Russland in Tilsit das Denkmal des litauischen Nationaldichters Vydūnas (Wilhelm Storost) abgebaut hat, baute Litauen eine Woche später in Memel, nur knapp 100 Kilometer entfernt, das Denkmal zum Ruhme der sowjetischen Armee ab. Kurz vor dem litauischen Nationalfeiertag am 4. Juli wurde mit der Demontage des Denkmals des „Sieg und zur Verherrlichung der sowjetischen Armee“ begonnen. Lediglich die Namen der gefallenen Soldaten sollen übrig bleiben.

Das Denkmal aus der Sowjetzeit des litauischen Architekten Schadauskas mit dem berühmten von der Höhe, wie zu einer Hinrichtung, herabhängendem Schwert, das seit mehr als 50 Jahren den zentralen Platz der Stadt beherrschte, ist verschwunden. Erst im Jahre 1980 war es mit einer kompositorischen Gruppe überdimensionierter, angsteinflößender Sowjetsoldaten des sowjetlitauischen Bildhauers Daugintis ergänzt worden, die ebenfalls entfernt wurde. Eine Expertengruppe hatte der Stadtverwaltung vorgeschlagen, das Schwert in der Mitte des Denkmals sowie die Gruppe der Bronzesoldaten und den fünfzackigen roten Stern mit der „Ewigen Flamme“ zu entfernen.

Überführung in einen Park

Andrius Dobranskis, stellvertretender Direktor der Stadtverwaltung von Memel, der zum Abrissbeginn auf der Baustelle eintraf, erklärte, dass mit den Arbeiten dasselbe Unternehmen betraut wurde, das auch den Wiederaufbau des Skulpturenparks in der Nähe des Denkmals durchführt. Der Skulpturenpark wurde an der Stelle des ehemaligen protestantischen Friedhofs der Stadt aus der deutschen Zeit errichtet, der nach 1945 eingeebnet worden war. In den 1980er Jahren fand noch in sowjetischer Zeit dort ein internationaler Skulpturenwettbewerb statt. Das Sowjetdenkmal wird jedoch nicht zerstört, sondern in den Grūtas Park in Druscheniken [Druskininkai]



Dem Denkmalstreit zum Opfer gefallen: Sowjetisches Soldatenehrenmal in Memel

überführt, wo schon andere Denkmäler aus der litauischen Sowjetzeit verharren. Die Menschen, die es wünschen, können sie dort besichtigen. Für die Neugestaltung des Platzes, der in den Skulpturenpark überführt werden soll, werde ein Architekturwettbewerb durchgeführt, sagte Dobranskis.

Auf die Frage, warum die Entfernung der sowjetischen Symbole der Gedenkstätte nicht im Voraus bekannt gegeben wurde, antwortete der Direktor der Stadtverwal-

lung, dass es sich um ein sensibles Thema handele und die Entfernung verschiedene Reaktionen hervorrufen könnten. Die Arbeiten hätten die Aufmerksamkeit der Anwohner auf sich gezogen, aber nicht jeder unterstütze die Entscheidung der Stadtverwaltung.

Immerhin sind etwa 20 Prozent der Bevölkerung der Dangestadt ethnische Russen. Einige Menschen standen deshalb auch der Idee, das sowjetische Ehrenmal zu entfernen, sehr ablehnend gegenüber.

Einige sagten, die Stätte sei nicht nur ein Ort, um gefallene Soldaten zu ehren, sondern auch ein wichtiger ideologischer Raum für das Regime und die Sowjetära, in dem sich Gleichgesinnte zu bestimmten Anlässen versammelten. Mit dem Denkmal sollte in den 1970er und 1980er Jahren auch das Litauertum bekämpft werden, genauso wie heute das Ukrainertum von Russland mit Gewalt bekämpft werde.

Die russischsprachige Gemeinde der Stadt versammelte sich jedes Jahr am 9. Mai in großer Zahl an der Gedenkstätte, um dem in Russland gefeierten Tag des Sieges, aber zuletzt kaum noch um der Gefallenen zu gedenken. Dabei waren in der Vergangenheit, als noch die Opfer des Zweiten Weltkrieges und nicht die Verherrlichung der Waffen im Mittelpunkt der Gedenkfeier stand, viele Kriegsveteranen zu sehen, die mit Stolz sowjetische Orden trugen. Einige Dabeistehende sagten, dass dieses historische Denkmal schon vor langer Zeit hätte abgerissen werden sollen, vor 32 Jahren, als die Sowjets abzogen.

Russischer statt litauischer Dichter

Eine Woche zuvor hatten die Russen das Denkmal des litauischen Dichters, Philosophen und Humanisten Vydūnas, alias Wilhelm Storost (1868–1953) in Tilsit zerstört, einen Ausweichpark gab es für dieses Denkmal in der russischen Exklave Königsberg nicht. Vydūnas hatte sich zeit lebens für eine Verständigung zwischen Deutschen und Litauern eingesetzt. In Tilsit war 1849 auch der 1922 in Luxemburg gestorbene und begrabene „Hauptmann von Köpenick“, alias Wilhelm Vogt, geboren worden

Der Leiter der Tilsiter Stadtverwaltung, Jewgenij Makarow, schrieb auf seinem Telegramm-Kanal dass „die Genossen dort ein Denkmal für Denis Dawydow anstelle von Vydūnas anbringen wollen“. Der russische Dichter war ein Held des Krieges gegen Napoleon von 1812. Vydūnas lebte von 1933 bis 1944 in Tilsit, das auf Litauisch Tilze heißt, und flüchtete bei Kriegsende nach Detmold.

MELDUNGEN

Inflationsrate bleibt hoch

Königsberg – Die jährliche Inflationsrate im Königsberger Gebiet hat sich im Juni leicht verringert auf 16,61 Prozent gegenüber dem Monat Mai mit 17,38 Prozent. Die Inflationsrate in der Region sei vor allem durch die Stärkung des Rubels, die Ausweitung des Angebots an Nahrungsmitteln und sonstigen Gütern sowie eine Abkühlung der Verbrauchernachfrage nach ihrem Anstieg im Frühjahr beeinflusst worden, heißt es auf der Internetseite der Zentralbank. Im letzten Monat sank auch die Inflation bei Lebensmitteln von 19,47 auf 18,78 Prozent. Der wichtigste Faktor sei eine Zunahme des Angebots an Obst- und Gemüseerzeugnissen gewesen. Ein Anstieg der Importe in Verbindung mit einem stärkeren Rubel habe zu einem langsameren Preisanstieg bei Kohl, Zwiebeln, Tomaten, Birnen, Bananen, Orangen und Zitronen beigetragen. Gleichzeitig wurden Kartoffeln, Karotten und Rote Beete auf Jahresbasis günstiger, ebenso die jährliche Steigerungsrate der Zuckerpriese. Einen zusätzlichen Einfluss auf die Preisdynamik hätten die Ausweitung der Gewächshausflächen und die Steigerung der Produktionsmengen durch die örtlichen Landwirte. **MRK**

Reisen nach Russland

Moskau/Königsberg – Seit dem 15. Juli sind Einreisen in die Russische Föderation auf dem Landweg wieder möglich. Für die Einreise ist ein Visum sowie ein PCR-Test nötig, der nicht älter als 48 Stunden sein darf. Nähere Informationen erteilt Natalia Romanova von RusslandReisenRomanova, Mühlendamm 8a, 22087 Hamburg, Telefon (040) 22697074, E-Mail: info@romanova-reisen.de **MRK**

Die **Landmannschaft Ostpreußen** kann derzeit keine Reiseempfehlung für das Königsberger Gebiet aussprechen.

MEMEL

Das Stadtzentrum an der Dange gewinnt an Attraktivität

Umbauten zum Stadtjubiläum: Musiktheater, umgestaltetes Ufer und neue Freizeitmöglichkeiten

Das Stadtzentrum an der Dange in Memel wird attraktiver. Zum einen, weil ein neues Musiktheater entstehen soll, zum anderen, weil das nördliche Dangeufer östlich der Börsenbrücke komplett neugestaltet wird.

Neugestaltetes Dangeufer

„Im Jubiläumsjahr der Stadt Klaipėda wurde ein weiterer grundlegend renovierter öffentlicher Raum – ein moderner Stadtpark – für Einwohner und Besucher eröffnet. Er ist schöner, gemütlicher und für Menschen jeden Alters besser geeignet geworden. Wir hoffen, dass der Platz, sobald sich das warme Wetter einstellt, den Bürgern der Stadt noch mehr Möglichkeiten für eine abwechslungsreiche Freizeitgestaltung bietet“, sagte Gintaras Neniškis, Direktor der Stadtverwaltung von Memel bei der Eröffnung im April.

Der Umbau des Platzes und seiner Böschungen ist eines der größten Projek-

te der letzten Jahre und wurde im Frühjahr 2020 begonnen.

Das Projekt umfasste den Umbau des ehemals unattraktiven Dangekais, die Neugestaltung der Kaizufahrt, die Erneuerung der technischen Netze (Regenwasser, Wasserversorgung, Strom, Kommunikation), der Beleuchtung und der Überwachungskameras. Auch einige Freizeitmöglichkeiten wurden mit errichtet, wie beispielsweise ein Kinderspielplatz, ein Skateboardpark und ein Fahrradpark für junge Leute. Ebenso wurden stilisierte Hügel für ruhige Familienfeste miteingeschlossen, die gleichzeitig lärmindernd wirken sollen. Entlang des zentralen Weges befindet sich eine Zeitleiste, die an die wichtigsten Ereignisse in Memel im letzten Jahrhundert erinnert.

Der Kai hat eine Terrassentreppe, die zum Wasser hinunterführt und Sitzgele-

genheiten am Wasser bietet. Bei der Renovierung des Platzes wurde darauf geachtet, dass wertvolle Grünflächen er-



Neue Attraktion: Brunnenanlage in Memel

Foto: Tomas Norkus

halten und neue angelegt wurden. Dutzende von Bäumen und Sträuchern wurden auf dem Platz gepflanzt, um Schat-

ten zu spenden, und mehr als ein halber Kilometer Hecken und Blumenbeete wurden angelegt.

Der Gesamtwert des Projekts beträgt 11,5 Millionen Euro. Das Projekt wurde aus dem städtischen Haushalt und von der Europäischen Union finanziert.

Höhepunkt musikalischer Brunnen

Der Höhepunkt ist jedoch der neue musikalische Brunnen mit Projektionsbildinstallationen im Zentrum des Platzes. Der Brunnen wird täglich nach einem programmierten Zeitplan geschaltet, der bei Bedarf oder wechselndem Programm geändert werden kann. Derzeit läuft er um 12 Uhr mittags, 15 Uhr, 18 Uhr und 21 Uhr jeweils für etwa 30 Minuten. Während der Musik werden Projektionen auf den Springbrunnen gezeigt, die nach Einbruch der Dunkelheit am besten zur Geltung kommen. **Uwe Jurgsties**

Wir gratulieren...



ZUM 103. GEBURTSTAG

Vogel, Brigitte, geb. Rockstroh, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 27. Juli

ZUM 102. GEBURTSTAG

Wichert, Gertrud, geb. Malessa, aus Balden, Kreis Neidenburg, am 28. Juli

ZUM 101. GEBURTSTAG

Burger, Dora, geb. Josuttis-Siegenthaler, aus Lyck, Bismarckstraße 36, am 26. Juli
Felke, Helene, geb. Kaminski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 23. Juli

ZUM 99. GEBURTSTAG

Mäckle, Irmgard, geb. Pallasch, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 23. Juli
Wagner, Heinz, aus Tapiaw, Kreis Wehlau, am 25. Juli

ZUM 98. GEBURTSTAG

Schuba, Hildegard, geb. Reetz, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 24. Juli

ZUM 97. GEBURTSTAG

Abbott, Eva-Maria, geb. Paprotka, aus Treuburg, am 25. Juli
Fiedrich, Karl, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Holubek, Sonja, geb. Gall, aus Wehlau, am 22. Juli

ZUM 96. GEBURTSTAG

Heinsch, Gertrud, geb. Dehnert, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 25. Juli

Mick, Hilda, geb. Crispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Schwill-Engelhardt, Ingrid, aus Lyck, am 28. Juli
Stiller, Alfred, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 25. Juli

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gesick, Heinrich, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 27. Juli
Rohloff, Inge, geb. Herholz, aus Taplacken, Kreis Fischhausen, am 22. Juli

ZUM 94. GEBURTSTAG

Grunert, Ida, geb. Kunze, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 25. Juli
Höhle, Erna, geb. Schilling, aus Groß Münsterberg, Kreis Mohrunen, am 28. Juli
Maeck, Richard, aus Strauchwitz, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Muchow, Erna, geb. Rehfeld, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Sütterlin, Siegfried, aus Grünsee, Kreis Lyck, am 23. Juli

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czycholl, Arno, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 22. Juli
Heske, Fritz, aus Groß Eschenbruch, Kreis Insterburg, am 22. Juli

Holstein, Elvira, geb. Zefer, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 27. Juli
Kaminski, Otto, aus Groß Tauersee, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Kühl, Helga, geb. Kuss, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Niederbröker, Margot, geb. Wachowski, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Prasuhn, Elfriede, geb. Jablonski, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. Juli
Sadlowski, Otto, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 28. Juli
Vermeer, Margarete, geb. Uzatis, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 27. Juli
Zinn, Hilde, geb. Kosemund, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 28. Juli

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bradke, Hans-Jochen, aus Barmen, Kreis Treuburg, am 27. Juli
Jäger, Ilse, geb. Mehldau, aus Langheide, Kreis Lyck, am 25. Juli
Köhler, Gertrud, geb. Krafft, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 22. Juli
Lüdtke, Walter, aus Rodental, Kreis Lötzen und aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 26. Juli
Neumeier, Fritz, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Schmidt, Sabine, geb. Kobbert, aus Paggehenen, Kreis Fischhausen, am 26. Juli

Wargalla, Heinz, aus Omuleföfen, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Wilhelm, Erna, geb. Schipp, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 26. Juli

ZUM 91. GEBURTSTAG

Christoleit, Martin, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 23. Juli
Forke, Friedel, geb. Blasko, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Labusch, Horst, aus Babanten, Kreis Ortelsburg, am 24. Juli
Mielenz, Gertrud, geb. Ostrowski, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Olvermann, Helga, geb. Stanneck, aus Lyck, Lycker Garten 78, am 26. Juli
Tessendorf, Ruth, geb. Faust, aus Lyck, am 28. Juli
Wedekin, Gertrud, geb. Tobe, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, am 25. Juli
Wilhelm, Meta Anna, geb. Burkatzki, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 22. Juli
Zimmermann, Manfred, aus Königsberg, am 23. Juli

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bek, Horst, aus Lippitz, Kreis Mohrunen, am 23. Juli
Bobrowski, Erika, geb. Pell, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 81, am 28. Juli
Brennemann, Ernst, aus Ehrenwalde, Kreis Lyck, am 22. Juli
Donder, Edith, geb. Kania, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 27. Juli
Dworak, Irma, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 23. Juli
Haese, Johannes, aus Gut Kuhdiebs, Kreis Mohrunen, am 26. Juli
Kroll, Gertrud, geb. Olk, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 26. Juli
Mamet, Edith, geb. Mlodoch, aus Klein Sakrau, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Marzowka, Margarete, geb. Kiejewski, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 24. Juli
Stoll, Edith, geb. Brand, aus Neidenburg, am 26. Juli
Unruh, Klaus, aus Goythenen, Kreis Fischhausen, am 22. Juli
Weißhoff, Edith, geb. Rohde, aus Sprigsten, Kreis Lötzen, am 23. Juli
Wieberneit, Heinz, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 22. Juli

ZUM 85. GEBURTSTAG

Bobeth, Hartmuth, aus Lötzen, am 23. Juli
Botzek, Helmut, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juli



Deutscher Honorarkonsul in Memel wurde ausgezeichnet Am 8. Juli fand in der Aula der Universität Klaipėda die festliche Auszeichnungszereemonie des Verdienstkreuzes am Bande für den deutschen Honorarkonsul Arunas Baublys (3. v. r.) statt. Am 23. Oktober 2020 wurde die Verleihungsurkunde vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier unterschrieben. Die Zeremonie konnte wegen der Corona-Pandemie nicht früher durchgeführt werden. Das Bundesverdienstkreuz wurde vom Botschafter der Bundesrepublik Deutschland Matthias Sonn (2. v. l.) überreicht, der von seiner Ehefrau Rhian Francis Chilcott (2. v. r.) begleitet wurde. Zu den geladenen Gästen zählten Vertreter der Universität, Wirtschaft, Politik und Mitglieder des Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel. Vertreter des Vereins der Deutschen in Klaipėda/Memel gratulieren dem Honorarkonsul Baublys, links neben ihm steht seine Frau Ilona Baubliene. Foto: Antanas Stanevičius

Büsing, Gisela, geb. Lemke, aus Weissensee, Kreis Wehlau, am 24. Juli
Dembski, Helmut, aus Klein Lensk, Kreis Neidenburg, am 24. Juli
Fasbinder, Urte, aus Breitenhof, Kreis Elchniederung, am 26. Juli
Fraaz, Günter, aus Burgkampen, Kreis Ebenrode, am 25. Juli
Kollat, Christa, geb. Buttgerit, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 25. Juli
Kolnisko, Heinrich, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 22. Juli
Kressmer, Egon, aus Lyck, am 26. Juli
Minga, Harry, aus Lauken, Kreis Lötzen, am 22. Juli
Lange, Elsbeth, geb. Duddek, aus Jürgenau, Kreis Lyck, am 27. Juli
Mowitz, Gerd, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 27. Juli
Müller, Helga, geb. Bechler, aus Königsberg, Kreis Fischhausen, am 28. Juli
Raabe, Gerda, geb. Friese, aus Reichau, Kreis Mohrunen, am 26. Juli
Slomski, Ingrid, geb. Milewski, aus Markau, Kreis Treuburg, am 28. Juli
Strothteicher, Helga, geb. Dufke, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 23. Juli

Wagner, Helga, geb. Borkowski, aus Herrendorf, Kreis Treuburg, am 23. Juli
Wedlat, Hans-Joachim, aus Ragnit, Kreis Tilsit-Ragnit, am 23. Juli
Westphal, Gisela, geb. Farchmin, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 24. Juli
Ziemek, Siegfried, aus Binien, Kreis Lyck, am 26. Juli

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ammon, Dorothee, geb. Hellbardt, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 25. Juli
Baß, Eckhard, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. Juli
Berndt, Brigitte, geb. Roschkowski, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 25. Juli
Frey, Ursula, geb. Riegel, aus Klocken, Kreis Elchniederung, am 26. Juli
Kobialka, Manfred, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 24. Juli
Neumann, Dora, geb. Sitz, aus Liebwalde, Kreis Mohrunen, am 28. Juli
Pehn, Gerhard, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 26. Juli
Schacht, Thea, geb. Pansegrau, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Juli

Stuhmann, Dr. Heinz, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 28. Juli

ZUM 75. GEBURTSTAG

Skarneck, Kurt Emil, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 28. Juli

Dittchenbühne

Vom 12. bis zum 17. September veranstaltet das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ eine Bildungsreise nach und durch Vorpommern. Im modernen Reisebus geht es zu ansehnlichen Beispielen der Backsteingotik, zu stolzen Hansestädten, zu Badeorten, Burgen, Kirchen, Museen und zu den Naturschönheiten dieses Landstrichs.

Weitere Informationen, Anmeldung und Reiseunterlagen per Mail unter buero@dittchenbuehne.de oder per Telefon unter (04121) 89710.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen. Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, E-Mail: info@ostpreussen.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de



Zusendungen für die Ausgabe 31/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 31/2022 (Erstverkaufstag 5. August) **bis spätestens Dienstag, den 26. Juli**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern der LO-LG M-V in Schwerin
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg
Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html



Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

„Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945 in Hof“

Hof – Zum zehnten Geburtstag der Abteilung „Flüchtlinge und Vertriebene nach 1945 in Hof“ lud das Museum Bayerisches Vogtland kompetente Gäste, die Wegbegleiter und die Bevölkerung ein. In ihrer Begrüßung dankte Museumsleiterin Magdalena Bayreuther allen, die dieses Projekt ermöglicht hatten. Besonders zu wännen, galt es dabei die Landsmannschaften, die hartnäckig immer wieder eine Heimattube einforderten, die Spender der Exponate, die zum Teil sehr persönliche und für sie emotional bedeutsame Dinge zur Verfügung stellten und die Hermann und Bertel Müller Stiftung, die das Konzept größer dachte und hauptsächlich finanzierte.

Spannende Rückblicke eröffneten die beiden ehemaligen Museumsleiterinnen Stefanie Menke und Sandra Kastner. Sie berichteten vom Erstellen der Konzeption, Sammeln der Exponate und von der Einrichtung der Abteilung.

Zur Podiumsdiskussion waren aus München Stefan Planker, der

Direktor des Sudetendeutschen Museum, und aus Berlin Andrea Kamp, die Kuratorin des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung nach Hof gekommen. Unter der Moderation des Kulturschaffenden Fabian Riemer diskutierten die Gäste mit Kulturamtsleiter Peter Nürnberger zum Thema „Flüchtlinge- und Vertriebenenmuseen in der aktuellen Museumswelt und Gesellschaft“. Dabei kamen die Perspektiven der unterschiedlichen Häuser und deren gesellschaftliches Wirken zur Sprache. Das Fazit der Veranstaltung zog Oberbürgermeisterin Eva Döhla in ihrem Schlusswort: Die Abteilung ist eine Erfolgsgeschichte, zu der viele beigetragen haben, und die Stadt Hof mit ihrem überdurchschnittlichen Engagement in Sachen Flüchtlinge ist genau der richtige Ort dafür.

Jutta Starosta



Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Treffen

Kassel - Donnerstag, 4. August, 15 Uhr, Landhaus Meister, Fulda-

talstraße 140, Kassel-Wolfsanger: „Liebes altes Lesebuch“. Schätze deutscher Dichtung.

Gartenfest

Wiesbaden – Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr, Hof Erbenheim: Sommer-Gartenfest. Zu Beginn werden Sie mit Kaffee und leckerem Kuchen verwöhnt. Danach ist Zeit zu Spiel und Unterhaltung und/oder Teilnahme an einer Planwagen-Fahrt von etwa einer Stunde. Zum Abschluss erfreuen wir Sie mit einer zünftigen Abend-Vesper. Eine Anmeldung war notwendig. Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521, Ilse Klausen, Telefon (06122) 504583.



Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Sommerfest der Ostpreußen

Anklam – Jubiläum: 30 Jahre Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern. Endlich wieder ein Ostpreußentreffen in Anklam! Nach über zwei Jahren Corona-Zwangspause haben viele Landsleute schon sehnsüchtig darauf gewartet. Entsprechend herzlich war das Wiedersehen zum Sommerfest am 2. Juli im Volkshaus Anklam, das mit fast 400 Besuchern gut gefüllt war. Landesvorsitzender Manfred Schukat – ebenfalls sichtlich erfreut – erinnerte an die Gründung der Landesgruppe der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern am 27. Juni 1992 in der Gaststätte „Elefant“ in Schwerin – fast auf den Tag genau vor 30 Jahren.

Gründung vor 30 Jahren

Doch feiert man sich nicht selbst als Verein oder gar als Vorstand. Vielmehr geht es darum, die Heimat hochzuhalten. Erst vor einer Woche war man mit einer ganzen Busgruppe wie stets seit 30 Jahren



Endlich wieder so richtig: Mecklenburg-Vorpommer feiern ihr Ostpreußentreffen in Anklam Foto: F. Schülke

beim Ostpreußischen Sommerfest in Hohenstein dabei und trat dort sogar als 30-köpfiger Chor auf. Vor allem sind die bestens besuchten Ostpreußentreffen in Mecklenburg-Vorpommern zu nennen, immer ein volles Haus und eine gefüllte Kasse. Schukat dankte den Ostpreußen für ihre jahrzehntelange Treue und verwies auf zwei Geschenke, welche sich die Landesgruppe selbst, den Landsleuten und der Öffentlichkeit zum Jubiläum gemacht hatte: Eine Paneele des berühmten Bernsteinzimmers, die als großer Wandteppich über der Bühne prangte, sowie einen Gedenkstein für die Ännchen-von-Tharau-Linde in Anklam, welcher am Nachmittag eingeweiht wurde. Zum feierlichen Totengedenken der Jahre 2020, 2021 und 2022 wurden 100 Namen und Daten von Landsleuten verlesen, die in dieser Zeit verstorben sind. Den musikalischen Rahmen dazu wie auch am ganzen Vormittag gestaltete die Tollensetaler Blasmusik unter der professionellen Leitung von Frank Barke. Als ältesten Gast konnte Schukat den Landsmann Hubert Brosda (Osterode) aus Berlin begrüßen, der mit 101 Jahren nicht nur vor einer Woche die Busfahrt nach Osterode in Ostpreußen und Danzig gut überstanden hat, sondern seit Jahren mit seiner Tochter Karin zu den treuen Besuchern der



Am neuenthüllten Gedenkstein: Manfred Schukat (l.) mit Steinmetzmeister Uwe Fritz Foto: Friedhelm Schülke

Heimattreffen in Anklam gehört. Ihm zu Ehren und auf das 30-jährige Jubiläum stießen die Ostpreußen mit einer Saalrunde Kräuterlikör „Trakehner Blut“ und einem Tusch an. Aus aktuellem Anlass – dem Ukraine-Konflikt – hatte der Veranstalter die russisch-ukrainische Folkore-Gruppe „Polyinushka“ aus Berlin eingeladen, um ein Zeichen für die russisch-ukrainisch-deutsche Verständigung zu setzen. Die vier Künstler unter der Leitung von Deniza Popova gaben ihr Bestes und luden das Publikum zum Mittanzen auf die Bühne ein. Leider konnten weder der Kant-Chor aus Gumbinnen noch die Ensemb-

les „Legenda“ oder „Russisches Lied“ aus Königsberg nach Anklam kommen, weil die Republik Polen ihnen die Einreise verwehrt. Die Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern lassen sich ihre Freundschaft zu ihren russischen Partnern und Freunden aber nicht kaputt machen. Nach einem frischen Auftritt der Jagdhornbläser Uecker-Randow e.V. unter Leitung von Wilhelm Schroeter aus Mönkebude begaben sich die Besucher in die Wallanlage am Steintor. Dort wurde mit einer kleinen Zeremonie der Gedenkstein für die 2019 gepflanzte Ännchen-von-Tharau-Linde feierlich eingeweiht. Friedhelm Schülke



Feierten das Hofer Jubiläum mit Museumsleiterin Magdalena Bayreuther (2. v. l.) Foto: Stadt Hof

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

- Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte die
- Prämie Nr. 1 (Leuchtglobus) oder
- Prämie Nr. 2 (Renaissanceglobus).

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

- Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-04-C



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus
Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebenen, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckerrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

HEIMATKREISE

Elchniederung

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbachstraße 6, 52146 Würselen, Telefon (02405) 73810, **GF:** Barbara Daweidt, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf – Von Freitag, 9. September, bis Sonntag, 11. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistagsitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 9. September zur Kreistagsitzung/Delegiertenversammlung. Für die ersten Besucher des Treffens werden im Raum LUZERN des Hotels Film-Vorträge gezeigt.

Am Sonnabend, 10. September, öffnet das Tagungsbüro um 9 Uhr und die Besucher haben Gelegenheit, Filmvorträge aus der Heimat zu sehen. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen geistliche Worte und außerdem Grußworte des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Danach bleibt noch genug Zeit zum Plachandern und für Musik-Vorträge.

Am Sonntag, 11. September, 10 Uhr, ist Gottesdienst in der Kirche Steinhude sowie Ausklang im Hotel Esplanade. *Manfred Romeike*

Lyck

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellv. **Kreisvertreter:** Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665

Wahl des Kreistages 2023

Im Jahr 2023 findet turnusmäßig die nächste Wahl des Kreistages (Mitglieder-Vertreter-Versammlung) unserer Kreisgemeinschaft Lyck statt. Nach Paragraph 10 unserer Satzung sind 15 Mitglieder des Kreistages zu wählen. Gewählt sind die Kandidaten mit der höchsten Stimmzahl. Gemäß Paragraph 2 Absatz 4 der Wahlordnung hat der Kreisausschuss am 30. Januar 2022 folgenden Wahlvorschlag beschlossen:

- Behrendt, Klaus, 1938 (Lyck), Sandstraße 28, 80335 München.
- Cub-Teufel, Adele, 1949 (Lyck), Catenhorner Straße 49, 40882 Ratingen.
- Czerwinski, Siegmund, 1939 (Andreden), Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.
- Czudnochowski, Dieter-J., 1947 (Morgengrund), Lärchenweg 23, 37079 Göttingen.
- Dombrowski, Werner, 1938 (Skomanten), Am Brüngersbroich 9, 40764 Langenfeld.

- Donder, Reinhard, 1941 (Kalkofen), Seebürgen 2, 22956 Lütjensee.
- Fenner, Sebastian, 1971 (Kalthagen), Seestraße 4, 83209, Prien am Chiemsee.
- Gentek, Uwe, 1959 (Neumalken), Tuppenend 25 a, 41749 Viernsüchteln.
- Heupel, Gesine, 1967 (Morgengrund), Bürgerstraße 35, 36199 Rotenburg a. d. Fulda.
- Janzig, Gerhard, 1940 (Waiblingen), Wichernstraße 42, 42653 Solingen.
- John, Ewa, 1957 (Lyck), Mittelweg 2, 54293 Trier.
- Kalisch, Hans Peter, 1963 (Lyck), August-Grabbe-Siedlung 28, 31840 Hessisch Odendorf.
- Komossa, Manfred, 1944 (Langheide), Theodor-Heuss-Straße 30, 96215 Lichtenfels.
- Mader, Heidi, 1964 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
- Mader, Marc, 1986 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
- Mader, Michael, 1956 (Stradaunen), Richard-Taylor-Straße 6, 28777 Bremen.
- Meiburg, Dirk, 1972 (Sarken), Patriotischer Weg 58, 18057 Rosstock.
- Moucha, Gerdt, 1947 (Petzkau), Haselnussweg 10, 14624 Dallgow-Doberitz.
- Nilson, Anorthe, 1944 (Morgengrund), Kopenhagenstraße 18, 37079 Göttingen.
- Norra, Wilhelm, 1938 (Sareiken), Anna-Spiegler-Straße 67, 28277 Bremen.
- Pistorius, Günter, 1954 (Keipern), Mannesmannstraße 2, 58452 Witten

Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweift

29,95 € inkl. Versand

Bestellung: Landsmannschaft Ostpreußen e.V. Buchtstr. 4, 22087 Hamburg Tel. 040/41 40 08 0 selke@ostpreussen.de

- Schenkewitz, Andreas, 1956 (Maschen), Am Wall 65, 15366 Hoppegarten.
 - Schneider, Herbert, 1940 (Fließdorf), St.-Ulrich-Straße 2, 86899 Landsberg a. L.
 - Vogel, Hans Ulrich, 1957 (Lindenfließ), Ilenbrook 24, 21107 Hamburg.
 - Wiesensee, Bärbel, 1946 (Moslitz), Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten.
- Nach Paragraph 2 Absatz 5 der Wahlordnung werden die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Lyck, das sind die Bezieher des Hagen-Lycker Briefes, aufgefordert, bis zum 30. September weitere Wahlvorschläge bei der Kreisvertreterin Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a,

41372 Niederkrüchten einzureichen. Gemäß Paragraph 2 Absatz 7 der Wahlordnung muss der Wahlvorschlag den Familiennamen (und gegebenenfalls abweichende Geburtsnamen) Vornamen, Heiratort und Geburtsdatum und die jetzige zustellungsfähige Anschrift (in Blockschrift) des vorschlagenden Wahlberechtigten und des vorgeschlagenen Kandidaten enthalten.

Bärbel Wiesensee, Kreisvertreterin

Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Kreistagsitzung
Bochum – Sonnabend, 3. September, Kunstmuseum, Kortumstraße 147, 44787 Bochum: Kreistagsitzung mit den Neuwahlen.

Ulrich Pokraka, Kreisvertreter

PAZ wirkt!

Rätsel

Pro-menade	Ersatz, Entschädigung	Tiroler Alpenpass	außer Kraft, unwirksam	Beste, Siegerin	Straf-erlass	früherer österr. Adelstitel	eine gerade Zahl	Wintersportart	peinlich genau, höchst sorgfältig	deutsche Pop-sängerin	seichte Stelle eines Flusses	Ausruf des Missfallens	durch die Nase sprechen
Geschulze, Munition			Spiel beim Skat	Längenmaß			Teil des Telefons		boxen, stoßen (ugs.)		Ankerplatz vor dem Hafen	Glocken einer Kirche	
Zupf-instrument		Inselstaat im Pazifik							Ränke-spiel				
jemandem selbst gehörend		Laub-baum	latein-amerik. Tanz im 4/4-Takt	Unhold der nord-dischen Sage	Wasser-marder	ital. Mittel-meer-insel				Zacke einer Burg-mauer	deut-scher Philo-soph		
Soldat in der Aus-bildung				norwe-gischer Dichter (Henrik)			Haupt-stadt von Tunesien	Fluss zur Rhone		Gefäng-nisraum		Leitbild, Muster-bild	
zeitlos; immerzu		Auspuff-stoff	Spinnen-tier, Schma-rotzer	Schub-fach			Be-finden	frei von Uneben-heiten; rutschig		in Flocken zur Erde fallen			Gattin, Gemahlin
Staat in West-afrika					Brillen-schlinge	ein Stern-bild		Teil des Weser-berg-landes	Begeis-terung, Schwung	Feld-ertrag	gleit-ende Bewe-gung		

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AADRU	ENNU	BEEIR	ILLST	ADIR	DEMO	AAGR
			GORT			
AELNZ		ADEIL				
ABDEILRSU						
EKNU			AILM			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung ein anderes Wort für eine Abmachung, ein Rechtsgeschäft.

1	TAFEL					BANK
2	SOLO					FEST
3	KINDER					WEG
4	PREIS					HAFT
5	TANZ					FOLGE
6	BLUT					BAUM
7	REIFE					NOTE

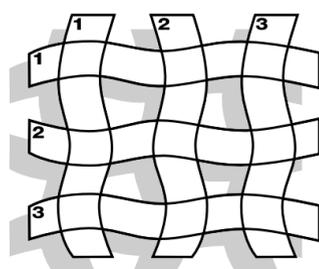
Mittelworträtsel: 1. Kaviar, 2. Saenger, 3. Fahrrad, 4. Raetzel, 5. Schritt, 6. Orangen, 7. Zeugnis – Verlag

Schüttelrätsel: 3. Andreas, 1. Marlene, 2. Rättern, 2. Andreas

So ist's richtig:

1 Felchen, Lachs-fisch
2 rasseln, knarren
3 Apostel, Bruder des Petrus

spani-sche Anrede: Herr	warme Gebläse-strömung	franz. Komponist (Georges)		musika-lisches Werk	Verliere-ri im Wett-kampf		zähflüs-siges Kohle-produnkt
japani-scher Kaiser			persönl. Fürwort (dritte Person)	Halbton über a (Musik)		Tischler-werkzeug	
Kurort in Süd-tirol	organi-scher Moor-boden	Recht-schreib-übung	Verkehrsstöckung	Wein-verfälscher	Form des Sauer-stoffs	die fünf Bücher Mosis im Judentum	
Entwurf; wissen-schaftl. Arbeit				Stadt-teil von Berlin	in Erd-bauen lebendes Nagetier	Sohn Abra-hams im A. T.	exoli-sche Echse
vereins-amt, allein	telefon. Kurz-nachricht (Abk.)	Abk. für Inter-city-Express	erzäh-lende Vers-dichtung		Gerät zur Ziel-führung (Kzw.)	dt. Model u. Mode-ratorin (Heidi)	durch-triebene Person
beruf-liche Verbes-derung	durch-setzungs-fähiger Mensch		Farb-überzug			an-wesend	deutsche Schrift-steller-familie
Druck-shalter							be-strafen
							Getreide



Magisch

Schreiben Sie waagrecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

- 1 Felchen, Lachs-fisch
- 2 rasseln, knarren
- 3 Apostel, Bruder des Petrus

Heimatkreisgemeinschaften

Heimattreffen

Bochum – Sonntag, 4. September, ab 9 Uhr, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 32, Bochum Werne: Heimattreffen.

Liebe Neidenburger und Soldauer, das Heimattreffen der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. konnte zwei Jahre nicht veranstaltet werden. Die Corona Pandemie verhinderte das zu unserm Ärger.

Wie in den Jahren davor, findet das Treffen im Erich-Brühmann-Haus in Bochum Werne, in der Kreyenfeldstraße 32 statt. Das Erich-Brühmann-Haus befindet sich gegenüber dem Amtshaus Bochum Werne, wo auch unsere Heimatstube zu finden ist. Wir hoffen natürlich um eine rege Teilnahme an diesem Treffen. Vor allem legen wir Wert auf jüngere Teilnehmer. Daher unsere Bitte! Lassen Sie sich von ihren Kindern und Enkelkindern bringen und ermöglichen so die Teilnahme der jüngeren Generationen.

Ab 9 Uhr ist der Saal geöffnet. Ab 11 Uhr beginnt eine kleine Feierstunde mit ein paar kurzen Reden. Im Anschluss daran, hält Reinhard Kayss einen Vortrag über Familienforschung. Nach einem kleinen Imbiss verbleibt noch genug Zeit für heimatliche Gespräche der Besucher. Zur Erfrischung wird dann Kaffee und Kuchen gereicht. Das Ende der Veranstaltung ist für 17 Uhr geplant.

Bitte enttäuschen Sie uns nicht und unterstützen dieses Treffen durch die Teilnahme, damit die Arbeit weiterhin Früchte trägt.

Ulrich Pokraka,
Kreisvertreter



Rastenburg

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm.

Geschäftsstelle: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950

66. Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 13. August, bis Sonntag, 14. August: 66. Hauptkreistreffen in Wesel mit folgendem Programm:

Sonnabend, 13. August – 9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof, 10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia“, Caspar-Baur-Straße, 10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel und Besichtigung der Traditionsstube, ab 14 Uhr: Geselliges und gemütliches Beisammensein im Hotel Kaiserhof, Wesel.

Sonntag, 14. August – 9.30 Uhr: Evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wackenbrucher Straße 82, 10 Uhr: Katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu in der Feldmark, Wesel, 14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Gastsätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel, mit: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder“, Ansprachen von Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises

Deutsches Kulturforum östliches Europa

Die Juliausgabe der Kulturkorrespondenz zum Thema „Wilde und gezähmte Tiere“ widmet auch den Pferden viel Raum. Nähere Informationen unter Internet: www.kulturforum.info/de/kk-magazin oder Deutsches Kulturforum östliches Europa e.V., Berliner Straße 135, 14467 Potsdam.

Wesel, und Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel mit Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen, 16 Uhr: Großer Zapfenstreich, Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg, 16.30 Uhr: geselliges Beisammensein.

Mitgliederversammlung und Kreistag

Wesel – Sonntag, 14. August, 11.30 Uhr in der Gaststätte „Schützenhaus zum Fusternberger“, Wesel: Mitgliederversammlung und Kreistagsitzung anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens mit folgender Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Kreisvertreter, 2. Feststellung der Anwesenheit und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr, 3. Bericht des Kreisvertreters, 4. Kassen und Prüfungsbericht, 5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung, 6. Haushaltsplan 2023, 7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg“, 8. Bildband, 9. Rastenburg Treffen 2019–2023, 10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum 8. August einzureichen.

Hubertus Hilgendorff,
Kreisvertreter



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail: neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim Scheer, Wriester Str.1, 24576 Wedelbrook, Telefon (04192)4374, E-Mail: hans-joachim.scheer@t-online.de

Neue Schriftleitung

Der Schriftleiter des gemeinsamen Heimatbriefes der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit und der Stadtgemeinschaft Tilsit, Heiner Coenen, hat sein Amt mit sofortiger Wirkung niedergelegt. Sein Nachfolger ist Theo Boomers, der Chef der Druckerei Boomers & Esser in 52511 Geilenkirchen, Annastraße 10-12.

Es wird gebeten, Einsendungen zur Veröffentlichung in „Land an der Memel TILSITER RUND-BRIEF“ an jene Firma zu senden. E-Mail: druckerei@boomers-und-esser.de, der Ansprechpartner ist Theo Boomers.

Dieter Neukamm, Kreisvertreter
und Erwin Feige, Stadtvertreter

Fohlenauktion

Trakehner „Open Air“

Die neue Kollektion ist online

Am Abend des 23. Juli findet die 18. Trakehner Fohlenauktion im Rahmen des Internationalen Trakehner Bundesturniers im Westfälischen Pferdezentrum in Münster-Handorf statt – abermals im bereits bewährten Hybrid Format. Die Kollektion der 25 elitären Fohlen ist jetzt mit Fotos, Videoclips und Informationen zu den Auktionskandidaten online einsehbar unter www.trakehner-verband.de.

Die Auktion ist in vielerlei Hinsicht etwas ganz Besonderes: Die Qualität der streng selektierten Spitzenfohlen aus dem gesamten Bundesgebiet ist längst kein Geheimtipp mehr – hier sind Sporttalente und Zuchtjuwelen für morgen zu entdecken und zu ersteigern. In der knisternden Abendstimmung nach dem Bundesturnier-Sonnabend wird erfahrungsgemäß geboten und gefeiert und die Atmosphäre sorgt auch bei den Zuschauern für Nervenkitzel und Herzklopfen. Das Hybrid Format lässt Bieter vor Ort, am Telefon

und online aus der ganzen Welt live am Auktionsring dabei sein – alle mit der gleichen Chance auf den Zuschlag, der sich vielleicht als Nachwuchspferd der Träume entpuppt.

Die Abstammungen der zehn Stut- und 15 Hengstfohlen bieten erlesene Genetik für sportliche wie auch züchterische Ambitionen. Der überragende Siegerhengst Rheinglanz, Gewinner der Bronzemedaille beim Bundeschampionat der Reitpferde 2021 und selbst mit Eva Möller auch aktuell im Reitpferdechampionat genannt, stellt seinen ersten Sohn zur Auktion. Sein S-erfolgreicher Vater Helium sendet einen Sohn und auch Freiherr von Stein, ebenfalls selbst S-siegreich, ist mit einem Hengstfohlen vertreten. Der junge Vererber Kwahu, aktuell mit Olympionikin Helen Langehanenberg für das Bundeschampionat Dressur qualifiziert, entsendet zwei Söhne.

Mit Gaspard, Onyx und Schäplitzer debütieren drei Junghengste mit bewegungsstarkem, frohwüchsigen Nachwuchs. Beste Dressurgenetik bringen ferner die selbst Klasse S erfolgreichen Hengste Blanc Pain, High Motion, Millennium und Schwarzgold sowie die aufstrebenden Junghengste Ganderas und Tantalos zur Auktion.



FOTO: JUTTA BAUBENSCHMITT

Kulturzentrum Ostpreußen

Burgen im Deutschordensstaat Preußen – Sonnabend, 23. Juli, 15 Uhr: Vortrag von Katharina Kemmer, Forschungsstelle Deutscher Orden, Würzburg, „Deutschordensburgen im Süden Deutschlands“. Zuvor besteht die Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung sowie Kaffee und Gebäck.

Die Ausstellung stellt die Burgen vor, welche die Basis der administrativen Strukturen des Deutschordensstaates in Preußen bildeten. Die Deutschordensritter, sowie die Bischöfe und Geistlichen, hatten das erworbene Land mit einer Kette von Ziegelsteinburgen gesichert und damals ein in Europa einzig-

artiges Befestigungssystem geschaffen. Diese imponierenden Bauwerke fungierten als Regierungs-, Verwaltungs-, Militär- und Wirtschaftszentren. Die größten und wichtigsten von ihnen, die Komtursburgen, waren Sitze von Ordenskonventen. Die Spitze der Ordensritter bestimmte über die Form und Größe der Befestigungen. Sie waren nach spezifischen Architekturtypen errichtet, welche dem Rang und der Machtkompetenz der dort verweilenden Amtsinhaber – Komture, Vögte, Pfleger, Kämmerer sowie Bischofs- und Kapitelerwähler – entsprachen. Dieser durchdachte Verwaltungsapparat erlaubte eine sehr effiziente Führung und Bewirtschaftung des Landes sowie den Schutz der erworbenen Gebiete. Innerhalb von über 150 Jahren (bis zur Schlacht bei Tannenberg 1410) entstand im Preußenland ein imposanter Staat, auf dessen Gebiet etwa 150 Burgen erbaut wurden, welche als Fundament und als Machtsymbol des Deutschordenslandes galten.

Bemerkenswert war nicht nur das Ausmaß des Vorhabens selbst, sondern auch der Baustoff: überall sonst baute man in Stein, nur im Preußenland sind größtenteils Ziegel als Baumaterial verwendet worden. Am auffallendsten ist hierbei das Aussehen der glatten, schlichten Fassaden dieser Bauten, welche gleichzeitig einzigartig in Form

und Konstruktion waren. Diese Burgen sind in Europa als Zivilisations- und Kulturerbscheinung einmalig und bilden ein beeindruckendes Festungssystem des Spätmittelalters, das jedoch nach wie vor wenig bekannt ist. Es ist zu hoffen, dass der hier dargestellte Komplex von Deutschordensburgen schon bald den ihm zustehenden Platz in der Kultur unseres Kontinents einnehmen kann und in die UNESCO-Liste des Welterbes eingetragen wird.

Die Ausstellung stellt 60 der wichtigsten Ordens-, Bischofs- und Kapitelburgen aus dem ganzen damaligen Deutschordensstaat Preußen im ursprünglichen und aktuellen Zustand vor. In den Beschreibungen zu den entsprechenden Burgen werden neben der heutigen und damaligen Ortsbezeichnung auch der Architekturtyp der Burg, ihre Verwaltungsfunktion und der Rang der dort existierenden Ämter angegeben.

Den Fotografien der Burgen sind Malerei-Rekonstruktionen zur Seite gestellt, welche in der Art und Weise der mittelalterlichen Bildkunst erstellt wurden. Diese finden auch Verwendung im Buch „Burgen im Deutschordensstaat Preußen“ von Mirosław Garniec.

Kulturzentrum Ostpreußen
Schloßstraße 9,
91792 Ellingen

Ostpreußisches Landesmuseum

Ausstellungen

Noch bis 16. Oktober: Der Elch – Klischee und Wirklichkeit eines Symboltiers. Der größte Hirsch der Welt und ein in Europa sehr beliebtes Wildtier ist der Elch. In der Sonderausstellung erfahren die Besucherinnen und Besucher Spannendes über das Symboltier der Ostpreußen. Seine besondere Geweihform, die große Nase, sein staksiger Gang und die Fähigkeit, sich schon in lichter Vegetation fast unsichtbar zu machen, ließen die Menschen eine besondere Beziehung zum Elch entwickeln. Er war Mythos, eine Verbindung zu den Göttern, beliebtes Motiv in der Kunst, aber auch ein wertvolles Reservoir für Nahrung und Gebrauchsgegenstände. Heute werden Elche durchweg positiv gesehen und zählen zu den am häufigsten in der Werbung eingesetzten Tieren. Ihre natürlichen Lebensräume wurden vom Menschen besiedelt. Die Elche wurden zurückgedrängt und verschwanden fast gänzlich aus Mitteleuropa. Seit einigen Jahren kommen jedoch immer wieder Elche über die Grenzen im Osten und Südosten. Können sie in Bundesrepublik heimisch werden?

Noch bis 7. August, Kabinettausstellung: Königsberger Rot – Erinnerungssarchäologie, Objektcollagen von Frank Popp (1941-2020). Mit Malerei begann Frank

Popp, geboren 1941 in Königsberg, zunächst sein künstlerisches Werk, wechselte aber bald zur Objektkunst. Das Sammeln und Ordnen wurde dabei immer mehr zu seinem Arbeitsprinzip. Sehr vielen Arbeiten verlieh er zudem eine dokumentarische Aussage. Auf Reisen gesammelte Gegenstände, die er strukturiert zusammenfügte, bezeichnete er als „Reisearchäologie“. Entsprechend formte er auch den Begriff der „Erinnerungsarchäologie“ bei den Objekten, die zu seiner ostpreußischen Familiengeschichte in Beziehung stehen. Die von Popp gestalteten Erinnerungen an seine Herkunft aus Königsberg verbinden sich in dieser Ausstellung mit der Erinnerung an den Künstler selbst, der 2020 in Hannover verstarb.

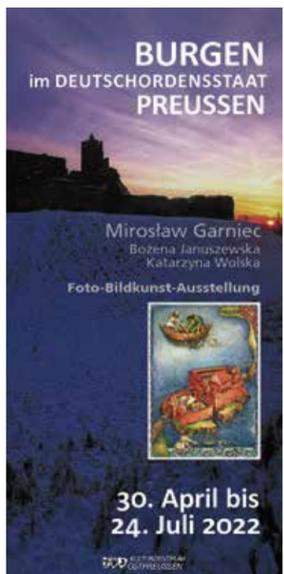
Veranstaltungen

Dienstag, 2. August, 14.30 Uhr, 3,- Euro zuzüglich ermäßigter Eintritt (mit Kaffee, Tee und Gebäck): Polens Untergang – die „Geburtsstunde“ Ostpreußens? Führung im Rahmen der Reihe „Museum Erleben“ mit Joachim Mähner. Die gemeinsame Historie der Nachbarn und heutigen EU- und NATO-Partner Polen und Deutschland ist vielfach belastet. Dies begann keineswegs erst mit dem Angriffskrieg und millionenfachen Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands ab 1939. Schon im Mittelalter be-

kriegten sich der „Deutsche Orden“ mit dem Königreich Polen-Litauen. Preußen wiederum war wesentlich an den schon damals rechtlich umstrittenen Teilen Polens beteiligt, die mit dem Petersburger Vertrag am 5. August 1772, vor genau 250 Jahren, eingeleitet wurden. Damals wurde grob das vormalige polnische „Königliche Polen“ zur preußischen Provinz „Westpreußen“. Das bisherige Herzogtum Preußen nannte man fortan „Ostpreußen.“ Museumsdirektor Joachim Mähner führt durch verschiedene Kapitel deutsch/preußisch-polnischer Geschichte. Eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de ist erforderlich.

Sonntag, 7. August, 14.30 Uhr, 1,50 Euro zuzüglich Eintritt: Erinnerungssarchäologie im künstlerischen Werk von Frank Popp, Sonntagsführung mit dem Jörn Barfod. Frank Popp begann sein künstlerisches Werk mit der Malerei und wechselte dann zur Objektkunst. Er sammelt, sortiert, fügt zusammen und lässt Neues entstehen – das ist sein Arbeitsprinzip. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: bildung@ol-ig.de ist erforderlich.

Ostpreußisches Landesmuseum
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg



HANS GRAF VON LEHNDORFF

„Er brachte Hoffnung und Glauben zurück“

Als Arzt und Christ in schwerer Zeit tätig – Evangelisch-anglikanische Kirche in Langgut ehrt den Ostpreußen mit einer Gedenktafel

VON UWE HAHNKAMP

Die kurze Beschreibung einer großen Persönlichkeit auf einer neuen zweisprachigen Gedenktafel im Vorraum der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in Langgut zwischen Allenstein und Osterode lautet: „... Kommendator des Johanniterordens, evangelischer Christ“. Mit diesen Worten ist Hans Graf von Lehndorff gemeint, dessen Sohn Carl am 8. Juli diese Tafel im Rahmen einer Feierlichkeit enthüllte.

Hans Graf von Lehndorff arbeitete als Arzt in Königsberg, als die Stadt 1945 von der Roten Armee angegriffen wurde. Nach 77 Jahren ist schwer vorstellbar, was er dort durchgemacht hat, auch wenn der aktuelle Krieg beweist, dass die Menschheit nichts dazugelernt hat. In der eingekesselten Stadt, die pausenlos beschossen wurde, und sich danach durch Plünderungen, Morde und Brandschatzen in eine Apokalypse verwandelte, tat er Dienst als Mediziner, hielt als evangelischer Christ Andachten und versuchte, sich und seinen Mitmenschen Würde, Hoffnung und Glauben zu erhalten – und zu überleben.

Berichte aus der Hölle

Im Oktober 1945 verließ von Lehndorff Königsberg und schlug sich ins Grenzgebiet von West- und Ostpreußen durch, mit den für ihn aus seiner Kindheit familiären Orten Januscha, Grasnitz und Langgut, wo er unter anderem in Biessellen und später in Rosenberg tätig war. „Hier versorgte und half er Deutschen, Masuren und Polen“ ist auf der Gedenktafel zu lesen; „und Russen“ müsste man noch hinzufügen, denn auch diese gehörten zu den Patienten von Hans Graf von Lehndorff. Im Jahr 1947 durfte er dann aus Rosenberg



Im Gespräch mit einer Augenzeugin des ersten Gottesdienstes nach dem Krieg in Langgut: Carl Lehndorff (l.) unterhält sich mit Margarethe Wischniewski, im Hintergrund Heinrich Hoch

Foto: U.H.

in den Westen ausreisen, wo er sich in Bonn niederließ und lange Jahre eine Klinik betrieb. Carl Lehndorff, sein Sohn, der zur Enthüllung der Tafel aus der Bundesrepublik angereist war, hatte von seinem Vater selten etwas über diese Zeit gehört. „Mein Vater konnte und wollte mit uns nicht darüber reden, er sprach lieber über Erinnerungen aus seiner Kindheit“, erklärte er, „die Zeit von 1945–47 hat er in seinem bekannten ‚Ostpreußischen Tagebuch‘ schriftlich niedergelegt.“

Dieses Buch hatten Katarzyna und Krzysztof Walenczak von der Stiftung Turnitzmühle Heritage Foundation für sich entdeckt, die das kulturelle Erbe der Region, darunter auch die Kirche in Langgut, erhalten möchte. Sie hatten den Evangelisch-Augsburgischen Pfarrer Wojciech Płoszek in Osterode, zu dessen Gemeinde die Kirche in Langgut gehört, auf das Tagebuch aufmerksam gemacht und die Initiative zur Gedenktafel angestoßen.

Dass diese gerade in dieser Kirche angebracht wurde, ist übrigens kein Zufall. Hier hielt Hans Graf von Lehndorff im November 1945 nämlich den ersten Gottesdienst nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch das ist auf der Tafel vermerkt, ergänzt um die Inschrift „Er brachte Hoffnung und Glauben zurück.“ Damals wie auch jetzt bei der feierlichen Enthüllung war die inzwischen über 90 Jahre alte Margarethe Wischniewski dabei. Dank ihr und seit einigen Jahren ihrer Tochter ist

der Friedhof um die Langguter Kirche bis heute gut gepflegt. Am 8. Juli konnte sie ihre Erinnerungen an Carl Lehndorff weitergeben, in dem sie einen aufmerksamen Zuhörer fand.

Er kennt die Gegend, die er mit seinem Vater im Jahr 1977 bereist hat, denn Hans Graf von Lehndorff blieb der Region nicht nur aus der Entfernung treu. Er gehörte dem Johanniterorden an und sorgte bis zu seinem Tod mit Hilfstransporten für die dort lebenden Menschen. „Er setzte so die Tradition des Ordens im Bereich der humanitären Hilfe konsequent fort“, lobte ihn Przemyslaw Florjanowicz-Blachut von der Subkommende Polen der Johanniter in Warschau. Er vertrat bei der Feierlichkeit den Orden, da die deutsche Delegation ihre Teilnahme krankheitsbedingt absagen musste.

Ehrenkommendator und Preußenschildträger

Der Orden verlieh Hans Graf von Lehndorff zuletzt den Rang eines Ehrenkommendators. Für seine Tätigkeit für Ostpreußen wurde er von der Landsmannschaft Ostpreußen mit seiner höchsten Auszeichnung, dem Preußenschild, geehrt. Seine Bedeutung für die Region zeigen auch die Gäste des Festakts am 8. Juli. Der Bischof der Diözese Masuren der Evangelisch-Augsburgischen Kirche in der Republik Polen, Pawel Hause, der Bevollmächtigte für Minderheitenfragen des Marschalls der Woiwodschaft, Wiktor Marek Leyk, sowie die Vorsitzenden der deutschen Gesellschaften in Mohrungen, Urszula Mańka, und in Osterode, Heinrich Hoch, hatten an diesem Freitag-Nachmittag den Weg in das kleine Dorf Langgut auf sich genommen, um ihm die Ehre zu erweisen, damit Hoffnung und Glauben nicht verloren gehen.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Verhinderten Blochs Liebschaften Filmmetropole Breslau?

Die Stadtführerin Małgorzata Urlich-Kornacka hat sich auf Streifzüge durch die Filmgeschichte der Stadt konzentriert

Am liebsten mag es Małgorzata Urlich-Kornacka, wenn um sie herum viel los ist. Deshalb fühlt sich die gebürtige Friedeburgerin [Mirsk] in Breslau pudelwohl. Die Metropole bietet ihr immer wieder Neues zum Entdecken. „Man kann nie sagen, man kenne Breslau wie seine Westentasche. Dafür ist Breslau einfach zu groß“, sagt die Germanistin, Fremdenführerin und Autorin, die gerade einen Reiseführer „Unterwegs durch Breslau“ herausgebracht hat. „Die deutsche Fassung ist bereits in Arbeit“, sagt sie. Darin bietet sie unter anderem eine Route auf den Spuren des filmischen Breslaus an. Den Anlass gab ihr ein besonderes Filmjubiläum: 100 Jahre „Phantom“ von Friedrich Wilhelm Murnau.

„Der Film war quasi ein Geschenk Friedrich Wilhelm Murnaus zum 60. Geburtstag Gerhart Hauptmanns, dessen gleichnamiger Roman als Vorlage diente“, sagt sie. „Das Besondere dabei ist, dass der Zuschauer in den ersten Sekunden des Stummfilms Gerhart Hauptmann persönlich sieht, wie er auf einem Feldweg seinen, wie er sagte, produktiven Spaziergang macht“, berichtet Urlich-Kornacka, die darüber auch in ihrer speziellen Führung „Filmisches Breslau“ erzählt. Täuschend echt erscheint im Stummfilm „Phantom“ das Wahrzeichen Breslaus – das Rathaus, „obwohl es nur aus Pappe ist und in den Ufa-Studios Potsdam-Babelsberg nachge-

baut wurde. Im Film fällt kein einziges Mal das Wort Breslau, denn die Filmemacher wollten eine universelle Großstadt zeigen. Trotzdem lag ihnen daran, die Atmosphäre Breslaus wiederzugeben. Schließlich besuchte das Filmteam die schlesische Metropole, um sich vor Ort ein Bild zu machen.“

Zoogelände als Filmstudio

Die Gattung Film genoss in den 1920er Jahren noch nicht den Status der hohen Kunst und „es war ein kluger Schachzug Friedrich Wilhelm Murnaus gewesen, gleich zu Beginn seines Phantoms den berühmten Nobelpreisträger Hauptmann zu zeigen“, meint Professor Andrzej Gwóźdź. Er ist Kenner der deutschen Filmgeschichte und Dozent an der Schlesischen Universität Kattowitz, mit dem Urlich-Kornacka genauso vernetzt ist wie mit Andrzej Dębski von der Universität Breslau, der Mitte Juni das erstmals stattfindende Filmfestival „Niederschlesien im Film“ organisierte.

Die Fremdenführerin und Schlesienspezialistin führt Breslaubesucher gerne an Orte, die Filmgeschichte machen. Dazu gehören auch ungewöhnliche wie der Breslauer Zoo. „Vor 101 Jahren wurde dieser nämlich aus wirtschaftlichen Gründen bis 1927 geschlossen. Das Gelände wurde an die Filmproduktionsfirmen Matador-Filmwerke, Rochus-Gliese-Film und Eulag ver-

mietet“, berichtet Urlich-Kornacka. Es seien dort zwar keine nennenswerten Filme entstanden, aber solche, die für die heutigen Filmforscher wichtig seien: „Im Drama ‚Hyänen des Glücks‘ spielte Alfred Abel mit, der später in Murnaus Phantom groß rauskam“. Zwischen 1921 und 1924 beherbergte das Zoogelände mehrere Ateliers und Studios, berichtet sie: „Darunter eines im Elefantenpavillon. Das Affenhaus wurde zur Kopieranstalt umgewandelt und an-

dere Gehege wurden als Unterkünfte genutzt“, sagt sie und zählt etwa sechs oder sieben Filme auf, die auf dem Zoogelände gedreht wurden, darunter das Liebesdrama „Brüder“, das „Drama zwischen Himmel und Erde“ von Rochus Gliese, der Spionagefilm „Im Namen des Königs“ von Erich Schönfelder und ein Hochgebirgsdrama „Winterstürme“ von Otto Rippert.

Bei ihren Recherchen fand Urlich-Kornacka heraus, dass in diesen Filmen

Breslauer Schauspieler vom Lobe- und Thaliatheater mitwirkten.

Große Regisseure starteten ihre Karriere in Breslau

„An einen gewissen Herrn Bloch erinnert sich der Regisseur Rochus Gliese“, berichtet sie. Urlich-Kornacka stieß in Archiven auf Glieses schriftliche Aufzeichnungen, in denen zu lesen war: „Herr Bloch sieht zwar gut aus, aber nur dann, wenn er ausgeschlafen ist.“ „Meistens war es aber nicht der Fall, weil Herr Bloch ein intensives erotisches Leben führte und die Ehefrauen reicher Männer oder die der Produktionsleiter verführte. Und wer weiß, vielleicht lag es an Herrn Bloch, dass sich Breslau der Vorkriegszeit doch nicht zu einer Filmmetropole entwickelte“, lacht die resolute Reiseleiterin und Autorin. Diesen Sprung schaffte Breslau nach Kriegsende. 1954 entstand in der Nähe der Jahrhunderthalle, am Vier-Kuppel-Pavillon von Hans Poelzig, ein selbstständiges Breslauer Filmstudio. Bis in die 90er Jahre wurden dort 460 Filme produziert.

Große Regisseure wie Andrzej Wajda oder Roman Polanski haben in Breslau ihre Karrieren gestartet, berichtet sie. „Um zu sparen, drehten die Regisseure gerne in der Umgebung und zu diesen Orten führe ich und versuche die Atmosphäre wiederzugeben.“

Chris W. Wagner



Auf den Spuren des filmischen Breslaus: Małgorzata Urlich-Kornacka

Foto: Wagner

AUSFLUGSZIEL

Ruden – jahrhundertlang Zollstation

Hier ist die Zeit stehengeblieben und gibt dem Besucher eine wechselvolle Geschichte preis

VON ERWIN ROSENTHAL

Die Motive für einen Inselbesuch sind vielfältig. Für viele Passagiere ist bereits die Schiffsreise das Ziel. So wird schon kurz nach dem Ablegen in Peenemünde oder in Freest backbords das kilometerlange Maschinenhaus des stillgelegten und im Rückbau befindlichen Lubminer Kernkraftwerks „Bruno Leuschner“ sichtbar. Teile des Gebäudes nutzt heute ein österreichischer Kranbauer für die Produktion von Schwimmkränen.

In Peenemünde überragt das frühere Kohlekraftwerk, das Anfang der 1940er Jahre zur Energieversorgung der Heeresversuchsanstalt Peenemünde errichtet wurde und bis 1990 am Netz war, alle anderen Häuser des Ortes. In einem Teil des Gebäudes befindet sich heute das Historisch-Technische Museum Peenemünde, während in der ehemaligen Turbinenhalle Konzerte angeboten werden. Kurze Zeit später erscheint die 2400 Meter lange, betonierte Start- und Landebahn des Flugplatzes Peenemünde, der bereits in den 1930er Jahren für die Heeresversuchsanstalt angelegt und später auch von der NVA genutzt wurde, während er heute nur noch Rundflüge anbietet.

Peenemünde immer präsent

In der Peenemündung zeigen sich schließlich backbords die Insel Ruden, das heutige Ziel und die Halbinsel Struck und steuerbords der Peenemünder Haken, die Nordspitze der Insel Usedom. Sowohl der Peenemünder Haken als auch die Halbinsel Struck und die Insel Ruden stehen seit 1925 unter Naturschutz.

Auf dem Peenemünder Haken wurde am 3. Oktober 1942 Geschichte geschrie-



Seit 1925 gehörte der Ruden zu einem der ältesten Naturschutzgebiete Deutschlands, Peenemünder Haken, Struck und Ruden: 1904 wurde die Nordspitze der Insel durch einen Steinwall abgesichert und im Süden durch ein Rippengebilde aus Beton – sonst wäre die kleine Insel sicher von der Landkarte verschwunden
Foto: Rosenthal

ben. Eine an diesem Tage vom Prüfstand VII der Entwicklungs-, Schulungs- und Startrampe für A4-Raketen gestartete ballistische Rakete erreichte die Gipfelhöhe von 84,5 Kilometer und drang damit in den Grenzbereich zum Weltraum ein. Am 20. Juni 1945 erreichte eine Rakete sogar die Rekordhöhe von 174,6 Kilometer und überschritt damit erstmals die Kármán-Linie, die international festgelegte Grenze zum Weltraum. Allgemein gilt Peenemünde daher als „Wiege der Raumfahrt“.

Zudem war die Fernsehübertragung der Starts die weltweit erste Anwendung des industriellen Fernsehens. Nach dem Krieg bildete die Rakete A4 die Ausgangsbasis für die Weltraumforschung und Raumfahrt in den USA und in der Sowjetunion.

Der lediglich 2,2 Kilometer lange und 390 Meter breite, einer Düne ähnelnde Ruden, dessen größte Erhebung nur drei Meter über dem Meeresspiegel liegt, wurde im 17. und 18. Jahrhundert von den Dänen – zeitweise unberechtigt – und

Schweden als Zoll- und Lotsenstation genutzt. Nur auf der Passage durch die Peene konnten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts größere Schiffe von der Ostsee zur pommerischen Handelsmetropole Stettin gelangen.

Nach dem Bau des Swinemünder Hafens verringerten sich hier für die Schweden die Zolleinnahmen signifikant, denn die Schiffe der Stettiner Kaufleute nutzten nun die Swine als Zugang zur Ostsee. Von 1720 bis 1815 war die Peene der

Grenzfluss zwischen Preußen und Schwedisch-Vorpommern.

Man kann sich nur schwerlich vorstellen, dass im Jahr 1865 auf dem kleinen Eiland 38 Menschen wohnten, im Jahr 1904 waren es gar 88. Zu dieser Zeit gab es hier fünf Wohn-, zwei Fabrik- und zwölf Wirtschaftsgebäude sowie eine Schule.

Allerheiligenflut!

Es heißt, dass zwischen dem Ruden und der etwa acht Kilometer entfernten Rügenischen Halbinsel Mönchgut vorzeiten eine Landverbindung bestand. Folgt man der Stralsundischen Chronik des Johann Berckmann, wurde diese Verbindung durch die „Allerheiligenflut“ am 1. November 1304 zerstört. Auch andere Historiker berichten glaubhaft über die Sturmflut. Sie war entstanden, nachdem der tagelang anhaltende steife Westwind, der das Wasser in die mittlere und nördliche Ostsee gepumpt hatten, plötzlich auf Nordost umschlug. Sturmgepeitscht überflutete das aufgestaute Wasser die pommerische Küste, ein Ereignis das in Pommern Stoff für zahlreiche Sagen bot.

Die Seereise beginnt im Hafen Peenemünde und führt über den nördlichen Peenestrom, vorbei an der Nordspitze der Insel Usedom. Nach 45 Minuten Schifffahrt genießt man für eine Stunde Natur pur. Im Reiseprogramm ist eine Führung über die Insel durch die beiden Inselbewohner enthalten. Der alte Messturm informiert nicht nur in dem kleinen Museum über die Geschichte der kleinen Insel, sondern bietet von der Aussichtsplattform einen wunderbaren Blick über den Greifswalder Bodden bis zur Greifswalder Oie und auf die Ostsee.

● Info www.schifffahrt-apollo.de

THEOLOGE UND SCHRIFTSTELLER

„Sophien-Hermes“ schuf pionierhafte Bestseller

Seine ungewöhnlichen Werke erregten im 18. Jahrhunderte große Aufmerksamkeit

Johann Timotheus Hermes stammte aus Hinterpommern, machte als evangelischer Theologe in Niederschlesien Karriere und stieg in Breslau bis zum Professor, Superintendenten und Oberkonsistorialrat auf. Nebenbei erlangte er als bedeutender Prosaschriftsteller der Aufklärungszeit deutsche Bekanntheit.

Er orientierte sich dabei am englischen Gesellschaftsroman und schuf Bestseller des 18. Jahrhunderts, die als „kulturhistorisch-wertvolle Zeugnisse“ gelten und ihm den Ruf als „Sophien-Hermes“ und „deutscher Richardson“ eintrugen. Mit seinem Wirken, seiner Bedeutung und seiner Beziehung zur englischen Literatur beschäftigten sich nach seinem Tod vor 200 Jahren mehrere Dissertationen. Dazu gibt es bis heute Beiträge in verschiedenen Nachschlagewerken.

Der „Sophien-Hermes“ wurde am 31. Mai 1738 in Petznick geboren. Der Geburtsort liegt 15 Kilometer südöstlich von Stargard in Hinterpommern, war bis 1945 eine Landgemeinde im Landkreis Pyritz und fiel mit dem neuen Namen Piasecznik danach mit ganz Hinterpommern an Polen. Hermes gilt inzwischen als bedeutendste Persönlichkeit des Dorfes. Er war der Sohn des Dorfpfarrers, wurde schon früh auf eine Theologen-Laufbahn orientiert und studierte ab 1756 in Königsberg Theologie. Doch nebenbei wuchs sein In-

teresse für die Literatur. Dabei entwickelte der Mann aus Hinterpommern eine besondere Beziehung zur Aufklärung und zu den englischen Gesellschaftsromanen der heute als „Klassiker“ getenden Schriftsteller Lawrence Sterne, Henry Fielding und Samuel Richardson.

Hermes beendete sein Studium in Königsberg, fungierte anschließend als Lehrer an der Ritterakademie in Brandenburg



Johann Timotheus Hermes, Portraitstich von Daniel Chodowiecki, 1787

a.d. Havel, als Feldprediger und dann als Hofprediger in Anhalt. Von dort wechselte er als Pfarrer nach Pless im Oberschlesischen Hügelland nahe Kattowitz.

Pless war zunächst eine Befestigung der Piasten, dann ein Herzogtum und gelangte 1548 als Standesherrschaft in den Besitz des Breslauer Fürstbischofs Balthasar von Promnitz aus dem sächsischen Hochadel. Dessen Familie herrschte mit eigener aufgeklärter Hofhaltung bis 1765 über das Plessler Land.

Hermes wirkte in dieser Endphase als Hofpfarrer seiner toleranten Arbeitgeber mit vielen Freiräumen, die er für seine Schriftstellerei nutzte. Dabei entstand die „Geschichte der Miss Fanny Wilkes“, sein erster Erfolgsroman, der 1766 erschien. Das positive Echo beflügelte den Hobbyromancier. Er legte „Sophiens Reise von Memel nach Sachsen“ nach.

Dieses fünfbindige Werk behandelt fast pionierhaft für den damaligen deutschen Lesergeschmack das „Problem der freien Gattenwahl der Frau“. Die Zentralfigur Sophie steht zwischen zwei unterschiedlichen Männern, die analog zu den überlieferten Sittengesetzen die „züchtige Hingabe an den werbenden Mann abfordern“ und wegen dieser Haltung einen Korb bekommen.

Hermes betrat damit schriftstellerisches Neuland. Er berücksichtigte nur bürgerlichen Figuren, keinen Adel, schuf

wirklichkeitsnahe bürgerliche Milieuschildern und verarbeitete auch Zeiterlebnisse wie den Siebenjährigen Krieg. Damit entstand aus der Feder von Hermes ein ungewöhnlicher Gegenwartsroman mit ersten „Elementen des psychologischen Romans“, der ein Verkaufserfolg wurde und in andere Sprachen übersetzt wurde. Hermes wurde berühmt, 1771 nach Breslau an das renommierte Magdalenenäum als Professor berufen und zog in der Folge in Niederschlesien seine Kreise. Er lehrte am Magdalenenäum, übernahm die Pfarrstellen an der Magdalenen- und Elisabethkirche in Breslau, fungierte als Propst in der Breslauer Neustadt und wurde 1808 zum Superintendenten erhoben. Der Aufstieg ging danach weiter.

Parallel verfasste er sporadisch weitere Prosa, die aber an den Erfolg seines „Sophien“-Roman in einem Sonderband. Die Vertonung übernahm der Komponist Johann Adam Hiller. Dem Beispiel Hillers folgten danach auch andere Komponisten wie Maria Theresia von Paradis und Wolfgang Amadeus Mozart.

Doch zum breiten Lob für „Sophien-Hermes“ kam auch Kritik und etwas Spott. Und das ausgerechnet von den Weimarer Dichturfürsten Johann Wolfgang von Goethe und Friedrich Schiller,

die sich in ihren „Xenien“ an der „Empfindsamkeit“ des Frauenverstehers rieben. Bis zu seinem Tod am 24. Juli 1821 in Breslau litt Hermes unter diesem Kollegenpott.

Martin Stolzenau



● Info Als hochwertiger Nachdruck der Originalausgabe von 1778 erhältlich, erschienen bei Hansebooks

„Wie kann Politik nur so instinktlos sein?“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„So sieht für mich unabhängiger Journalismus aus.“

Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Thema: Lob des Zweifels (Nr. 27)



Ausgabe Nr. 27

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

NEUE ART DES KALTEN KRIEGS ZU: GEOPOLITISCHE SCHICKSALS- TAGE (NR. 27)

Es ist nach Fristablauf immer heilsam, wenn man (wie der gute Kaufmann) zur Wertermittlung seines Vermögens eine Bilanz erstellt. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR sind dreißig Jahre nahezu ungenutzt vergangen, um vormals sowjetischen Ländern die Integration in unsere europäische Politikfamilie schmackhaft zu machen. Im Gegenteil, wir ertappen uns heute dabei, dass wir schon fast wieder ähnliche Begriffe („westliche Wertegemeinschaft“) verwenden, die einst im „Kalten Krieg“ benutzt wurden, nur mit dem Unterschied, dass wir uns heute nicht in einem „kalten“, sondern in einem „heißen Krieg“ befinden, über dessen Temperaturen wir derzeit noch nicht abschließend berichten können.

In Russland wird politisch wie strategisch kein Ziel des einstigen „kalten Krieges“ verfolgt, sondern man sieht die Notwendigkeit, sich das nach dreißig Jahren totgelaufene Modell der Globalisierung wehrhaft vom Hals zu halten und auch nicht unmittelbar an seinen Grenzen zu dulden.

Immer mehr Länder auf dieser Welt erkennen, worin die Anhängigkeiten von Krediten der westlichen Hemisphäre führen und fürchten die Versklavung und Enteignung. Galt noch vor Jahren der Grundsatz „Wandel durch Handel“, so ist jetzt auch der Handel durch Ausbringung von Boykottmaßnahmen zu einer Form des kalten Krieges mutiert.

Ein Europa der Vaterländer unter Einbeziehung des russischen Volkes ist als Chance vertan worden, hier sind ganz bestimmt Hochmut und Halbherzigkeit als Triebfeder auszumachen. Dabei hätte gerade Russland kooperative Hilfe bei der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft ohne Einmischung in die inneren Angelegenheiten dringend gebrauchen können. Stattdessen befinden wir uns nun wieder im Kräftemessen zwischen den altbekannten Blöcken. Welchen Vorteil erreichen wir, wenn Finnland und Schwe-

den beitreten und die Ostsee so zu einem NATO-Gewässer machen? Deutet ein solcher Schritt in Richtung Frieden oder bedeutet er Konfrontation? Wie kann Politik nur so instinktlos sein?

Die weltweit wirtschaftlichen Erfordernisse erzwingen die Notwendigkeit, alle Nationen in einer Menschheitsfamilie mit einer pluralen Mächteordnung zu integrieren, eine andere Überlebensform besteht auf Dauer nicht. Das setzt eine unvoreingenommene Politik voraus, die nicht vom Willen getrieben ist, ruinös für die Gegenseite aufzutreten und das Heil in milliardenschweren Rüstungsprogrammen zu suchen. Strategien zur Problemlösung sollten immer von dem Willen getragen sein, für alle Seiten ein tragbares Konzept bereit zu halten.

Da wir uns also schon nicht gegenseitig besiegen können, sollten wir uns darauf besinnen, wie wir Probleme, die uns auf den Nägeln brennen, zum Wohle aller lösen. Keine Panzer, nicht einmal die der Schildkröten, lassen sich essen.

Rudolf Neumann, Ahrensburg

HUND UND HASE

ZU: „JA, HINTERHER ...“ (NR. 26)

Erst bringt uns die „Ampel“ in diese prekäre Lage, dass sie quasi in einer tollendresten Nacht- und Nebelaktion den Gashahn von deutscher Seite aus selbstständig zugedreht, um sich dann zu beklagen, dass kein Gas mehr aus Russland bei uns abkommt. Wer das ausbaden muss, ist doch klar wie Kloßbrühe – wir die Bürger hier im Lande, die einst so dumm waren, diese „Ampel“ in Amt und Würden zu wählen.

Ja, mit dieser „Wenn der Hund nicht geschissen hätte, hätte er den Hasen gekriegt-Politik“, da lässt sich einfach noch viel zu viel Staat im Staate machen. Eine Hollywood-Schauspielerin sagte da einst: „Wenn ich immer alle Regeln befolgt hätte, hätte ich es nie zu etwas gebracht.“

Damals hatte die Monroe mit diesem Spruch zweifelsohne nicht ganz unrecht, doch deren Weisheit schert diesen jetzi-

gen Ampel-Spezial-Trupp heutzutage jedoch nicht die Bohne.

Riggi Schwarz, Büchenbach

DER SINN VON MÜCKENSTICHEN

ZU: NOTFALLS MIT GEWALT
(NR. 24)

Seit den über zehn Jahren, die ich in Süddeutschland lebe, habe ich keine Mücke mehr gesehen oder bin gar von einer solchen gestochen worden. Allerdings gibt es jedes Jahr über das Radio Informationen über das Drohen einer Mückenplage und die Ankündigung von entsprechenden vorbeugenden Maßnahmen, wie dem Einsatz von größeren Mengen von Chemikalien, auch in Pfützen.

Abgesehen vom Tod anderer Kleinlebewesen und Insekten, den man billigend in Kauf nimmt, verlieren die Vögel dadurch einen Teil ihrer Ernährungsgrundlage und zum anderen trinken sie dann aus den vergifteten Pfützen. Aber vielleicht ist das auch so gewünscht, denn es kann nicht alles, was in ähnlicher Weise geschieht, blinder Eifer sein. Denn Vögel stören nur, wenn man vorhat, zum Transport von Post oder aus wirtschaftlichen Gründen Drohnen durch die Luft sausen zu lassen. Schließlich wurden schon einige Arten der freilebenden Waldbiene durch das Abholzen von blühenden Gewächsen, wie Brombeer, Himbeer und Holunder in ganz Deutschland zum Nutzen der Imkerei ausgerottet. Aber da in der Natur alles seinen Sinn hat, kann man davon ausgehen, dass Mückenstiche ebenfalls einen haben. Vielleicht schützen sie sogar vor Dummheit. Wer weiß das schon?

Karin Johansen, Eisingen

EIN NEUES „GOLDENES KALB“?

ZU: GRÖSSTER KUNSTFEHLER
ALLER ZEITEN (NR. 25)

Diese Zwischenbilanz braucht fortlaufende Erweiterung. Bei einem „gigantischen Medizin-Skandal“ wird es nicht bleiben. Die Politik, die Pharmaindustrie, höchste

Wirtschaftsunternehmen, vermeintliche Virologen und Epidemiologen und die Staatsmedien nutzten die sogenannte Corona-Pandemie, um unsere Grundrechte auszuhebeln.

Es herrscht Unfrieden im Lande, nicht nur wegen Corona, sondern auch durch Corona. Familien und Freundschaften sind dadurch gespalten. Wir sollen einander uneins sein. Maskenhersteller, Testproduktion und Pharmaindustrie erzielen gigantische Gewinne. Wer da alles mitverdient, ist ein eigenes Thema. Einschließlich der Impfpfärzte sind sie alle einer Haftung entbunden. Für Impfschäden wird niemand zur Verantwortung gezogen.

Eine neue Religion ist geschaffen worden. Corona ist das Goldene Kalb des 21. Jahrhunderts. Es ist eine Verhöhnung Gottes. Selbst die Kirchen verneigen sich davor, mit Ausnahme weniger Pfarrer. Künstliche Intelligenz und der Neue Mensch – das soll unsere Zukunft sein? Eine Bilanz besteht immer aus Aktiva und Passiva, wir sehen zurzeit nur die Passiva. Wie soll die Schlussbilanz ausfallen und wie lange wird sie noch brauchen, um uns vorzuliegen?

Zurzeit leben einige sehr gut von dem „Goldenen Kalb“, aber wir behalten die Zuversicht und Überzeugung, dass es nicht so bleiben wird. Gerechtigkeit hat am Ende immer gesiegt, das hat uns die Geschichte gelehrt.

Hans-Ulrich Kaßner, Bautzen

EIN ENTSCHEIDENER KAMPF

ZU: KULTURKAMPF (NR. 24)

Wieso wurde hinter dem Kolumnen-Titel „Kulturkampf“ nicht ein Fragezeichen gesetzt? In Deutschland haben längst sämtliche Kulturen der Welt – gemäß den jahrzehntelangen multikulturellen Forderungen grün-linker Ideologen – die Oberhand gewonnen. Somit dürfte es kaum noch einen Kampf um die Reste einer verbliebenen deutschen Kultur oder einer Kulturturnation geben. Insofern ist der „Kulturkampf“ wohl längst entschieden worden.

Manfred Kristen, Freital

ANZEIGE

Blackout-Alarm in Deutschland Regierung rät zu Notstromaggregaten

»Deutschland bereitet sich auf einen Blackout vor«, schreibt am Wochenende Bild.

»CSU-Gesundheitsexperte Stephan Pilsinger (35) fragte im Wirtschaftsministerium von Robert Habeck (52, Grüne) nach Notfall-Plänen.

Das Habeck-Ministerium empfiehlt die Ausstattung mit Notstrom-Aggregaten, insbesondere für Betreiber von kritischer Infrastruktur. Überbrückungszeit: 72 Stunden.

Pilsinger ist entsetzt: »Dass die Regierung die Anschaffung von Notstrom-Aggregaten empfiehlt, ist ein Offenbarungseid.«

Was bislang als krude Verschwörungstheorie galt, wird zur Realität und ist im Mainstream angekommen.

Tragbares Notstromaggregat

zur Stromversorgung bei Stromausfällen

Ihre besonderen Vorteile: • sehr effiziente Stromerzeugung • nur 20 kg leicht und sehr mobil • kompaktes und robustes Gehäuse • leise • einfach in der Bedienung • sparsam durch ECO-Modus • geschützt gegen Überlastung • geschützt gegen Öl-Niedrigstand

Der Hyundai-Stromgenerator HY2000Si D ist ausgestattet mit einer fortschrittlichen Hyundai-Inverter-Technologie. Der hochwertige Strom ohne Spannungs- und Frequenzschwankungen kann ohne Bedenken zum Betreiben von sensibler Elektronik wie TV, HiFi oder Notebook eingesetzt werden. Auch elektrische

Geräte wie Leuchten, Mikrowelle, Kühlschrank oder Kochherd können problemlos damit betrieben werden. Dank der leichten Bauweise wiegt der Generator trotz großer Leistung nur 20 Kilogramm. Durch seine kompakte Bauweise kann er sehr einfach transportiert werden.

Mit dem Hyundai-Stromgenerator HY2000Si D haben Sie einen zuverlässigen Begleiter, der Ihnen günstigen Strom genau dorthin liefert, wo Sie ihn gerade brauchen.

Das Gerät ist für den Dauerbetrieb geeignet.



Hyundai-Stromgenerator HY2000Si D

Best.-Nr. 133 284 • 599,- €

Dieser Artikel darf nur nach Deutschland, Österreich und in die Schweiz versendet werden.

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

GESANG

Die Prignitz im Opernfieber

Mit der „Lotte Lehmann Woche“ erinnert Perleberg an die berühmte Opernsängerin, die dort geboren ist

VON SILVIA FRIEDRICH

Es hätte ihr mit Sicherheit sehr gefallen. Die Opernsängerin Lotte Lehmann lebte für die Musik, und ihre alte Heimat Perleberg in Brandenburg in einem musikalischen Rausch zu erleben, wäre sicher die Erfüllung eines Traumes gewesen. 1998 hat man ihr künstlerisches Erbe weitergeführt, indem die Stadt Perleberg eine Gesangswoche für jedermann ins Leben rief: die „Lotte Lehmann Woche“.

Nach großem Erfolg dieser Einrichtung, erwuchs daraus 2009 die „Lotte Lehmann Akademie“, eine Sommerakademie für junge hochbegabte Opernprofis, die hier durch fundierte Ausbilder einen ganz besonderen Schliff für ihre weitere Karriere bekommen sollen. Seit 2012 mit eigenem Akademiegebäude Am Großen Markt 12 angesiedelt, tummeln sich hier nun nicht mehr nur Gesangstalente aus der Region, sondern mittlerweile sogar aus den USA und Asien. Viele von ihnen haben mittlerweile Engagements an den großen Bühnen im In- und Ausland gefunden.

Im Rahmen der „Lotte Lehmann Woche“ finden auch Sommerkurse für jedermann statt, also für Laien, die den Wunsch verspüren, einmal vor Publikum aufzutreten. Bis in den August hinein finden zudem in und um Perleberg zahlreiche Opern- und Liederabende statt.

Charlotte Lehmann wurde am 27. Februar 1888 in Perleberg geboren und besuchte hier auch die Schule. Als sie 1902 mit ihren Eltern und ihrem Bruder nach Berlin umzog, trat sie in die königliche akademische Hochschule für Musik ein. Dank eines Stipendiums konnte sie hier ihre Gesangsausbildung beginnen.

Bereits 1909/10 durfte sie sich über ein Engagement am Hamburger Stadttheater freuen und blieb dort bis 1916. Kein geringerer als der Komponist Richard Strauss wurde während eines Gastspiels in der Hansestadt auf sie aufmerksam und ermutigte sie, nach Wien zu kommen, wo sie ab 1914 auftrat und 1916 sogar ein Engagement erhielt. Auch die Salzburger Festspiele bereicherte sie durch ihre



Steinerner Ritter: Der Roland wacht über Lotte Lehmanns Geburtsstadt Perleberg

Kunst. In den 1920er Jahren gab sie viele Gastspiele, unter anderem in Prag, London, Chicago und weiteren Wirkungsstätten, sogar Südamerika und Australien waren dabei.

Häufig ist zu lesen, dass Lehmann eine Begegnung mit Größen des Nationalsozialismus wie Hermann Göring hatte, der ihr eine große Karriere versprach, wenn sie sich gewissen Forderungen beugte. So sollte sie sich von ihrem Ehemann Otto Krause, der jüdischer Abstammung war, trennen und nur noch innerhalb Deutsch-

lands singen. Lehmann hat diesen Bedingungen nicht Folge geleistet. Die Künstlerin trat nach 1933 nicht mehr in Deutschland auf und verließ mit ihrem Mann im Jahr 1938 Österreich in Richtung USA, wo ihr Mann bereits ein Jahr später verstarb. Hier arbeitete sie an der Metropolitan Opera in New York und wurde 1945 US-amerikanische Staatsbürgerin.

Noch in dem Jahr zog sie sich zurück, gab noch Liederabende und war bis zu ihrem Ableben als Gesangslehrerin tätig. Die Sängerin war Mitbegründerin der

„Music Academy of the West“ in Santa Barbara, in der große Künstlerinnen, wie Grace Bumbry ausgebildet wurden. Lehmann verstarb am 26. August 1976 im kalifornischen Santa Barbara. Ihre letzte Ruhe fand sie jedoch auf dem Wiener Zentralfriedhof.

Lehmann war eine herausragende Künstlerpersönlichkeit, eine Sopranistin mit breitem Repertoire und einer italienischen Stimme, wie sie nur selten zu vernehmen ist. Das Stadtmuseum ihrer Geburtsstadt beherbergt inzwischen einen Teil des Nachlasses der weltberühmten Sängerin, darunter Dokumente und Archivalien zur Karriere. Alles das ist nach Anmeldung zu besichtigen.

Die Kurse für die Gesangswoche und die Akademie finden jährlich im Juli und August statt. Beliebt sind auch die an verschiedenen Orten in der Prignitz stattfindenden Konzerte der Teilnehmer. Im Rahmen der Jubiläumswoche zum 25-jährigen Bestehen der Gesangswoche wird das Museum der Stadt auch Gastgeber für ein Hofkonzert sein. Am selben Tag, dem 29. Juli, gibt es ein Lotte-Lehmann-Jubiläumfest in Perleberg.

• Karten und Informationen bei der Stadtinformation Perleberg Telefon: (03876) 781522, Internet: www.lottelehmann-perleberg.de



Von Lehmann signierte Autogrammkarte

NATURSCHUTZ

Kein gutes Klima für die Umwelt

Aus Protest gegen das verschärfte Gesetz zur Förderung der Erneuerbaren Energien ist der Grünen-Vorsitzende im Kreis Schleswig-Flensburg, Rainer Borchering, von seinem Amt zurückgetreten. Pikanterweise vertrat der Diplom-Biologe, Buchautor und Naturliebhaber Borchering den Wahlkreis von Bundeswirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck.

Borchering's Rücktritt am 7. Juli erfolgte unmittelbar nach Verabschiedung des Gesetzespakets im Bundestag. Gegenüber der Deutschen Presse-Agentur erklärte er, dass die neuen Windkraftgesetze in ihrer Wirkung auf die Artenvielfalt unerträglich seien. Auch streng geschützte kapitale Vögel wie Großtrappe und Schwarzstorch würden im neuen Gesetz ignoriert. Jetzt gebe es keine Partei mehr, die sich für den Natur- und Umweltschutz einsetze. Seinem Eindruck nach war der Naturschutz aber noch nie Habecks Herzenssache. Er wolle ihn daher nicht länger unterstützen.

Dabei fällt auf: Von den weniger spektakulären schützenswerten Arten, Vögel, Insekten und Fledermäuse, die ausnahmslos zum Schreddern freigegeben sind, ist keine Rede mehr. Schon gar nicht bei grünen Amtsträgern und NABU-Funktionären, vielleicht, um nicht als „Windkraft-Kritiker“ auf- und bei der nächsten Wahl durchzufallen. Der NABU wies allerdings darauf hin, dass der Koalitionsvertrag gebrochen wurde, wonach der Ausbau der Erneuerbaren Energien ohne Verzicht auf ökologische Standards vorangetrieben werden soll.

Selbstredend bejubelte die hochsubventionierte Windbranche die intensivierte Zusammenarbeit mit der Regierung: „Es ist ein historisches Aufbruchssignal für den Klimaschutz und den Industriestandort Deutschland. Parallel erweitern wir unseren Instrumentenkasten und wappnen uns so für eine weitere Zuspitzung der Lage auf den Energiemärkten“, ließ Habeck wissen. Willkommen im Zeitalter der Technokraten. *D. Jestrzowski*

INDIGENE VÖLKER

Betreten nur auf eigene Gefahr

Auf manchen Inseln im Indischen Ozean leben einige Völker auf Steinzeitniveau – Fremde Gäste sind unerwünscht

North Sentinel Island ist die westlichste Insel der zu Indien gehörenden Andamanen und Nikobaren. Und einer der gefährlichsten Plätze der Welt. Denn jeder, der hier an Land geht, riskiert den sofortigen Tod. Zuletzt traf es den US-amerikanischen Missionar John Allen Chau. Der wollte den Inselbewohnern das Evangelium verkünden und wurde bei seinem dritten diesbezüglichen Versuch am 17. November 2018 getötet. Chau's Leiche liegt noch immer auf dem knapp 60 Quadratkilometer großen Eiland – und die Täter blieben bis heute unbehelligt.

Dies resultiert aus dem Umstand, dass die indische Regierung 1990 einen Master-Plan zum Schutz der damals noch auf Steinzeitniveau lebenden Sentinelesen verabschiedet hatte, in dem es heißt, die selbigen würden „das Wohlbefinden der modernen Zivilisation nicht brauchen ... Wenn sie überhaupt etwas brauchen, dann ist es Nicht-Einmischung.“

Dem folgte 1996 das förmliche Verbot, North Sentinel Island zu betreten, was

selbst für das indische Militär oder Wissenschaftler gilt. Seitdem ist die Insel absolutes Sperrgebiet beziehungsweise „Re-

serviertes Stammesgebiet“ einer „Registrierten Stammesgemeinschaft“, welche zudem noch als „Besonders gefährdete

Stammesgruppe“ eingestuft wurde. Das gibt den Sentinelesen unter anderem das uneingeschränkte Recht, sich mit Gewalt gegen jeglichen Versuch der Kontaktaufnahme zu wehren.

Dass die derzeit geschätzt 100 Bewohner von North Sentinel Island Fremden in aller Regel extrem feindlich gegenüberstehen, geht wahrscheinlich auf das Jahr 1879 zurück. Damals unternahm der britische Verwalter der Andamanen, Maurice Vidal Portman, eine Expedition auf die Insel, in deren Verlauf er sechs Sentinelesen nach Port Blair auf South Andaman Island verschleppen ließ. Zwei starben im Verlauf der Aktion, und die restlichen vier brachten bei ihrer Rückkehr mehrere Infektionskrankheiten mit, die den Stamm erheblich dezimierten.

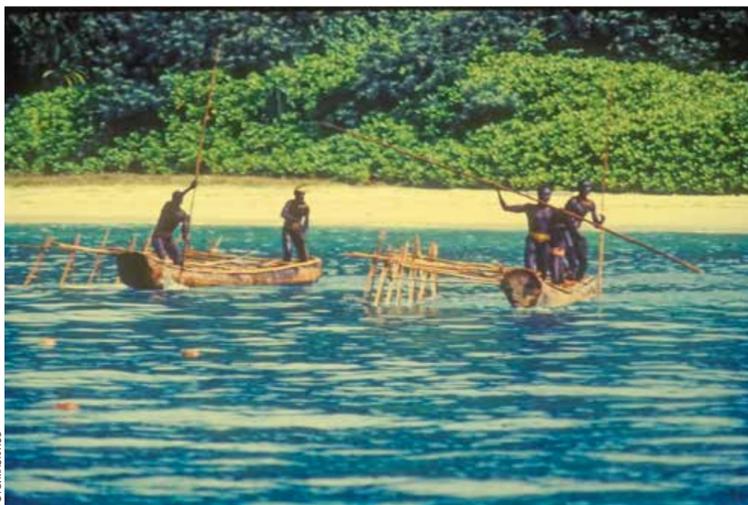
Das Immunsystem der Ureinwohner konnte den unbekanntem Erregern nichts entgegenzusetzen, was sich daraus erklärt, dass ihre Vorfahren bereits vor 100.000 Jahren aus Afrika auf die Andamanen gekommen waren und seither in völliger

Isolation gelebt hatten. Letzteres führte im Übrigen auch zu einer starken genetischen Verarmung sowie zum Entstehen diverser rezessiver Erbkrankheiten.

Andere urchtümliche Völker auf den Andamanen und Nikobaren wie die Bo behielten sich weniger abweisend und sind dadurch inzwischen nun ausgestorben. Oder stehen zumindest kurz davor. Das betrifft unter anderem die Shompen, Bea, Jeru, Khora, Pucikwar, Jawara und Onge. Inwieweit die Sentinelesen von ihrer durch Hubschrauber und Patrouillenboote der indischen Marine geschützten Abgeschiedenheit profitieren und eine Überlebenschance besitzen, wird die Zukunft zeigen.

Auf jeden Fall haben sie inzwischen waffentechnisch den Sprung aus der Stein- in die Eisenzeit geschafft. Denn ihre Pfeile tragen neuerdings Spitzen, welche recht kunstfertig aus dem Metall von Schiffswracks vor North Sentinel Island gefertigt wurden.

Wolfgang Kaufmann



„Kriegsmarine“ der Sentinelesen: Den Ureinwohnern sollte man nicht zu nahe kommen

● FÜR SIE GELESEN

Ein wichtiges
Zeitzeugnis

Der pensionierte Gymnasiallehrer Siegfried Burghardt erzählt in seinem Buch „Die Masurin Caroline“ die Lebensgeschichte seiner Großmutter, die, in der Kaiserzeit in einem Dorf in der Nähe von Neidenburg geboren, drei Regierungsformen miterlebt hat, die einschneidenden Einfluss auf das Leben der Familie haben sollten.

Ein großer Teil der Erzählung ist ihrer Jugend in einer typischen masurischen Bauernfamilie gewidmet. Der Leser erfährt viel über das oft beschwerliche Landleben. Feste und Gebräuche werden ebenso erläutert wie masurische Ausdrücke. Versuche der deutschen Regierung, die masurische Sprache auszumerzen, gelangen nicht.

Caroline, die bildungshungrig war, hätte ihr Bauernleben gerne gegen ein anderes Leben in der Stadt getauscht, doch als Mädchen blieb ihr der Weg verwehrt. Sie trotzt sie an der Seite ihres Mannes den Unbilden der Zeit. Sie stirbt 1945 auf der Flucht. MRK

Siegfried Burghardt: „Die Masurin Caroline. Landleben unter Kaiser, Kanzlern und Kriegstreibern“, Medu Verlag, Dreieich 2021, kartoniert, 236 Seiten, 12,95 Euro



BILDBAND DER WOCHE



Land der Horizonte

Ob Nord- oder Ostsee, die nordfriesischen Inseln, die Ostseeinsel Fehmarn (im Bild) oder die Schlei sowie berühmte Städte wie Lübeck, Kiel und Flensburg – Schleswig-Holstein hat sowohl für Natur- als auch für Kulturliebhaber viel zu bieten

FOTO: SHUTTERSTOCK

Faszinierende Bilder, teils in Großaufnahme, zeigt der neue Bildband „Schleswig-Holstein. So schön ist unser Land“. Die reizvollen Gegenden des „Lands zwischen den Meeren“ haben viele Menschen verzaubert. Davon zeugen die vorangestellten literarischen Texte von Arno Surminski, Theodor Storm, Thomas Mann und Günter Kunert, die sich mit der Region, ihrer Schönheit und ihrer Geschichte auseinandersetzen.

In Surminskis „Reise durch ein sonderbares Land“ beschreibt der aus Ostpreußen stammende Schriftsteller eine Tour mit seinem Enkel entlang der Küsten und Städte des nördlichsten Bundeslandes. In seinem Text ist auch die Rolle der Flüchtlinge thematisiert, die am Ende des Zweiten Weltkriegs in Schleswig-Holstein ankamen und die die Nachkriegsgeschichte der Region mitgeprägt haben. Manuela Rosenthal-Kappi



„Schleswig-Holstein. So schön ist unser Land. Mit einer Einführung von Arno Surminski“, Ellert & Richter Verlag, Hamburg 2022, gebunden, 304 Seiten, 29,95 Euro

ZEITGESCHICHTE

Die Zwischenkriegszeit in polnischen Quellen

Der in der DDR sozialisierte Historiker Holger Michael schildert die prägenden Ereignisse für die Zweite Polnische Republik

VON KARLHEINZ LAU

Holger Michael ist in der DDR geboren, dort aufgewachsen und im Sinne des sozialistischen Systems erzogen und politisiert worden. Das prägt bis heute seine politische Position – so die eigenen Angaben im Vorwort des Buches „Zwischen den Kriegen. Polens Außenpolitik 1919–1939“. In seiner Arbeit benutzt er überwiegend polnische Quellen, die für einen deutschen Leser in der Regel kaum erreichbar und mangels sprachlicher Kenntnisse auch nicht zu verstehen sind. Sein Leben ist eng mit der Republik Polen verbunden: Er studierte in Warschau und Breslau, war Polenspezialist an der Akademie der Wissenschaften der DDR, ist Deutschlehrer in Polen und Polnischlehrer in Deutschland.

In 15 Kapiteln wird die Außenpolitik der Zweiten Polnischen Republik von 1919 bis 1939, also zwischen den beiden Weltkriegen, behandelt. Der Autor beginnt allerdings nicht mit dem Jahr 1919, als die 123 Jahre währende Teilung Polens (Königreich Preußen, zaristisches Russland und die Habsburger Monarchie) durch die Niederlage des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns beendet wurde. Polen wurde ein selbstständiger Staat. Dieses Ereignis wird erst im siebten Kapitel „Polen in den neuen Grenzen“ behandelt.

Der 11. November ist bis heute nationaler Feiertag für die Polen. Michael behandelt die Vorgeschichte, die bis zu den Teilungen 1792, 1793 und 1795 zurückreicht. Es ist überwiegend eine innerpolnische Geschichte des 19. Jahrhunderts in den drei sich unterschiedlich entwickelnden Teilungsgebieten. Die vielfältigen politischen, gesellschaftlichen, wirt-

schaftlichen, geistigen sowie religiösen Strömungen vermitteln das Bild eines zerrissenen Volkes, das sich mit der Teilung und Besetzung durch fremde Mächte nicht abfinden will.

Dabei spielen naturgemäß die Nachbarvölker eine Rolle. Das Verhältnis zum westlichen Nachbarn Preußen-Deutschland ist seit den Kreuzrittern und der Ostkolonisation beziehungsweise Ostsiedlung von fast ewiger Feindschaft und ewigem Misstrauen geprägt. Das wirkt sich unterschwellig bis in unsere Gegenwart aus. Diese emotionale Distanz konnte trotz positiver Entwicklungen der Infrastruktur im preußischen Teilungsgebiet nicht überwunden werden.

Von Feindschaft geprägt

Ein weiterer neuralgischer Punkt war Litauen, wo um Wilna bis heute eine starke polnische Minderheit lebt. Die Nachbarn Weißrussland sowie das Zarenreich wurden als gefährliche Feinde einer polnischen Unabhängigkeit eingeschätzt. Ambivalent war auch das Verhältnis zur Ukraine. Schlüsselereignisse waren dann die Niederlagen Deutschlands und der Habsburger Monarchie sowie die russische Oktoberrevolution 1917. Das revolutionäre Russland verkündete die Selbstständigkeit der unter der Zarenherrschaft unterworfenen Völker. Dazu zählte auch die Ukraine, deren Ostteil russisch zugewandt, der Westteil hingegen antirussisch und protestantisch eingestellt war. Dies gilt bekanntlich bis heute.

In den Jahren nach 1917 traten die selbstständigen Völker freiwillig der kommunistischen Sowjetunion bei, und damit wurde für das selbstständige Polen die außenpolitische Konstellation klar. Im Osten die Sowjetunion, im Westen das

besiegte Deutsche Reich, das heißt, Polen zwischen den Großmächten. Das musste für die Existenz des Staates eine bedrohliche Situation sein, auch in Erinnerung an die Teilungen.

Diese geopolitische Lage bestimmte die polnische Außenpolitik bis zum 1. September 1939. Dabei müssen innenpolitisch drei Faktoren berücksichtigt werden, die durchaus auch außenpolitische Bedeutung bekamen. Das wiedererstandene Polen war ein Vielvölkerstaat. Die stärksten Minderheiten waren Ukrainer mit 14,3 Prozent und Juden mit 7,8 Prozent. Diese wurden nicht als Glaubensgemeinschaft gesehen, sondern als Nation. Der Anteil der Deutschen betrug 3,9 Prozent. Zumindest bei Ukrainern und Deutschen gab es politischen Zündstoff.

Ein zweiter Faktor war die katholische Kirche, die nicht nur während der Teilungszeit, in der Zwischenkriegszeit 1919 und 1939, während der NS-Besetzung und der Zeit des Kommunismus entscheidender Träger eines polnischen Nationalgefühls war. Auch heute gilt das Land als feste katholische Bastion. Ein drittes Feld war das Zusammenführen der drei unterschiedlich entwickelten ehemaligen Teilungsgebiete.

Michael schildert die für den souveränen Staat Polen wichtigsten außenpolitischen Ereignisse, die stets durch die geopolitische Lage zwischen Deutschland und Russland bestimmt werden. Die von Deutschland nicht anerkannte deutsch-polnische Grenze, Danzig, der Korridor nach Ostpreußen, die Landverluste in der Region Posen und der Industriebezirk Oberschlesien waren eine schwere Hypothek für die Zwischenkriegszeit. Der Rapallo-Vertrag 1922 zwischen Deutschland und Sowjetrußland erhöhte die polni-

sehen Befürchtungen einer Bedrohung. Diese wurde verstärkt durch den Beitritt der ukrainischen und der belarussischen Sowjetrepubliken zur Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken 1922/23.

Verteidigung der Souveränität

Der Autor beschreibt die 30er Jahre als das stete Bemühen der polnischen Außenpolitik, sich aus der Umklammerung durch Deutschland und der Sowjetunion zu lösen. Es waren Bemühungen um Bündnisverträge mit Frankreich oder Großbritannien, aber auch mit dem östlichen Nachbarn. Entscheidender Politiker auf polnischer Seite war Marschall Pilsudski, dessen Linie auch nach seinem Tod verfolgt wurde.

Eckdaten waren der deutsch-polnische Vertrag von 1934, das Problem der Tschechoslowakei rund um das Münchener Abkommen, das die wahren Ziele der hitlerischen Außenpolitik zeigte. Fast folgerichtig wurden Danzig und die Forderung eines Korridors zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen auf die Tagesordnung gesetzt. Der Versuch der polnischen Politik, ein Bündnis zwischen der Sowjetunion und den Westmächten zum Schutz Polens zu schaffen, scheiterte am Widerstand Warschaws, für sowjetische Truppen ein Durchmarschrecht durch Polen zu verlangen. Damit war eine Entscheidung für einen Angriff Deutschlands auf den östlichen Nachbarn gefallen. Es folgte der Hitler-Stalin-Pakt 1939.

Ohne Zweifel muss anerkannt werden, dass Michael mit Gründlichkeit und Fleiß das gesamte Spektrum der polnischen Außenpolitik unter Auswertung polnischer Quellen beschreibt. Aus Sicht eines deutschen Lesers ist das zu einseitig. Zu dem Thema gibt es in Deutschland

eine große Zahl qualifizierter Fachleute. Der verhältnismäßig lange Vorlauf zum Jahr 1919 ist wichtig und nützlich, weil er zeigt, wie die innergesellschaftlichen Strömungen aus der Teilungszeit in die neue Souveränität hineinwirken.

Eine Aussage darüber, welchen Stellenwert die Arbeit von Michael in der aktuellen polnischen wissenschaftlichen Diskussion über das Thema hat, kann nicht gemacht werden. Die Frage bleibt, welche neuen Erkenntnisse die Arbeit vornehmlich für Leser in Deutschland bringt. Sie bringt keine neuen Tatsachen, zeigt aber die Tendenz ihrer Interpretation durch den Autor.

Hier muss Marschall Pilsudski genannt werden. Er zeigte sich wiederholt als Freund der Sowjetunion und ihres politischen Systems. Die Hauptverantwortung am Ausbruch des Krieges sah er bei den Westmächten. Folgendes Zitat zeigt seine Haltung: „Polen war somit der erste Staat, der vor dem neuen Weltkrieg den Nazis Paroli bot und sich nicht auf unwürdige Verhandlungen und Kompromisse einließ.“ Leider wird der Wert der gesamten Arbeit eingeschränkt durch die Tatsache, dass keine Karten die Ausführungen begleiten. Gerade bei diesem Thema bietet sich das geradezu an. Gleiches gilt für das Fehlen einer Zeittafel.



Holger Michael: „Zwischen den Kriegen. Polens Außenpolitik 1919–1939“, Verlag edition ost, Berlin 2022, gebunden, 416 Seiten, 30 Euro

MASUREN

Nervosität an der innerostpreußischen Grenze

Eine brenzlige Situation in den masurischen Wäldern – Nach zwei Stunden Arretierung werden die Ausflügler freigelassen

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Raudischken/Angerburg. Von Frühjahr bis Herbst zieht seit über 20 Jahren das kleine polnisch-deutsche Kreuzfahrtschiff „Classic Lady“ seine Runden über die masurische Seenplatte.

Vom zeitweiligen Liegeplatz in Wilkassen südlich von Lötzen am Löwentin See braucht man gut zwei Stunden mit einem der bordeigenen Fahrräder für 42 Kilometer, um nach Rudziszki zu kommen, ein ehemaliges Rittergut im südlichen Ostpreußen. Das Anwesen gehörte einst der Familie von Schlieben, hieß bis 1938 Raudischken, wurde dann „entslawisiert“ und in Raudingen umbenannt.

Warum aber, so wird man fragen, sollte man sich in diesen äußersten Zipfel der Republik begeben?

Wie vom Veranstalter der beliebten Rad-Schiff-Reisen, DNV-Touristik in Kornwestheim, zu erfahren war, hatten eine Reihe von Gästen „aus Angst vor einer russischen Invasion“ storniert. Man könne schließlich nicht in einer Region entspannen, an deren unmittelbarer Grenze Raketen stationiert seien, deren bloße Gegenwart ein Bedrohungspotential darstellen, das unbeschwertes Urlauben unmöglich mache. Am Rande bemerkt: Wir haben während unserer Touren im Juni nicht eine Militärbewegung beobachten können – weder von Polen noch Amerikanern.

Wir wollten uns jetzt allerdings ein Bild machen von der tatsächlichen Lage im Grenzgebiet. Dies sei berufsbedingter journalistischer Neugier geschuldet, rechtfertigten wir unseren anstehenden Ausflug.

Im Niemandsland beobachtet

Aufgrund der unsicheren Wetterlage wird entschlossen, per Pkw über die alte Kreisstadt Angerburg [Wegorzewo] der Landstraße 63 zu folgen. Nach 14 Kilometern taucht am Straßenrand ein Schild auf, das uns zum Halten bringt: rund, rot umrandetes weißes Feld mit einem Fußgänger



EU-Außengrenze: Mitten im Wald verhindert ein Schlagbaum die Weiterfahrt ins nördliche Ostpreußen

Foto: PSW

darin. Verunsichert drehen wir bei und versuchen dieses nicht näher bezeichnete Signal zu unseren Gunsten zu interpretieren. Wir entscheiden uns für die Version „Gilt nur für Fußgänger“.

Also umdrehen und mit der Nase wieder in Richtung des rund 500 Meter entfernten Waldes. Diese Manöver werden von den Bewohnern eines Gehöfts am Straßenrand skeptisch bis misstrauisch beobachtet. Auf ein freundliches Winken reagieren sie gar nicht erst, zumal sie längst das fremde Nummernschild entdeckt haben.

Eine Schranke schließlich, umgeben von diversen Schildern in polnischer Sprache, bremst unwiderrufflich unsere Fahrt durchs Niemandsland. Wir drehen wieder in Gegenrichtung und steigen aus.

Aha, hier ist also Schluss mit Westen, EU und NATO. Schnell noch ein Smartphone-Foto. Frisch gepflegt ist der Streifen von rund fünf Metern Breite, der Polen von Russland trennt, das sich natürlich auch mit einer rot-weißen-Barriere „schützt“. Auf jeder Seite auch ein rot-weiß beziehungsweise grün-rot gestreifter Betonpfahl samt Hoheitsabzeichen. Beide tragen einen Adler.

Hand an der Pistole

Während wir nachdenklich Inne- und Abstandhalten vor diesem brisanten Bauwerk, werden wir plötzlich durch Motorengeräusch aus unseren Gedanken gerissen. Nur Zentimeter vor unserem Auto stoppt ein Jeep. „Straz Graniczna“ ist auf seinen tarnfarbenen Flanken zu lesen, zu

Deutsch: Grenzschutz. Ein Uniformierter springt heraus und fuchelt wild mit den Armen herum, ein Redeschwall ergießt sich über uns.

Wir sind überrumpelt und erst mal sprachlos. Mit der Hand an seiner Pistole zwingt er uns zum Einsteigen. Ob wir Fotos gemacht hätten, stottert er in brüchigem Englisch. Wir verneinen pflichtgemäß und lassen das Handy unauffällig in den Fußraum gleiten. „Dokumenty!“, fordert der Grenzschützer jetzt barsch. Wir reichen ihm alles, was wir dabei haben. Mein Kollege erleichtert: „O je, hab alles an Bord gelassen!“

Als der Leutnant einen Presseausweis sieht, verfinstert sich seine Miene noch um Grade. Tomasz Biadun, der Kapitän der „Classic Lady“, wird benachrichtigt

und nach der Richtigkeit unserer Aussage befragt. Er kann alles bestätigen.

Aber „Presse“? Das ginge hier in dieser sensiblen Region überhaupt nicht. Ob wir die Schilder nicht gelesen hätten? Wir verneinen, weil a) für uns nicht zu verstehen und b) noch zu weit weg, weil in zu kleiner Schrift. Ob wir den Grenzstreifen betreten hätten? Das koste nämlich 5000 Złoty (1035 Euro) Strafe. „No, no, no!“ beteuern wir wahrheitsgemäß und befürchten, dass er uns jetzt etwas anhängen will, weil er noch nicht „fündig“ geworden ist.

Helfer der Grenzpolizei

Auch der Leutnant ist anscheinend ratlos. Mir fällt ein, dass es ja eine deutsch-polnische Waffenbrüderschaft mit der NATO-Brigade in Stettin gebe und ich als Marine-Reserveoffizier gewissermaßen Teil davon bin. Da leuchten die Augen des Grenzers. Wir grüßen militärisch mit angelegter Hand an der Stirn und schütteln uns die Hände. Er erklärt, dass man hier an der EU-Außengrenze besonders wachsam sei, „weil die nervösen Russen drüben alles genau mit Sicht- und Abhörgeräten registrieren, was auf der polnischen Seite passiert“. Das führe nur zu unnötigen Verwicklungen.

Er bitte sein Verhalten quasi zu entschuldigen, zumal es auch Spionageversuche gebe. Das sei eben anders als an innereuropäischen Grenzen. Die Bauern im Niemandsland hätten außerdem den Auftrag, als „Helfer der Grenzpolizei“ – wie zu DDR-Zeiten – alle auffälligen Bewegungen zu melden. Und wir sind nun mal aufgefallen.

Endlich, nach zwei Stunden Arretierung, dürfen wir unter seiner Eskorte das Sperrgebiet verlassen. „Dziękuję bardzo!“ und „Czesc!“ Danke schön und Tschüss! Zu einem Abschiedsfoto konnte sich der polnische Kamerad dann doch nicht durchringen. Das sei gegen die Dienstvorschrift.

Die Aufregung klang noch lange nach und sorgte an Bord für abendfüllenden Gesprächsstoff sowie einige zusätzliche polnische Biere.

ALLENSTEIN

Zeitkapsel verweist auf neuere und ältere Geschichte

Neben Dokumenten der Kuppelrenovierung des Rathauses von 1980 war auch eines von 1914 enthalten

Seit Februar dieses Jahres wird die Spitze des Turms des Allensteiner Rathauses renoviert. Bis jetzt steht noch das Gerüst um Kugel und Wetterfahne, die dort ihren Platz wieder einnehmen sollen. Die zu Beginn der Arbeiten gefundene Zeitkapsel hat ihren Inhalt preisgegeben und wartet darauf, frisch gefüllt wieder an die Spitze zurückzukommen.

Bei Unwettern wurde die Spitze des Turms beschädigt, stand schief und drohte einzustürzen. Wegen der Sperrung des Platzes vor dem Rathaus konnten dort nicht einmal die Demonstration gegen den Krieg in der Ukraine stattfinden. Als die ersten Arbeiten starteten, fiel den Handwerkern ein zugeschweißter kupferner Zylinder mit der Aufschrift „Renovierung des Rathauses, August 1980“ in die Hände.

Geschichte aus der Dose ...

Autor dieses geheimnisvollen Zylinders mit Nachrichten aus der Vergangenheit ist der Blechnermeister Bohdan Zalewski, der damals die Arbeiten leitete. „Ich hätte nicht gedacht, dass diese Kapsel noch zu

meinen Lebzeiten gefunden und geöffnet wird“, gestand er gerührt bei der feierlichen Öffnung des Objekts Ende März im früheren Trolleybus-Depot des Museums der Moderne des Städtischen Kulturzentrums in Allenstein. Es war ein passender

Ort für ein zu erwartendes Dokument der neuesten Geschichte der Stadt. Unter den wachsamen Augen von Stadtpräsident Piotr Grzymowicz übernahm der Regionalhistoriker Rafał Bętkowski vom Museum die Aufgabe, den Zylinder zu öffnen.

Es war fast wie eine historische Mahlzeit aus einer Konservendose. Als Hauptgang gab es eine Dokumentation der Arbeiten von 1980. „Das Gerüst um die Kuppel des Turms steht, vor Ort ist auch Kupferblech mit einem Gewicht von etwa zwei Tonnen. Es wurde berechnet, dass so viel für den Austausch der gesamten Blechabdeckung der Kuppel benötigt wird“, beginnt ein umfangreicher Artikel in dem Exemplar der „Gazeta Olsztyńska“, das im Zylinder gefunden wurde. Als Beilage dazu ein Satz damals ausgegebener Złoty-Münzen und ein Kupferschild mit den Namen des Investors und des Baukommissars.

... oder wie aus der Matroschka

Als Sahnehäubchen auf dem Nachtschiff hat Bohdan Zalewski aber wie in einer russischen Matroschka eine noch ältere Geschichte in die von 1980 integriert. „Bei der damaligen Renovierung haben wir eine zerbrochene Flasche mit einem Dokument auf Transparentpapier aus dem Jahr 1914 gefunden und zur Sicherung in unsere Kapsel übernommen“, berichtete er.

„Im Jahre des Heils 1914 am 2. Juni“ beginnt das in Deutsch zur Beendigung „sämtlicher Turm- und Kupferarbeiten“ abfasste Dokument. „Der Klempnermeister Albert Heinrici wohnte mit seiner Familie am damaligen Friedrich-Wilhelm-Platz, seine sieben Söhne, auch vier Frauen dieses Namens und die Gesellen haben unterschrieben“, zählte Bętkowski auf.

Doch besonders interessant ist das Datum. „1914 war der Turm fertig, die Wetterfahne zeigt aber das Jahr 1915. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkriegs muss das Gerüst noch länger gestanden haben, anders kommt man nämlich nicht hoch, um sie anzubringen“, erklärte Bętkowski. Die erste Sitzung des Rats fand 1916 nach den Innenausbauten im Rathaus statt.

Was genau mit den Gegenständen aus der Zeitkapsel passieren soll, ist noch unklar. „Das Dokument sollte konserviert und in einem Museum gezeigt werden, eine Kopie und die restlichen Dinge in einer neuen Kapsel wieder vor Ort hinterlegt werden“, lautet der Vorschlag Bętkowskis. Uwe Hahnkamp



Beim Öffnen der Zeitkapsel: Rafał Bętkowski, Piotr Grzymowicz und Bohdan Zalewski (v.l.) zeigen ihre Entdeckung

Foto: U.H.

● AUFGESCHNAPPT

Letzte Woche erhielt die bisher offiziell nicht benannte Lindenhofüberführung in Mannheim im Rahmen einer feierlichen Namensgebung die Bezeichnung „Helmut-Schmidt-Brücke“. Dabei war nicht aufgefallen, dass die zweite Zeile des neuen Straßenschildes – „(1915–2015) Bundeskanzler (1974–1982)“ – eine falsche Jahreszahl enthielt. In Mannheim, seit 1972 ununterbrochen von einem SPD-Oberbürgermeister regiert, hatte keiner der Verantwortlichen bemerkt, dass der Sozialdemokrat Schmidt erst 1918 geboren wurde. Auch der Südwestrundfunk (SWR) zeigte das frisch enthüllte, fehlerhafte Schild ohne entsprechenden Kommentar. Dass erst am Abend des Einweihungstages Hinweise erfolgten, nach denen das Schild dann abmontiert wurde, mag auch damit zusammenhängen, dass Beziehungen zwischen der ehemaligen kurpfälzischen Residenzstadt und dem ehemaligen Kanzler kaum zu finden sind. Vor allem aber zeigt es, wie es wohl nicht nur in Mannheim um die Wertschätzung historischen Wissens bestellt ist. E.L.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Im „Spiegel“ (9. Juli) kritisiert Lars Feld, Wirtschaftsberater von Finanzminister Christian Lindner, unverblümt das Krisenmanagement der Europäischen Zentralbank (EZB) in Zeiten der Inflation:

„Fest steht, dass die EZB die Inflationsentwicklung verschlafen hat. Sie hat im vergangenen Jahr zu spät gehandelt und läuft nun erneut Gefahr, zu zögerlich vorzugehen. Dadurch kann sich die Inflation verfestigen, was es umso schwerer macht, sie unter Kontrolle zu bringen.“

Der Journalist und Schriftsteller Christian Baron befasst sich in der Wochenzeitung „der Freitag“ (Ausgabe 28/2022) mit der Haltung der Bundesregierung in der gegenwärtigen Energiekrise und mit der Forderung, „die Deutschen“ sollten „die Freiheit der Ukraine“ nicht opfern für ihren Komfort“:

„Doch um wessen Komfort geht es hier? Wer in einer heruntergekommenen Mietwohnung lebt, ist von der Energiekrise anders betroffen als ein Eigenheimbesitzer, der auch noch Solarzellen auf dem Dach hat. Wer mit einer spritfressenden Rostlaube zur Arbeit fahren muss, weil der Mindestlohn zu niedrig ist und weil es im Dorf keinen Bus gibt, ist anders betroffen als ein Start-up-Chef in Berlin-Mitte mit U-Bahn-Anschluss. Moralische Überlegenheit muss man sich leisten können. Da erscheint es umso dreister, dass Habeck der Bevölkerung empfahl, weniger zu duschen und im Winter die Heizung herunterzudrehen. Eine Bundesregierung, die sich im Angesicht der durch sie mitverschuldeten Katastrophe aus der Verantwortung stiehlt, ist ein politischer Albtraum.“

Angeichts der großzügigen Postenvergabe im Hause von Außenministerin Annalena Baerbock an grüne Parteifreunde und die damit einhergehende Absenkung der strengen Auswahlkriterien kritisiert Ralf Schuler in der „Bild“ (18. Juli):

„Es soll nicht mehr zählen, was man kann. Sondern, wer man ist. Leistungsprinzip ade... Jeder Arbeitnehmer, jeder Handwerker, jeder Musiker beim Orchestervorspiel muss Leistung bringen, wenn er seinen Job bekommen will. Auch die Grünen wählen ihren Bäcker nach Brot-Geschmack aus und nicht nach politischer Haltung, Herkunft oder Sexualität. Ausgerechnet beim diplomatischen Dienst, der politischen Visitenkarte Deutschlands in der Welt, soll bei der Auswahl jetzt Ideologie über Qualität stehen. Deutschland, ein Trauerspiel.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Ein Sommer ohne „Layla“

Wie die Gehörgänge wieder sauber werden und wer „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ erfasst wird

VON ERIK LOMMATZSCH

Temperaturen bis zu 46 Grad waren vorhergesagt. Das Spiel „Panik mit Zahlen“ hat ja schon bei Corona einen Heidepaß gemacht, warum sollte man es nicht auch anderweitig versuchen? Der stets besorgte Karl Lauterbach verkündete umgehend per Twitter, man müsse „jetzt schon damit beginnen, ältere und kranke Menschen vor der Mega Hitzewelle zu schützen.“ Und: „Diese Hitzewelle könnte viele Todesopfer bringen.“ Da konnte er auch gleich einige seiner Textbausteine aus der Pandemie wiederverwenden, und ein jugendfrisches „Mega“ macht sich immer gut, in der Aufregung kann man schon mal den Bindestrich vergessen. Innovative Schreibweisen wirken ja ebenfalls recht jugendfrisch.

Dann die große Enttäuschung. Es wurden gar nicht 46 Grad. Und werden es auch nicht, bei Weitem nicht. Dennoch bekommt der Gesundheitsminister immer wieder Schützenhilfe. So hat die in der Hauptstadt erscheinende „B.Z.“ einen Meteorologen gefunden, der erklärte, die Prognose sei „vielleicht etwas übertrieben, aber nicht grundsätzlich falsch“ gewesen. Immerhin seien „in der Gegend um Köln“ bis zu 42 Grad „möglich“. So ist zumindest die Theorie gerettet, die Katastrophe könnte ja eintreten.

Dass die gemessenen Zahlen im mittleren 30er Bereich verblieben, dass es sicher immer wieder irgendwo einen regionalen Spitzenwert gibt, dass man das Phänomen höherer Temperaturen im Juli früher schlicht „Sommer“ nannte – all das bleibt immer weiter außen vor. Vielleicht ist es auch die eher gefühlte als reale extreme Hitze, die dann zu Erscheinungen führt wie einer Verbotsdiskussion um einen Partyschlager.

Das melodiös eingängige, von den zusammengereimten Worten her eher weniger anspruchsvolle Lied „Layla“ gilt als „Ballermann-Hit“ und erfreut sich nicht nur auf Volksfesten großer Beliebtheit. Nun mögen Zeilen wie „Ich hab’ nen Puff und meine Puffmama heißt Layla / Sie ist schöner, jünger, geiler ...“ tatsächlich nicht jedermanns Geschmack treffen, und wenn die Junge Union Hessen sich dazu auf ihrem Landtag auf der Bühne präsentiert, dann mag das für den Beobachter etwas befremdlich wirken.

Damit hätte es eigentlich sein Bewenden gehabt, früher. Denn mehr als befremdlich ist, dass der Schlager inzwischen verschie-

dentlich verboten wurde, so bei Veranstaltungen in Düsseldorf und – zuerst – in Würzburg. Die Verwaltung der unterfränkischen Stadt ließ wissen, das Ganze sei „sexistisch“, es werde „sichergestellt, dass das Lied künftig nicht mehr gespielt wird“.

Hier scheinen plötzlich neue Maßstäbe zu gelten. Es ist noch gar nicht so lange her, da empfahl Bundespräsident Steinmeier ausdrücklich Gruppen mit eindeutig gewaltverherrlichenden Texten (man werfe einen Blick auf das Repertoire von „Feine Sahne Fischfilet“ oder „K.I.Z.“, die 2018 in Chemnitz bei einem Konzert „gegen Rechts“ auftraten), und „sexistische“ oder als „sexistisch“ zu deutende, populäre Lieder gibt es zuhauf.

„Aktion Sauberer Gehörgang“

Aber vielleicht werden wir demnächst, dank staatlicher Verordnung, von derartigen Dissonanzen erlöst und müssen vor allem nicht mehr selber entscheiden, was wir mögen oder lieber meiden. In den 1960er Jahren hatte sich der rheinland-pfälzische CDU-Grande Adolf Süsterhenn vehement für die „Aktion Saubere Leinwand“ engagiert, „Unsittliches“ sollte aus den Kinos verschwinden. Damals scheiterte das Vorhaben, auch der eine oder andere Parteifreund Süsterhenns war von dessen rigorosem Vorschriften-Eifer nicht allzu angetan. Hier könnte man wieder anknüpfen. Das sich ausbreitende „Layla“-Verbot könnte ein Startschuss zur „Aktion Sauberer Gehörgang“ sein, Würzburg hätte Pionierarbeit geleistet.

Deutlich weiter in den Planungen zur Regulierung unseres täglichen Zusammenlebens ist die Grünen-Politikerin Josefine Paul. Sie führt in Nordrhein-Westfalen das „Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration“. Ist das Kind mit Erscheinen des Liedes „Layla“ bereits in den Brunnen gefallen und muss nun mittels Untersagen mühevoll wieder herausgeholt werden, so will Frau Paul dafür sorgen, derartige Dinge bereits weit im Vorfeld abzufangen. Die Landesregierung setzte sich „konsequent gegen Antisemitismus und jede Form von Diskriminierung, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Hass ein“.

Daher richte ihr Ministerium „ein bundesweit einzigartiges Netz in Form mehrerer Meldestellen ein, die Vorfälle auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze erfassen, analysieren und dokumentieren“. Da hat man die schwarzen Schafe doch von Anfang an gut im Blick.

Genügen demnächst vielleicht drei oder fünf „Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“, um eine klitzekleine, aber eben doch justiziable Straftat zu konstruieren?

Nützlich wären solche Listen, bundesweit und noch weitaus facettenreicher bezüglich der erfassten „Vorfälle“ etwa für Innenministerin Nancy Faeser (SPD). Wohl nicht zu Unrecht wittert sie schon wieder Proteste gegen die segensreiche und vor allem alternativlose Politik der Bundesregierung. In dem ihr eigenen Selbstverständnis klingt das folgendermaßen: „Natürlich besteht die Gefahr, dass diejenigen, die schon in der Corona-Zeit ihre Verachtung gegen die Demokratie herausgebrüllt haben und dabei oftmals Seite an Seite mit Rechtsextremisten unterwegs waren, die stark steigenden Preise als neues Mobilisierungsthema zu missbrauchen versuchen.“ Und dann singen sie vielleicht noch „Layla“, nicht auszudenken.

Dabei haben wir einen starken Staat, der für Gerechtigkeit sorgt. Die CSU-Abgeordnete Alfred Sauter und Georg Nüßlein, der eine in bayerischen Landtag, der andere im Bundestag, hatten sich in der Corona-Ära um die Maskenversorgung der Bevölkerung verdient gemacht. Die geschah in Form einer Art Vermittlungsarbeit zwischen einem Geschäftsmann und mehreren Ministerien, wofür die Herren Sauter und Nüßlein jeweils eine kleine Provision vom Unternehmer erhielten, in Höhe von 1,24 Millionen beziehungsweise 660.000 Euro. Von Bestechlichkeit war die Rede, allerlei Austritte erfolgten.

Indes die Mandate wurden beibehalten, bei Nüßlein bis zum Ende der Legislatur 2021, Sauter sitzt noch immer im Landtag. Nun ist den beiden Genugtuung widerfahren. Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe entschied, dass von Gesetzes wegen alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Manchmal sind die rechten Dinge für den Laien eben nur schwer nachvollziehbar.

Dazu zählt auch der Umgang mit den Straßenblockieren der „Letzten Generation“, die sich der hehren Aufgabe verschrieben haben, das Klima zu „retten“. In Berlin kleben sie sich neuerdings nicht nur auf der Fahrbahn fest, sondern betonen die Hände ein. Die Polizei muss sie vorsichtig „befreien“. Den „Aktivisten“ darf aber nichts passieren, Autofahrer werden offiziell gewarnt „einzugreifen“ – dann würde ihnen wohl mehr passieren als ein Eintrag auf einer Liste für „Vorfälle unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“.



Alle Wochenrückblicke
finden Sie auch auf unserer
Webseite unter
www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Ihr habt geschafft, in zehn Monaten zu zerstören, was meine Generation in 75 Jahren aufgebaut hat.“

Jürgen Todenhöfer, früherer Bundestagsabgeordneter, auf dem Kurznachrichtendienst Twitter an die Adresse von Olaf Scholz, Robert Habeck und Annalena Baerbock